

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner  
Staatsminister Hubert Aiwanger  
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn  
Abg. Klaus Holetschek  
Abg. Katharina Schulze  
Abg. Florian Köhler  
Abg. Kerstin Schreyer  
Abg. Florian Streibl  
Abg. Florian von Brunn  
Abg. Holger Gießhammer  
Zweiter Vizepräsident Alexander Hold  
Abg. Roland Weigert  
Abg. Thomas Pirner  
Abg. Martin Stümpfig  
Abg. Johannes Meier  
Abg. Markus Saller  
Abg. Stephanie Schuhknecht  
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback  
Abg. Walter Nussel  
Abg. Oskar Lipp  
Abg. Dr. Stefan Ebner  
Abg. Johannes Becher  
Abg. Bernhard Pohl  
Erster Vizepräsident Tobias Reiß

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie**

**"Für einen starken Wirtschaftsstandort!"**

Dazu hat Staatsminister Hubert Aiwanger das Wort.

**Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland muss wieder wettbewerbsfähig werden. Das, glaube ich, ist die Arbeitsüberschrift; das ist die Richtung; das ist die Zielsetzung; das beschreibt, wohin wir müssen. Das zeigt zugleich, wo wir heute nicht sind.

Deutschland ist zunehmend nicht mehr wettbewerbsfähig. Wir sehen gerade am Industriestandort Bayern zunehmende Kurzarbeit. Wir sehen ein Abwandern von Arbeitskräften. Wir sehen, dass die Auftragsbücher nicht mehr voll sind. Wir sehen Verunsicherung in der Branche, vom Handwerk über den Bau bis zu Maschinenbau, Chemie und Automobilindustrie. Wir sehen, dass unsere Schlüsselindustrien, die uns in den letzten Jahren den Wohlstand garantiert haben, immer mehr unter Druck geraten. Wir hören draußen bei den Unternehmen überall dasselbe.

Sie sagen uns: Wir sind mittlerweile zu teuer; die Energiepreise sind zu hoch; die Personalkosten sind zu hoch; die internationalen Wettbewerber sind schneller. Länder, die bisher unsere Waren abgenommen haben, wie zum Beispiel China, produzieren diese Waren mittlerweile selber, seien es Automobile, seien es Maschinen, die dort vielfach günstiger, in vielen Fällen – das müssen wir zugeben – auch besser als die Produkte sind, die in Deutschland, die in Europa gefertigt werden, die den Kundenwünschen mehr entsprechen.

Da wir gerade beim Thema Automobil sind: Die Chinesen haben ein Faible für Digitalisierung, für Anwendungen, die unsere Anbieter vielfach nicht leisten. Der Chineser, der

noch vor ein paar Jahren mit glänzenden Augen bayerische Produkte gekauft hat, schaut sich jetzt am heimischen Markt um, greift auf heimische Ware zurück. Mittlerweile gehört es zum chinesischen Patriotismus zu sagen: Wir können das ja selber. Das heißt: Wir müssen diese Dinge zur Kenntnis nehmen.

Wir sehen auf der anderen Seite die Amerikaner, die schon in den vergangenen Jahren mit dem Inflation Reduction Act massiv auf die Subventionstube gedrückt haben, die unsere Unternehmen abgeworben haben, die mit billiger Energie, mit niedrigen Lohnkosten, mit schneller Genehmigung und mit Subventionen vielfach günstigere Rahmenbedingungen geboten haben, als wir sie bieten konnten. Von dort kommen weitere Signale einer Steuersenkung Richtung 15 % – das hat Trump angekündigt. Die Energiepreise sollen weiter nach unten gedrückt werden, mehr fossile Energie soll gefördert werden, und es soll weiterhin darauf hingearbeitet werden, dass unsere Unternehmen nach Amerika gehen.

Selbiges konnte ich vor wenigen Wochen in China wahrnehmen und feststellen: Auch die chinesische Führung ist wild entschlossen, weiterhin die Weltmärkte zu ihren Gunsten zu beeinflussen, weiterhin massiv in Schlüsseltechnologien zu gehen, weiterhin unsere Produkte zu unterbieten.

Und wenn heute die Debatte ist: Wer produziert das billige Volksauto der Zukunft? Dann hat sich VW auf den Weg gemacht und gesagt: Wir wollen bis 2028 ein billiges Elektroauto in einer Preisklasse um die 20.000 Euro anbieten. Gebaut wird das aber – wenn überhaupt – in Osteuropa. Die Frage ist, ob dieses Konzept überhaupt aufgeht oder ob nicht bis dahin die Chinesen mit ihren Produkten in unseren Märkten sind.

Das heißt also, die Großwetterlage ist alles andere als rosig, und gleichzeitig leistet es sich Deutschland, auf diese Fragen keine Antwort zu finden. Die Dringlichkeit des Themas hohe Stromkosten wurde einige Male erkannt, allein, es fehlten die Lösungsansätze. Als Scholz angekündigt hatte, die Netzentgelte zu bezuschussen, wozu 5,5 Milliarden Euro nötig gewesen wären, hat man zeitgleich festgestellt, dass man sich beim

Bürgergeld um zehn Milliarden verrechnet hat, das Geld dorthin gehen muss und die Netzentgelte eben nicht gesenkt werden können.

Habeck kündigt aktuell wieder an, dieses Thema müsse gelöst werden; er stünde bereit, dieses Thema zu lösen. Ja, sie hatten drei Jahre Zeit und haben die Lösung eben nicht gefunden. Schlimmer noch: Ich habe in den letzten Tagen mehrere Gespräche mit niederländischen Vertretern geführt, mit dem niederländischen Wirtschaftsminister und auch mit Vertretern hier im Bayerischen Wirtschaftsministerium, mit der Botschafterin und mit der Generalkonsulin. Ich habe das Thema TenneT angesprochen. Deutschland ist ja dringend darauf angewiesen, dass die Niederländer hier über TenneT Deutschland investieren. Sie wissen, dass seit Monaten Verhandlungen mit der Bundesregierung über eine eventuelle Bundesbeteiligung liefen. Am Ende war eine Summe von über 20 Milliarden Euro im Gespräch, die seitens Deutschlands aufgewendet werden müsste, damit wir hier den Fuß in die Tür bekommen und diese Investitionen in die Leitungen auch wirklich getätigt werden. Die Antwort war am Ende irgendwie schulterzuckend: Na ja, dieser Zug ist teilweise abgefahren. – Wir sind uns nicht einig geworden. Jetzt gehen wir eben in die größeren Märkte und schauen mal, was internationale Investoren hierfür zu zahlen bereit sind. Am Ende ist dann nicht ausgeschlossen, dass Ölstaaten und dergleichen mehr dort einsteigen.

Das sind die Rahmenbedingungen. Man hat das große Ganze nicht im Blick, man ist nicht in der Lage, die Steuern zu senken. Man sendet im Gegenteil noch große Verwirrsignale Richtung Vermögensteuer und Richtung höherer Erbschaftsteuer. Richtung Grundsteuer kommt jetzt teilweise von klammen Kommunen das Signal, die auch nicht mehr wissen, wie sie ihre Kassen füllen sollen. Der Druck steigt also.

Es ist dringend nötig, dass wir diese Großwetterlage zur Kenntnis nehmen, dass wir daraus die Schlüsse ziehen und dass wir uns zunächst mal auf das Grundsätzliche committen: Wollen wir überhaupt Industriestandort bleiben? – Ja, das müssen wir, ja, das wollen wir. Aber selbst das war bei der amtierenden Bundesregierung nicht immer so klar, nach dem Motto, ewiges Wachstum gäbe es ja nicht. Oder, vom damaligen

Staatssekretär Graichen, rechte und linke Hand von Habeck: Die Wirtschaft, die billige Energie will, muss eben dort hingehen, wo es die billige Energie gibt. Auf gut Deutsch: Schleicht's euch, wenn's euch bei uns zu teuer ist. – Und das tut die Wirtschaft jetzt zunehmend.

Trotzdem wollen wir als Bayern uns diesem Trend widersetzen, hoffen natürlich auf bessere Bedingungen auf Bundesebene, wo die Weichen gestellt werden, tun aber trotzdem alles, um hier im Rahmen unserer Möglichkeiten gegenzusteuern. Ich glaube, wir tun es sehr erfolgreich. Ich glaube es nicht nur, sondern ich kann es mit Zahlen belegen:

Wir haben mit Abstand die niedrigste Arbeitslosigkeit. Bei uns ist immer noch die Drei vorne dran, beim Bund ist längst die Sechs vorne dran, und diese Zahl ist mittlerweile geschönt durch die guten bayerischen Zahlen. Wir haben mit Abstand die meisten Start-up-Gründungen in Bayern, über 1.000 Gründungen in den letzten zwei Jahren. Das ist mehr, als das bisherige Start-up- und Gründerparadies Berlin, wie es immer bezeichnet wurde, oder die Gründerhauptstadt Deutschlands, Berlin, aufweisen kann.

Bayern hat überholt, Bayern ist hier vorne dran, und Bayern tut hier sehr viel, auch abgeleitet von der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und aufgrund vieler anderer Weichenstellungen in den vergangenen Monaten, um dranzubleiben. Ich habe gestern bei BayStartUP vor Investoren, die in die Start-up-Branche investieren wollen, unseren neuen Förderfonds vorgestellt, der über Bayern Kapital ausgespielt wird, der 500 Millionen Euro in einen Wachstums- und ScaleUp-Fonds steuert. Wir haben unseren Innovationskredit vorgestellt, ebenfalls über Bayern Kapital, über 100 Millionen Euro, und unseren Dachfonds von 150 Millionen Euro über die LfA.

Hier wird also gearbeitet, hier werden in den nächsten Jahren 750 Millionen Euro zusätzlich in die aufstrebenden kleinen Betriebe gesteckt, die morgen und übermorgen die Lücken füllen müssen, die heute gerissen werden, weil der eine oder andere Auto-

mobilizulieferer, Chemiebetrieb und Ähnliches abbauen. Wir investieren in die Zukunft mehr als jedes andere Bundesland.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben hierzu die Förderbedingungen verbessert. Wir haben es den Investoren gestern vorgestellt: eine Verdoppelung des staatlichen Invests auf bis zu 50 Millionen Euro Kreditvergünstigungen und vieles mehr, was jetzt wirklich auf fruchtbaren Boden fällt, was dazu führt, dass die sagen: Okay, dann investiere ich eben doch noch mal in good old Germany und gehe nicht weg über den großen Teich.

Genau diese Signale brauchen wir heute, anstatt den Kopf in den Sand zu stecken und zu sagen: It's over. Vielmehr müssen wir jetzt den jungen Leuten Mut machen. Die jungen Leute sind besser als ihr Ruf. Das hat sich auch gestern bei BayStartUP gezeigt: In der Start-up-Branche, im Bereich Energie, gibt es viele tolle junge Leute, die im Bereich Recycling von Batterien Preise gewinnen, die wir unterstützen, die wir finanziell begleiten, die wir über unsere Gründeragenturen begleiten und über die digitalen Gründerzentren zunächst mal nach oben bringen. Diese Leute müssen wir jetzt in Geschäftsmodelle bringen und in Geschäftsmodellen halten. Dazu haben wir eine Reihe von Förderkrediten, von Begleitinstrumenten.

Genau das ist bayerische Wirtschaftspolitik. Sie besteht nicht aus ideologischen Debatten, nicht darin, sich über alles Mögliche den Kopf zu zerbrechen, woran man eh nichts ändern kann, sondern setzt dort an, wo wir können, um die jungen Leute nach vorne zu bringen; in dieser Start-up-Branche, aber genauso auch im Bereich des Handwerks, wo wir über den Tag des Handwerks wieder Mut machen und auch den Eltern sagen: Wenn dein Kind nicht unbedingt zum Studieren geboren ist, lass es doch zunächst mal Handwerksmeister werden. Schick es in die Betriebe raus, damit es mal die reale Wirtschaft kennenlernt. Studieren kann es später immer noch.

Wir brauchen eine massive Förderung auch des Handwerks, der Ausbildungsbetriebe draußen. Wieder lässt uns der Bund hier stehen und im Stich, meine Damen und Her-

ren: Wir schieben einen deutschlandweiten Förderstau im Bereich der betrieblichen Ausbildungsstätten von drei Milliarden Euro vor uns her. Der Bund hat uns eine Zuzahlung von bis zu 45 % versprochen, wenn eine Handwerksorganisation eine Lehrlingsfortbildungseinrichtung schafft. 45 % sind versprochen. Bayern gibt 30 % dazu. Die restlichen 25 % zahlen die Betriebe selber. Die 45 % des Bundes kommen aber nicht. Das bayerische Geld liegt auf dem Tisch. Der Bund rührt sich aber nicht. Der Bund antwortet nicht mal. Der Bund lässt hier die Bildung absaufen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

weil er das Geld längst für ideologische Projekte verplant hat und nicht weiß, wo er zuerst hinlangen soll.

Meine Damen und Herren, genauso verhält es sich im gesamten Bereich der Energiepolitik, während Bayern liefert. Darauf wird sich die Opposition, wie ich sie kenne, am meisten einschließen. Sie werden fragen, weshalb wir noch nicht genügend Windräder und genügend Photovoltaikanlagen hätten. Meine Damen und Herren, ich entgegne: Wir haben mittlerweile ein Luxusproblem, was die PV-Anlagen angeht. Wir haben so viele PV-Anlagen in Bayern, dass wir die Energie aus diesen Anlagen nicht in die Netze einspeisen können.

(Barbara Fuchs (GRÜNE): Nein!)

Wir haben so viele Pläne für Windkraftanlagen, dass uns häufig vorgehalten wird, die Netze könnten so viel Energie noch nicht aufnehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Wir haben einen massiven Ausbaubedarf bei Umspannwerken. Das muss man den Leuten aber erst erklären.

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Wir benötigen Hunderte Umspannwerke in Bayern. Umspannwerke haben gewöhnlich eine Größe von 15 bis 25 Hektar. Das bedeutet, ein durchschnittlicher Bauernhof verschwindet unter einem Umspannwerk.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Wir benötigen in fast jeder Kommune ein Umspannwerk. Wir erklären das und treiben die Dinge voran. Aber auch hier liefert der Bund nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Paul Knoblach (GRÜNE))

Ich habe Ihnen gerade Ihre Versäumnisse in der Trassenpolitik und in der Bezuschussung der Netze aufgezeigt. Sie liefern auf Bundesebene nicht, sondern schreien nur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch hier muss ich zunächst wohl mit einem ideologischen Missverständnis Ihrerseits aufräumen. Natürlich tun wir alles, um Photovoltaik-, Windkraft- und Wasserkraftanlagen usw. auszubauen. Sie können aber niemals, zumindest nicht auf absehbare Zeit, ein so dicht besiedeltes Land wie Bayern bzw. einen Industriestandort nur mit Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen aufrechterhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU und der AfD)

Wir brauchen dazu auch die Grundlast, wir brauchen dazu die Moleküle. Auch hier hat Herr Habeck mit seinem Herrn Graichen damals den Rückbau der Gasnetze als Erstes vorangetrieben, und zwar nach dem Motto: Wir wollen nur Elektronen und keine Moleküle.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir brauchen heute dringend Erdgas, denn sonst können wir unsere Gaskraftwerkstrategie in die Tonne treten. Ohne Erdgas keine Grundlast!

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Sie haben dafür zu viele Jahre gebraucht! )

Meine Damen und Herren, Sie haben auf dem Höhepunkt der Energiekrise die Atomkraftwerke vom Netz genommen.

(Zuruf der Abgeordneten Sanne Kurz (GRÜNE))

Umso peinlicher ist es, wenn wir jetzt lesen, dass Herr Habeck damals Briefe mit der Frage nach Frankreich geschrieben hat, ob er sich darauf verlassen könne, dass die Franzosen genügend Atomstrom produzieren und nach Deutschland liefern würden.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU –  
Sanne Kurz (GRÜNE): So ein Quatsch!)

Das hat er getan, damit er zu Hause mit weißer Weste dasteht und seinem "Kai-Sörensen mit dem Lastenrad" erklären kann: Wir sind aus der Kernenergie ausgestiegen. Dass aber die Franzosen den Atomstrom liefern, verschweigt er, um deren Weltbild nicht zu zerstören.

(Zurufe der Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE) und Sanne Kurz (GRÜNE))

Sie haben die Energiepolitik in Deutschland an die Wand gefahren und haben die Energieversorgungssicherheit zerstört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich wiederhole: Jetzt geht es darum, die erneuerbaren Energien gezielt auszubauen. Wir tun das mit einer Geschwindigkeit, mit der wir Baden-Württemberg deutlich überholt haben.

Bevor Sie mir später mit Industriezahlen kommen, schicke ich voraus: Die stärksten Einbrüche im Industriebereich gab es in Baden-Württemberg – nicht deshalb, weil sie dümmer sind als wir, sondern weil sie so industriestark sind wie wir und weil es die Industrie momentan am stärksten erwischt. Das merke ich zu Ihrer Geschichtsklitterung

an, weil Sie immer kritisieren, Bayern habe Einbrüche im Industriebereich, und Bundesländer zum Vergleich heranziehen, die überhaupt keine Industrie haben, aber von uns über den Länderfinanzausgleich gepampert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Jawohl!)

In der Automobilindustrie gibt es inklusive der Zulieferbetriebe 450.000 Arbeitsplätze – das nur zu Ihrer Erinnerung. Da müssen wir jetzt ran. Sie brauchen Planungssicherheit. Ich glaube, dass die mangelnde Planungssicherheit die Hauptursache dafür ist, dass in Deutschland nichts mehr geht. Die größte Krankheit ist derzeit das "Ich warte mal ab". Jeder wartet ab. Derjenige, der ein Haus bauen will, wartet ab, bis er endlich weiß, welche Heizung er einbauen darf, ob die KfW-Förderung nicht doch wieder kommt, wie die Bedingungen genau sind, wie sich das Mietrecht ändert oder wie die Erbschaftsteuer angepasst wird. Die Menschen warten ab. Es werden keine Wohnungen mehr gebaut. Es gibt einen massiven Einbruch beim Wohnungsbau in Deutschland und sehr stark auch in Bayern. Das hat massive Auswirkungen auf das Handwerk und auf die Bauindustrie. Warum? – Weil Sie verunsichern.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Derjenige, der überlegt, einen Lkw zu kaufen, sagt: Ich warte mal ab, wie sich das entwickelt. Er fragt sich: Kaufe ich einen Batterie-Lkw? Kaufe ich noch mal einen Diesel-Lkw oder vielleicht doch einen Wasserstoff-Lkw? Sie haben mit der FDP, Ihrem Noch-Koalitionspartner, diese Verunsicherung geschaffen. Der Verkehrsminister Volker Wissing hat sein FDP-Parteibuch abgegeben, um sozusagen noch drei Tage länger im Amt bleiben zu dürfen. Für seinen Verbleib als Minister können Sie persönlich nichts; aber vielleicht haben Sie ihn ausgehungert. Wir waren damals in Gesprächen über Förderprogramme und über die Förderung emissionsfreier Fahrzeuge. Wir bauen Elektrolyseure. Wir bauen Tankstellen im Hinblick auf Wasserstoff. Aber wer hat nicht geliefert? – Die Ampel. Sie hat nur leere Versprechungen gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie haben die Lkw-Branche damit genauso an die Wand gefahren, wie Sie es schon vorher mit der Elektromobilität von Kraftfahrzeugen getan haben. Das ist das nächste Beispiel, das ich anführen kann, von Kunden, die sagen: Ich warte mal ab, ob nicht vielleicht doch wieder eine Förderung für Elektroautos kommt. Sie haben die Förderung für Elektroautos von heute auf morgen gekappt. Damit haben Sie die Märkte und die Kunden massiv verunsichert. Die Produktion war im Hochlauf. Damals haben Sie mit Herrn Habeck Ihrem Lieblingsprojekt, der E-Mobilität, den Stecker gezogen. Was soll man dazu noch sagen, wenn Sie selbst Ihre Lieblingsprojekte an die Wand fahren? Was tun Sie dann erst mit Projekten, für die Sie kein Herzblut haben?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Was tun Sie mit der Luft- und Raumfahrt? Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen Namen nennen. Die Bundesbeauftragte Frau Christmann sagt: Na ja, die Italiener schießen die Gelder aus EU-Programmen, die eigentlich für die Aufarbeitung der Corona-Probleme dienen sollten, in den Bereich Luft- und Raumfahrt, um starke Konkurrenten zu uns zu werden, wir tun das aber nicht, weil man das nicht tun darf oder soll. Dann frage ich: Warum protestiert ihr nicht? – Als Antwort kommt dann so etwas: Na ja, man tut es eben nicht. Das bedeutet: Wir Deutschen schauen zu, wie andere an uns vorbeifördern, bringen aber für die Luft- und Raumfahrt selber nicht die Mittel ein. Die deutschen Firmen der Luft- und Raumfahrt sind in Bayern bis zu einem Drittel plus 10 % vertreten. In diesem Bereich gibt es 33.000 Arbeitsplätze und mittlerweile viele Start-ups, auch im Bereich der Kleinsatelliten usw. Das sind Betriebe mit Zukunft. Der Bund liefert nicht. Der Bund zieht ihnen den Stecker und schaut zu, wie auf der anderen Seite an uns vorbeigefördert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Genauso verhält es sich im Bereich der Verteidigungsindustrie. Sie ist bisher nicht gerade die Lieblingsbranche der GRÜNEN; aber zuletzt musste man sich schon über die

Haltung der GRÜNEN wundern. Es wird bestimmt nicht lange dauern, dann werden führende GRÜNE, wenn sie in der nächsten Bundesregierung nicht mehr vertreten sind, Beraterverträge in der Rüstungsindustrie bekommen, weil sie sich mittlerweile so gut auskennen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie kennen jedes Kaliber und jede Reichweite mittlerweile besser als manche Generäle, obwohl sie früher Wehrdienstverweigerer gewesen sind. Meine Damen und Herren, eine ganz klare Botschaft: Auch dort sehen wir für die bayerische Wirtschaft mit derzeit 45.000 Arbeitsplätzen Potenzial.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Jeder dritte Arbeitsplatz ist in der Verteidigungsindustrie in Bayern. Sie wollten das lange Zeit nicht wahrhaben. Mit ihnen haben Sie nicht geredet. Das waren damals nach Ihrer Auffassung "die Bösen". Sie haben dafür geworben, dass über die Taxonomie in Brüssel Investitionen in die Rüstungs- und Verteidigungsindustrie als schlecht angesehen wurden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Genau in dieser Ideologisierung der Wirtschaft liegt zunehmend unser Problem:

(Widerspruch des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Die Politik meint, definieren zu müssen, wie das neue Auto aussieht, wie die neue Wohnung aussieht, welche Branchen gut und welche pfui sind. Meine Damen und Herren, in der Zeit, in der wir über den richtigen Zustand unserer Vorstandsämter und darüber diskutieren, ob im Vorstand die richtige Männer- und Frauenquote und Sonstiges vorherrscht, bauen die Chinesen ihre Fabriken. Die internationale Wirtschaft zieht an uns vorbei, und wir ver stolpern uns in ideologischen Debatten. Damit haben Sie doch die Wirtschaft in den letzten Jahren gelähmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch der Abgeordneten Verena Osgyan (GRÜNE))

Wir brauchen einen starken Mittelstand. Wir brauchen Perspektiven für Betriebsnacherfolger. Auch hier fordern wir: Regionalisieren Sie gerne die Erbschaftsteuer. Ich würde sie am liebsten sofort abschaffen; aber wenn Sie da nicht mitgehen, dann regionalisieren Sie, dann können Sie in Ihren grün regierten Bundesländern die Erbschaftsteuer verdoppeln. In Bayern gehen wir maximal zurück, weil wir dort den jungen Leuten Perspektiven geben wollen, damit sie die Betriebe übernehmen. Wir müssen auf die neue Generation setzen und ihr nicht immer mehr Probleme bereiten. Wenn Sie draußen mit den Unternehmern reden, dann sagen diese vielfach: Ich sage meinem Sohn, meiner Tochter, er, sie soll nicht so dumm sein, den Betrieb zu übernehmen. – Genau dagegen arbeiten wir.

Meine Damen und Herren, das sage ich heute auch in die Fernsehkameras: Reden Sie Ihren jungen Leuten zu, die Betriebe zu übernehmen und nicht die Betriebe der Eltern und Großeltern zu schließen. Wir brauchen hier die Perspektive nach vorne, aber wir brauchen auch die Rahmenbedingungen, die das erlauben. Bayern geht mit einem Modernisierungsgesetz voran, räumt vieles an Bürokratie weg; aber das reicht noch nicht. Wir sehen in vielen Fällen, dass die Bürokratie in der Regel nicht per Gesetz von einer Staatsregierung, die es nicht kapieren würde, verordnet wird, sondern dass auch aus dem allgemeinen Betriebsablauf draußen, von den Berufsgenossenschaften und Ähnlichem, Bürokratie ohne Ende entsteht.

Meine Damen und Herren, dass ein Hotel heute eine/n Leiterbeauftragte/n benennen muss, der regelmäßig die Staffelei, mit der man die Glühbirne – LED –auswechselt, kontrolliert und regelmäßig die Statistik ausfüllt, wie oft er das gemacht und was er dabei festgestellt hat, ist nicht ein Gesetz des Freistaats Bayern, sondern kommt über Berufsgenossenschaften und Ähnliches. Ich appelliere also auch hier an alle draußen:

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir müssen gemeinsam der Wirtschaft wieder den Freiraum lassen zu arbeiten und dürfen uns nicht mit 110-prozentigen Vorschriften darauf versteifen, immer höhere Standards zu definieren: Sozialstandards, Umweltstandards, Arbeitssicherheitsstandards – das ist alles wichtig; aber es darf am Ende nicht unbezahlbar werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es darf am Ende nicht unbezahlbar werden. Wenn Sie draußen mit einem Betriebsinhaber reden, dann regt er sich natürlich über die hohen Steuern, Energiepreise usw. auf; aber das nimmt er mittlerweile irgendwie schulterzuckend zur Kenntnis und sagt: Da erwarte ich eh nichts mehr. – Aber wenn dann ein Gastronom einen Parkplatz erweitern will und das jahrelang dauert, weil er noch ein Haselmausgutachten nachreichen muss, und wenn er das Haselmausgutachten hat, dann kommt das Laufkäfergutachten, meine Damen und Herren, dann müssen wir auch einmal an der Sinnhaftigkeit vieler Behördenwege rütteln und müssen sagen:

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir sind jetzt auf einem Niveau, auf dem wir natürlich die Umwelt-, Sozialstandards und alles Mögliche schützen wollen und schützen müssen, aber es darf nicht in eine Richtung abbiegen, dass sich der Unternehmer gegängelt fühlt, dass er sagt: Bis ich bei uns das Haselmausgutachten habe, bin ich in China mit der Fabrik fertig. – Meine Damen und Herren, genau das ist auch mein Appell heute an uns als Gesellschaft, an Sie als Vertreter Ihrer Parteien und Fraktionen und auch an die Öffentlichkeit, an die Medien, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wir sind bei diesen Themen heute auf einem Niveau unterwegs, das dazu führt, dass jeder politische Druck teilweise ins Leere läuft. Wir haben beispielsweise bei einem Windrad im Landkreis München Gas gegeben und gesagt: Wir wollen, dass das jetzt wirklich möglichst schnell gebaut wird. Der Bauplatz war schon ausgehoben, und ei-

gentlich sollte das Fundament des Windrads schon betoniert sein. Dann kam natürlich wieder ein juristischer Rückschlag über das Wasserschutzthema, das wir auch hoch hängen. Wir wollen Wasserschutzgebiete nicht gefährden; aber das ist dann häufig ein Beispiel draußen: Wenn die Politik meint, es müsse besonders schnell gehen – sei es eine Leitungstrasse, sei es ein Windrad, sei es ein Wasserkraftwerk –, dann kommt sehr schnell wieder ein Querschuss juristischer Art,

(Widerspruch des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

teilweise ideologisch hinterlegt, auch von den Medien begleitet, und man bohrt wieder hinein, was dazu führt, dass am Ende das Projekt scheitert und der Investor sagt: Weißt du was, wenn ihr nicht wollt, dass ich investiere, dann tue ich es eben nicht. Dann fahre ich eben in den Urlaub und lass mir den Buckel eincremen; aber ich bin nicht mehr bereit,

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

mich hier gängeln zu lassen. – Auch bei diesem Thema müssen wir also erkennen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

dass derjenige, der draußen arbeitet, wieder den Rücken freibekommen muss. Wir wünschen uns oft mehr Praxisbezug derer, die über dessen Betriebsschicksal entscheiden. Auch das ist ein Thema der internationalen Wettbewerbsfähigkeit: Schafft es Deutschland wieder, mit 95-%-Lösungen zufrieden zu sein,

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Wirtschaftsminister!)

oder wollen wir weiterhin 110 %, und laden wir den Lasteseln, den Steuerzahlern, immer noch mehr auf, bis sie die Beine grätschen und sagen: Ich kann nicht mehr? – Genau das ist momentan der Fall: So viele Betriebe wie nie gehen in die Insolvenz. So viele Betriebsinhaber wie nie sagen ihren Kindern: Mach nicht mehr weiter. – So viele

Betriebe wie nie sagen: Ich gehe ins Ausland. – Das ist die Lage, und wenn Sie dagegen brüllen, dann haben Sie bis heute die Lage nicht erkannt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich habe Ihnen vorher gesagt, dass wir in vielen Bereichen trotz der schwierigen Gesamtumstände besser sind als unsere Mitbewerber und unsere Kollegen in den anderen Bundesländern. Wir sind auch deutlich besser bei der Integration von Arbeitskräften in Deutschland. Nirgends ist die Ausländerarbeitslosigkeit so niedrig wie in Bayern. Nirgends bekommt man diese Leute so schnell in Arbeit wie in Bayern, auch nicht in den Staaten, wo alles ganz links ist, meine Damen und Herren, sondern dort, wo wir vernünftig mit den Menschen umgehen. Diese kommen vielfach in dem Glauben zu uns, dass sie hier mit ihrer Leistung erwünscht sind, und am Ende stellen sie fest, dass sie irgendwann in neun Monaten in endlose Integrationsdebatten und -kurse geschickt werden. Bis dahin haben sie dann gemerkt, dass das Bürgergeld auch gar nicht so schlecht ist. Also appelliere ich auch hier an den Rumpf, an die letzten Brösel einer Ampel-Regierung: Machen Sie mit dem Bürgergeld die Kehrtwende, wenn Sie überhaupt noch die Mehrheit haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben hier massive Fehlanreize. Wir könnten gerade im Niedriglohnsektor Menschen in Arbeit bringen, wenn nicht das Bürgergeld viel zu liberal verteilt würde. Ich sage nichts gegen die wirklich Arbeitsunfähigen, gegen sozial Schwache, gegen Menschen, die alleinerziehend unterwegs sind, die psychische, körperliche oder sonstige Probleme haben oder die ihren Job gerade wechseln müssen. Dafür ist der Sozialstaat da; aber dafür wird der Sozialstaat bald nicht mehr funktionieren, wenn Sie das Geld für Menschen ausgeben, die arbeiten könnten, aber nicht mehr arbeiten wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Einer der größten politischen Fehler der gescheiterten Ampel-Regierung war das Bürgergeld in der jetzigen Form. Deshalb ist es erste Pflicht, dieses Bürgergeld zu korrigieren und sich wieder darauf zu konzentrieren, dass Leistung sich lohnen muss, statt ständige Debatten über die Anhebung der Mindestlöhne zu führen. Die will am Ende vielleicht kein Arbeitgeber mehr bezahlen. Der Arbeitnehmer hat nichts mehr davon, wenn er schon einen Haufen Steuern darauf zahlen muss.

Machen Sie also mehr Netto vom Brutto für den Arbeitnehmer, damit er nicht immer teurer werden muss und damit für den Arbeitgeber zu teuer wird. Sorgen Sie dafür, dass er mit dem jetzigen Lohn mehr Netto bekommt und gerne in die Arbeit geht, weil er mehr auf der Hand hat. Auf der anderen Seite müssen Sie dann eben beim Bürgergeld für Arbeitsfähige einzusparen, die zumutbare Arbeit trotz guter Gründe – und obwohl wir ihnen sagen, dass sie die Arbeit annehmen sollen – nicht annehmen. Jedem Ukrainer das Bürgergeld zu bewilligen, ist eine Fehlentscheidung. Auch in der illegalen Migration versickern Milliarden von Euro, die wir bräuchten, um die Wirtschaft zu entlasten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind in Bayern sehr stark im Bereich der Bioökonomie unterwegs. Wir haben am Standort Straubing quasi eine Bioökonomiezentrale geschaffen. Dort gibt es viele gute Ideen. Auch dort fehlt seitens des Bundes die Begleitmusik, obwohl man sich als grün gibt. Genau diese grünen Branchen haben nicht die Chancen, weil man sich in ewigen Debatten darüber verliert, ob die Branchen diese Produkte für die CO<sub>2</sub>-Bilanz wirklich anrechnen dürfen. Das führt am Ende wieder dazu, dass gesagt wird: Wenn ich das schon nicht anrechnen kann, dann bleibe ich doch fossil.

Die Chancen an der Stelle müssen wir ergreifen, genauso wie wir sie beim grünen Wasserstoff ergreifen müssen. Dort gebe ich dem Bund jetzt einmal ein Plus: Jawohl, er hat sich bemüht, und er hat auch geliefert, und zwar beim Thema des nationalen Wasserstoffkernnetzes mit gut 9.000 km, davon etwas über 1.000 in Bayern, das na-

türlich noch ausgebaut werden muss; aber der erste Schritt ist getan. Man hat es zunächst einmal zur Kenntnis genommen, dass wir den Weg gehen müssen. Auch dazu haben wir hier im Landtag Debatten geführt, bei denen Sie mich verhöhnt haben, als ich das Thema Wasserstoff angesprochen habe.

Ja, es ist momentan im Vergleich zu den fossilen Energieträgern noch zu teuer; aber wir stehen jetzt einfach vor der Frage: Wollen wir fossil bleiben? Wollen wir den Industriestandort plattmachen, oder gehen wir schrittweise auch über Ammoniak und grünen Wasserstoff dahin, dass wir die Grundlast unserer Industrie, unserer Wirtschaft Schritt für Schritt mit grünem Wasserstoff auf erneuerbare Energien umstellen?

Ich habe die Anlagen in Antwerpen und Rotterdam besichtigt. Dort kann in großem Stil Wasserstoff in Form von grünem Ammoniak angeliefert werden, umgewandelt werden und in die Pipelines gehen. Das sind jetzt die Modelle, die wir voranbringen müssen. Hier appelliere ich auch an die Rest-Grünen und Rest-Roten, dieses Thema nicht ständig ideologisch zu beschießen und nicht ständig zu sagen: Der Wirkungsgrad passt aber nicht, es ist doch besser, den Strom direkt zu verwenden. Ja, es geht um den Strom, den wir hoffentlich mit dem Windrad bei München dann produzieren, wenn die Wasserschutzgebietskulisse klar genug ist. Gerne können Sie damit Ihr Auto aufladen; aber Sie werden damit nicht überwiegend die Industrie in Bayern bedienen können, sondern da brauchen wir die erneuerbaren Energien, importiert in Form von LOHC, in Bayern erforscht und begründet, oder eben grünes Ammoniak.

Geben Sie die Debatte auf, dass der Strom besser sei als der Wasserstoff, sondern über den Wasserstoff bekomme ich den Strom aus Australien und Namibia gespeichert zu uns. Den erhalten Sie über die Batterie oder über den Koffer. Vielleicht haben Sie einen grünen Koffer, in dem der Strom drin ist. So bringen Sie den Strom aber nicht von Australien nach Bayern. Wir bringen ihn in Form von Ammoniak und Wasserstoff durchaus nach Bayern. Sie kriegen ihn nicht nach Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sind in Bayern auch ein sehr starkes Land im Bereich Holzwirtschaft. Die Bayerischen Staatsforsten und die bayerischen Privatwälder liefern sehr viel Material für die Bauindustrie, sie liefern auch wertvolle Energieträger in Form des Restholzes. Auch hier ist es dringend nötig, dass wir künftig die Klarheit bekommen, dass diese Wirtschaftsweisen erwünscht sind und uns nicht über ein Bundeswaldgesetz ins Knie geschossen wird. Gott sei Dank ist dieses Thema gescheitert. Gott sei Dank hat die Ampel diese Thematik nicht mehr zur Realisierung gebracht. Damit hätte man die Waldbesitzer, die deutsche und gerade auch die bayerische Holzwirtschaft, massiv geschädigt. Wir brauchen die Klarheit für die Waldbesitzer draußen, für diejenigen, die ihre Wälder bewirtschaften und nutzen wollen, und sehen unser Heil nicht darin, alle Wälder stillzulegen. "Biosphärenreservat" oder "Stilllegung" darüber zu schreiben, den Borkenkäfer als nützliches Tier zu begrüßen und dann das Holz aus den Regenwäldern Südamerikas zu importieren, weil wir selber keines mehr haben, das ist doch das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit diesem Thema mit ideologisch zu hohen Standards haben wir querbeet unsere Wirtschaft beschädigt: begonnen in der Landwirtschaft mit immer strengeren Vorschriften, mit dem Ergebnis, dass die Produktion nach Osteuropa abgewandert ist, sei es im Bereich der Geflügel-, sei es künftig im Bereich der Schweinezucht, sei es im Bereich des Ackerbaus. Getreide aus der Ukraine: Hauptsache billig, das ist gerade gut genug. Da wird nicht so genau hingesehen. Rindfleisch aus Südamerika: Hauptsache günstiger, da wird nicht so genau hingesehen. Dieses Handeln geht weiter und betrifft jetzt den gesamten Wirtschaftsbereich. Der Industrie werden bei uns Handschellen angelegt, die es in vielen anderen Ländern nicht gibt. Das geht hoch bis zur Automobilindustrie, dass sie Vorschriften einhalten müssen, die unsere Mitbewerber nicht einhalten müssen.

Ein dringender Appell richtet sich an alle Parteien, dass wir das ideologisch motivierte Verbrenner-Aus für das Jahr 2035 stoppen, dass wir dagegen kämpfen, dass seitens

der EU Strafzahlungen für deutsche Autohersteller in Milliardenhöhe kommen werden, weil diese im Vergleich zu den Elektroautos zu viele Verbrennerautos verkaufen.

Meine Damen und Herren, das ist die Entscheidung des Kunden. Das hat eine Politik nicht ideologisch vorzugeben, was dieser zu essen oder zu kaufen oder welches Auto er zu fahren hat. Deswegen lässt doch die Autoindustrie ihre Verbrenner produzieren. Mir ist ein Verbrenner, der produziert und verkauft wird, lieber als ein Elektroauto, das nicht produziert und verkauft wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen noch einmal, damit Sie das nicht wieder falsch interpretieren: Ich bin kein Gegner des Elektroautos; denn kein Bundesland hat in den letzten Jahren so viel in die Ladeinfrastruktur investiert wie Bayern. Wir haben knapp 50 Millionen Euro in über 13.000 Ladepunkte in Bayern investiert und diese realisiert, weit vor jedem grünen Bundesland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir sind technologieoffen. Sie sind vernagelt. Sie haben hier den Tunnelblick. Sie sehen nur Ihre Ideologie und stolpern dabei über die eigenen Füße. Das wäre ja noch egal, wenn es nur Ihre Füße wären; aber Sie stolpern und reißen das ganze Land mit nach unten. Deswegen ist es höchste Zeit, dass diese Ampel Geschichte ist und auf Nimmerwiedersehen verschwindet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir investieren und fördern in Bayern, so weit unser Geld reicht. Wir haben eine Investitionsquote von 15 %, mehr als jedes andere Bundesland. Ich danke hier explizit auch dem Koalitionspartner für die gute Zusammenarbeit bei allen Themen, auch in der Wirtschaftspolitik. Wir sind uns hier sehr schnell einig gewesen, dass wir pro Wirtschaft auftreten müssen, dass wir nach vorne auftreten müssen. Wir sind uns auch mit dem Sozial- und dem Innenministerium hinsichtlich der Anerkennung von Berufsab-

schlüssen und der schnellen Integration von Ausländern, die hier sind, in die Arbeitsprozesse einig. Das klappt hier so gut wie nirgends.

Ich danke der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft für die Integration von Menschen aus dem Balkan, die als Fachkräfte unterwegs sind, die wir in vielen Betrieben oft dringend brauchen. Ich bin dankbar, dass wir diese zeitnah dort hinbekommen, wo wir sie hinbekommen wollen und müssen. Ich sage Ihnen aber auch: Es ist höchste Zeit, dass wir die Grenzen dichtmachen für die, die uns über ihre Herkunft anlügen, die in unserem Land Unruhe verbreiten, die in unserem Land Kriminalität verbreiten und die unserem Land das Geld kosten, das wir dringend bräuchten, um die Steuern für den Arbeitnehmer zu senken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind noch in vielen Branchen führend in Deutschland und wollen das bleiben. Die Chemieindustrie, eine unserer Leitbranchen, gerät zunehmend unter Abwanderungsdruck. Die hohen Energiepreise zehren am Gewinn. Die teilweise komplizierten Vorschriften, die auch über Brüssel kommen, führen dazu, dass man teilweise ganz Europa verlässt.

Wir sind in Bayern beim Chipdesign führend in Deutschland. Das haben wir vor wenigen Jahren bereits auf den Weg gebracht. Ich habe jetzt Gespräche mit dem niederländischen Wirtschaftsministerium geführt, dass wir dort die Karten zusammenlegen, dass wir gemeinsam eine Schiene Bayern – Niederlande bilden. Das wurde sehr offen begrüßt. Wir sind auf Fachebene bereits im Austausch, um zu sagen: Das kann kein Land, das kann nicht einmal eine Nation mehr allein, den Chinesen und den Amerikanern hier Paroli zu bieten. Unsere guten Leute vom Fraunhofer-Institut, von der Wissenschaft draußen, von der außeruniversitären und universitären Forschung, designen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft den Chip von morgen, auch für den Mittelständler, der draußen das Chipthema als wichtig erkannt hat. Wir wollen nicht von chinesischen Anbietern abhängig sein, die uns sagen, wie der Chip aussehen soll und

wie das Auto oder das E-Bike um den Chip herum gebaut werden muss. Am Ende haben sie noch eine Sicherheitsschleife eingebaut, um selber zu bestimmen, ob das funktioniert oder nicht. Stattdessen brauchen wir die Chipsicherheit und das Design bei uns. Euer Intel in Magdeburg ist vorerst gescheitert. Schauen wir einmal, was noch daraus wird. Ich will gar nicht höhnisch oder hämisch sein. Stattdessen sage ich ganz klar: Wir dürfen nicht nur auf die großen Milliardengiganten schauen, sondern wir müssen mit unseren Mittelständlern, unseren schlaunen Leuten und unseren Möglichkeiten das Chipdesign nach vorne bringen. Dort wird in Zukunft das Geld verdient. Dort liegt auch die Zukunft dieser Thematik. Wir müssen das an verschiedenen Standorten der Welt, wovon auch einige in Deutschland und gerne in Bayern sein dürfen, dann auch realisieren. Aber wir müssen wissen, wie es geht, und es vorantreiben.

Wir brauchen jetzt die internationalen Partner. Wir müssen gemeinsam Druck auf Berlin und auf Brüssel ausüben. Es kann nicht sein, dass IPCEI-Projekte – Projekte von gemeinsamem europäischen Interesse – drei Jahre lang in Brüssel herumliegen. Ich bin dort gewesen und habe nachgefragt, warum das so lange dauert. Sie haben lapidar gesagt: Wir haben nicht ausreichend Personal, um diese Dinge zu bearbeiten. Zwar sind Sie heute nicht daran schuld, aber das ist ein gemeinsames Thema, bei dem wir sehen können, wo es hakt. Noch einmal: In China ist jede Fabrik längst fertig, da ist bei uns der Antrag noch nicht geschrieben, weil wir drei Jahre für diese Projekte brauchen. Auch das ist ein Punkt, den wir hinterfragen müssen. Müssen wir uns künftig wirklich für jeden Bamberles-Zuschuss bis hin zu einem Mobilfunkmasten in Brüssel die Erlaubnis abholen? – Ich erwarte von der neuen Bundesregierung, dass wir in Bayern einen Mobilfunkmasten mit bayerischem Steuergeld bezuschussen dürfen, damit auch ein Dorf auf dem flachen Land endlich einen Mobilfunkanschluss hat. Das hängt aber mehrere Jahre in der Genehmigungsschleife in Brüssel. Das lähmt uns im internationalen Wettbewerb.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deutschland steht heute nicht mehr nur im Wettbewerb mit Frankreich oder Italien. Europa befindet sich längst in einem Wettbewerb mit den USA und China. Trotzdem sehe ich sie nicht als unsere Feinde an, sondern als unsere Partner, ob uns deren Nase gefällt oder nicht. Natürlich müssen wir Menschenrechtsfragen und Ähnliches immer wieder ansprechen und uns damit auseinandersetzen. Aber wir können nicht erwarten, dass sich die Welt von der deutschen Pfeife kommandieren lässt. Wir können nicht erwarten, dass andere Länder in sich zusammenbrechen, wenn wir denen die Geschäftsbeziehungen kündigen.

Stattdessen müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sowohl China als auch die USA unsere wichtigsten Handelspartner sind und wir von dort Waren in großem Ausmaß beziehen. Wir exportieren ebenfalls Waren in großem Ausmaß, vor allem in die USA. Aus China importieren wir sehr stark Vorprodukte, die wir dringend brauchen. Ich warne vor der Aussage: Wenn die Chinesen schon so billig liefern, dann hauen wir denen ordentlich Zölle vor die Füße, damit es für Deutschland besser wird. Damit wird eventuell nur das Vorprodukt teurer, das wir brauchen, um das Produkt für Amerika zu produzieren. Damit nehmen wir Deutschland aus der Wertschöpfungskette heraus. An dieser Stelle warne ich vor Schnellschüssen. In meinen Augen hat die EU falsch entschieden, als sie Zölle für Autos aus China ins Schaufenster gestellt hat. Das schadet vor allem Deutschland mehr, als es uns nutzt. Für die Südeuropäer kann es anders sein. Sie stehen mit ihren Modellen vielleicht eher in direkter Konkurrenz zu billigen chinesischen Autos. An dieser Stelle wäre es wünschenswert, dass Deutschland in Europa wieder eine stärkere Rolle einnimmt und die Politik wieder nach unseren Vorstellungen gestaltet wird.

Meine Damen und Herren, ich komme noch auf ein kleines Thema zur Abrundung. Wir haben viele junge Firmen – damit will ich auch meine Rede beenden –, die zukunftsfähig sind und die unser Schicksal in den nächsten Jahrzehnten in die Hand nehmen werden. Gestern haben wir bei einem Energie-Start-up Firmen ausgezeichnet, die – ich wiederhole das Thema – beim Recycling von Batterien, bei erneuerbaren Energien

und vielem mehr Dinge erfunden haben. Jetzt sollen sie in die Wertschöpfungskette eingebracht werden. Diese jungen Leute müssen wir begleiten, ihnen müssen wir Hoffnung machen.

Wir müssen unserem gesamten Land wieder Hoffnung machen. Auch woanders wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Derzeit hat China Probleme mit einer Immobilienblase, die quasi geplatzt ist. Das muss erst aufgearbeitet werden. In Amerika wird auch nicht alles rund laufen. Das heißt: Wir dürfen nicht den Kopf in den Sand stecken. Bayern ist viel zu gut, um sich jetzt von einem negativen Bundestrend herunterreißen zu lassen. Wir werden gemeinsam mit der Wirtschaft, gemeinsam mit der Verwaltung und gemeinsam mit allen Parteien, die guten Willens sind, diesen Weg gehen und eine wirtschaftsfreundliche Politik gestalten. Den Unternehmern werden wir sagen: Ihr seid hier herzlich willkommen. Bitte kommt nach Deutschland. Bitte investiert hier. Bitte bleibt hier. Das sagen wir auch unseren jungen Leuten, die hier studieren. Vielleicht sagen sie: Es gibt Länder, in denen ich mehr verdiene, ich wandere aus. Wir brauchen auch die jungen Talente, die hier geboren werden. Wir sollten hier nicht viele junge Leute gut ausbilden, die dann in die Welt verschwinden, weil dort die Rahmenbedingungen besser sind.

Deswegen geht es darum, die Bedingungen so aufzustellen, dass Bayern weiterhin die Perspektive hat, stark zu bleiben. Dazu brauchen wir den Durchblick in Bayern und eine ordentliche Regierung in Berlin. Wir brauchen eine Stärkung und nicht eine Beschädigung des Leistungsprinzips. Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen. Eigentum muss wieder unantastbar sein und darf nicht immer mehr infrage gestellt werden. Wer erfolgreich ist, darf nicht angefeindet werden und fürchten müssen, dass er morgen direkt oder indirekt enteignet wird. Deshalb brauchen wir eine vernünftige Politik der Mitte, eine Politik, die dieses Land voranbringt, weil sie selbst schon mitgearbeitet hat. Wir brauchen eine Politik, bei der Leute am Ruder sind, die wissen, dass man Geld erst dann verteilen kann, wenn man es vorher erarbeitet hat, und nicht solche aus einer bestimmten Richtung, die auf Anti-Atom-Demos unterwegs sind und es ge-

wohnt sind, aus dem Kühlschrank des Vaters zu leben, und gar nicht wissen, dass er bei Siemens für die Atomkraft gearbeitet hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Politik, die der Bürger auch wieder versteht und von der er glaubt, dass sie versteht, was sie tut. Diesen Eindruck haben die Bürger bei der Berliner Politik derzeit nicht. Deswegen sind wir froh und stolz, dass wir in Bayern eine stabile Regierung haben. Es besteht ein gutes Einvernehmen mit den Arbeitgebern, mit den Arbeitnehmern, mit den Behörden draußen und den Kommunen. Wir wollen Bayern weiter stark machen. Bayern kann nur stark sein, wenn die Wirtschaft stark ist. Deshalb müssen wir die Wirtschaft stark halten und sie dort, wo Probleme bestehen, wieder stark machen. Wir kämpfen für das Eigentum. Wir kämpfen für die Leistung. Wir stellen Rahmenbedingungen auf, die zukunftsfähig sind.

In diesem Sinne danke ich allen in Bayern und in Deutschland, die arbeiten, die Steuern zahlen, die Betriebe führen und Betriebe gründen, die nach vorne schauen und nicht erst nach dem Staat rufen und dann schauen, was sie selber tun können. Für genau diese Menschen müssen wir den Weg wieder freier machen, als er derzeit ist. Wir müssen wieder günstiger werden. Wir müssen schneller werden. Wir müssen pragmatischer und ideologiefreier werden. Dann bleibt Bayern stark, und dann bleibt Deutschland stark.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen und wünsche Ihnen alles Gute für die Zukunft.

(Lang anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich eröffne die Aussprache. Für die Aussprache wurden 150 Minuten vereinbart. Sie wird etwas verlängert. Das ist aber für die einzelnen Fraktionen eher im Sekundenbereich anzusiedeln. Das

wird einfach angezeigt. – Als ersten Redner der Debatte rufe ich jetzt Prof. Dr. Ingo Hahn für die AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürger! Ich möchte heute zwei Aspekte der Wirtschaftspolitik von Herrn Minister Aiwanger hervorheben; diese sind besonders brisant und beunruhigen schon jetzt viele Menschen in unserem Land.

Erstens, den sogenannten Wassercent. Das ist eine Abgabe, die nicht nur die Wirtschaft, sondern auch viele Familien und gerade die "kleinen Leute" belastet.

Zweitens, die Entscheidung, Plebiszite bei der Errichtung von Windkraftanlagen abzuschaffen. Meine Damen und Herren, diese beiden Themen sind keineswegs nur politisches Klein-Klein, sondern sie betreffen die Lebensrealität der Menschen in Bayern und zeigen, wie sehr sich diese Regierung von den Interessen der Bürger entfernt hat.

Herr Minister Aiwanger, wenn man Ihrer Rede zugehört hat, fand man darin ganz neue Töne. Die AfD hat in den letzten sechs Jahren Positionen bezogen, die Sie jetzt eins zu eins kopiert haben. Ich wundere mich etwas ob Ihres Sinneswandels. Ich frage mich, ob das wirkliche Einsichten von Ihnen sind oder reines Wahlkampfgetöse vor der Bundestagswahl.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben uns sechs Jahre lang Ihre Pro-Argumentation zu Windkraft und Photovoltaik angehört. Auf einmal reden Sie vom Erdgas. Wollen Sie auch das Erdgas, worüber wir vorher geredet haben, das günstige Erdgas aus Osteuropa?

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich kann Ihnen eines sagen: Die FREI-EN WÄHLER werden auch mit dieser Rede und mit diesem Sinneswandel nicht in den Bundestag kommen.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn die AfD 130 Abgeordnete in den Bundestag schickt, dann werden es bei den FREIEN WÄHLERN noch nicht einmal 3 direkt Gewählte sein.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema: Die geplante Einführung des sogenannten Wassercentts ist eine Entscheidung, die für die Bürger Bayerns weitreichende Folgen haben wird. Es stellt sich die Frage, was eigentlich genau verfolgt wird.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist unlogisch: Es kann nicht weitreichende Folgen haben, wenn wir nicht wissen, was kommt!)

Die Bayerische Staatsregierung nennt den Wassercent eine Ressourcenabgabe oder eine umweltpolitische Maßnahme. In Wahrheit handelt es sich aber um nichts anderes als um eine weitere versteckte Steuer, die die ohnehin schon stark belasteten Haushalte zusätzlich trifft.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Unlogisch!)

Es wird behauptet, dass mit diesen Einnahmen ein besserer Schutz der Gewässer und eine Verbesserung der Wasserqualität finanziert werden sollen. Aber wie so oft bei politischen Maßnahmen dieser Art bleibt die Frage offen, wie diese Gelder denn konkret verwendet werden sollen. Die Wahrheit ist, dass Bayern bereits seit Jahren eine ausgezeichnete – ja, eine ausgezeichnete – Wasserqualität aufweist. Herr Aiwan-ger, die große Mehrheit der Bürger in unserem schönen Land ist mit der Wasserqualität des Trinkwassers sehr zufrieden. Wir zahlen ja auch schon für unser Wasser.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das ist die falsche Rede! Der Wassercent kommt erst noch!)

Sie wollen die Abgaben mit dem Wassercent noch einmal verdoppeln. Der Wassercent wird jedoch niemandem helfen – das muss man klar sagen –, das Wasser noch

besser oder noch reiner zu machen. Der Wassercent wird vielmehr zu einer zusätzlichen Belastung für die Haushalte werden. Besonders in Zeiten der Inflation, steigender Energiepreise und der allgemeinen Teuerung werden viele Menschen diese neue Abgabe als ungerecht empfinden – ja, ungerecht. Der Wassercent wird vor allem genau jene Menschen treffen, die ohnehin schon mit den steigenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen haben.

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Krampf!)

Für diese Menschen ist es nicht nachvollziehbar, dass Ihnen die Staatsregierung noch mehr Geld abnehmen will unter dem Vorwand, dass das der Umwelt zugutekommen würde. Das eine sagen, das andere tun: Ich schaue von Herrn Ministerpräsidenten Söder zum Vize-Ministerpräsidenten Aiwanger. Genau das ist diese Söder-Aiwanger-Regierung. Sie reden im Haus beispielsweise viel von Bürokratieabbau. Ja, auch Sie, Herr Söder. Wir haben sogar eigens einen Beauftragten für den Bürokratieabbau in diesem Haus. Doch was tun Sie? – Sie selbst schaffen mit dem Wassercent die nächste Bürokratie.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es geht um die Wirtschaftspolitik, Herr Kollege!)

Denn nach irgendeinem System müssen Sie ja das Geld der Leute einziehen, verwalten und dann umverteilen. Wir von der AfD stellen uns ganz entschieden gegen diese neue Abgabe und fordern eine genaue Prüfung, ob die Staatsregierung ihre bestehenden Gelder denn nicht sparsamer einsetzen kann.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es geht um die Wirtschaftspolitik! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Falsche Rede!)

Wir sagen ganz klar: Statt die Bürger immer mehr zu belasten, sollten die Haushaltsmittel effizienter und zielgerichteter eingesetzt werden. Wir von der AfD fordern, dass Staatseinnahmen nicht verschwendet werden, um wie in diesem Fall kosmetische

Maßnahmen umzusetzen, sondern dort eingesetzt werden, wo sie wirklich etwas bewirken. Ansonsten bleibt das Geld bei den Bürgern am besten aufgehoben.

(Beifall bei der AfD)

Kommen wir nun zum zweiten Punkt, der uns ebenfalls große Bauchschmerzen bereitet: der Wegfall der Bürgerentscheide bei der Errichtung von Windkraftanlagen in Staatsforsten. Es ist bezeichnend, dass die Regierung die Demokratie durch die Aufhebung der sogenannten Kommunalklausel quasi durch die Hintertür schwächen möchte. Windkraftprojekte, die direkt das Leben und das Wohnumfeld der Bürger betreffen, sollen künftig ohne die Möglichkeit eines Bürgerentscheids durchgesetzt werden. Was bedeutet das für uns? Was bedeutet das für die Bürger Bayerns? Windkraftanlagen sind nicht nur eine Frage der Energiepolitik, sondern betreffen ganz direkt die Lebensqualität der Menschen vor Ort. Sie beeinflussen die Landschaft, den Lärmpegel und die Gesundheit der Einwohner. Es geht auch um Lärmemissionen, Schatten-schlag und Infraschall, die die Menschen in den angrenzenden Gemeinden schädigen können. Was für eine verrückte Idee der Herren Aiwanger und Glauber! – Ist er denn schon wieder weg, der Herr Minister Glauber? –

(Staatsminister Thorsten Glauber: Nein!)

– Da ist er noch. An Sie, Herr Minister Glauber von den FREIEN WÄHLERN: Die letzten intakten Staatswälder durch Baumrodungen aufzureißen, um gigantische Vogel- und Insektenschredder in sie reinzustellen, das ist Ihre Idee, und das ist Ihre Aktion. Und das, obwohl schon seit Langem klar ist, dass keine andere Energieform einen derart hohen Blutzoll in der Tierwelt fordert wie die Windkraft. Meine Damen und Herren, ja, jetzt wissen wir endlich, warum zahlreiche Tierarten im Bestand abnehmen und auf der Roten Liste auftauchen. Das geschieht, weil Sie es ermöglichen.

Eine solche Entscheidung sollte auch nicht hinter verschlossenen Türen oder durch eine Handvoll politischer Entscheidungsträger getroffen werden, die weit entfernt von den betroffenen Gebieten in ihren Elfenbeintürmen leben. Die Bürger haben ein Recht

darauf, bei solchen Projekten mitzubestimmen. Wenn die Regierung den direkten Einfluss der Bürger auf ihre Umgebung und ihr Lebensumfeld abschafft, dann hat dies meiner Meinung nach nichts mehr mit Demokratie im besten Sinne zu tun, sondern mit einer Politik der Bevormundung.

(Beifall bei der AfD)

Indem man den Bürgern die Möglichkeit nimmt, bei der Errichtung von Windkraftanlagen mitzubestimmen, entfernt man sich immer weiter von echter Bürgerbeteiligung. Es ist mithin ein Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie, wenn Entscheidungen dieser Tragweite eben nicht mehr auf kommunaler Ebene – wie noch vor Kurzem möglich –, sondern durch die zentrale Staatsmacht in Form von Herrn Minister Aiwan-ger höchstpersönlich getroffen werden. Dieses Vorgehen der Staatsregierung gefährdet nicht nur das Vertrauen der Bürger in die politische Führung generell, sondern es schwächt auch das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft.

Aber die AfD steht für eine Politik der Bürgerbeteiligung und des demokratischen Dialoges. Wir fordern, dass die Bürger auch künftig die Möglichkeit haben, bei Windkraftprojekten mitzureden und mit zu entscheiden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Regierung die Bedenken der Bürger einfach ignoriert und die Entscheidungsmacht an sich reißen möchte. Wir fordern ein klares Bekenntnis zur direkten Demokratie, und dazu gehört eben auch der Erhalt der Bürgerentscheide.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass sowohl der Wassercent als auch der Wegfall der Bürgerentscheide bei Windkraftanlagen eigentlich beispiellos sind und Beispiele für eine Politik sind, bei der den Bürgern immer weiter in die Tasche gegriffen wird, um ihnen das Geld aus der Tasche zu ziehen und ihnen gleichzeitig die Mitsprache bei solch wichtigen Entscheidungen zu nehmen. Die AfD fordert deshalb eine Politik, die die Bürger entlastet und die Demokratie stärkt und nicht schwächt. Meine Kollegen Johannes Meier und Oskar Lipp werden gleich noch einige Wirtschaftsaspekte ausführen. Meine Damen und Herren, es ist an der Zeit, dass die Staatsregierung die Wün-

sche und Sorgen der Bürger ernst nimmt, statt sie mit neuen Aufgaben zu überfordern und bei kommunalen Entscheidungen zu entmündigen.

Noch eines zum Schluss; das hat sich hier auch in der Rede eben deutlich gezeigt: FREIE WÄHLER in der Regierung bedeuten am Ende immer unfreie Bürger im ganzen Land.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Klaus Holetschek für die CSU-Fraktion.

**Klaus Holetschek (CSU):** Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es lohnt sich jetzt nicht, auf die letzte Rede einzugehen,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

außer in einem Punkt, den Sie jetzt nicht angesprochen haben: Ihr Beschluss zur Remigration. Das möchte ich schon erwähnen, weil Sie damit viele vor den Kopf stoßen, die in unserer Wirtschaft tatsächlich wichtig sind, die Arbeitskräfte in der Gastronomie, im Baugewerbe und in der Pflege sind. Ohne diese Menschen würde unsere Wirtschaft nicht funktionieren. Deswegen ist dieser Beschluss beschämend. Ich will mich heute einmal bei allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bedanken, die bei uns sind, die sich integriert haben, die wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft leisten. Sie wollen wir auch hierbehalten, liebe Freunde.

Jetzt zum eigentlichen Thema: Ich glaube, dass die Lage sehr ernst ist. Die Lage ist wirklich sehr ernst. Wir reden nicht mehr nur über die Frage, ob wir einen kurzen Einbruch in der Wirtschaft haben, sondern wir merken, dass wir einen Substanzverlust haben: Es gibt Minus und Minus – beim Geschäftsklimaindex und bei der Wettbewerbsfähigkeit; überall schauen wir darauf. Deswegen müssen die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik im Moment eigentlich das Herzstück dessen sein, was wir tun, weil sie auch unmittelbar mit dem Wohlstand und mit dem Sozialstaat zusammenhängen.

Ich bin sehr froh, dass Wirtschaftspolitik in dem Sinne Chefsache ist, dass der Ministerpräsident da Dinge wirklich sehr vorausschauend angegangen ist. Denken Sie an die Luft- und Raumfahrt; wie hat man damals gespottet! Markus Söder wolle auf den Mond fliegen. – Heute sind wir Spitzenreiter in diesen Themen. Wir sind voraus und an der Spitze einer Entwicklung. Auch der Autogipfel am Montag ist unglaublich wichtig, damit wir uns mit der Leitökonomie zusammensetzen und an den Tisch kommen.

Was habe ich in den letzten Tagen nicht alles gelesen, wer sich jetzt alles für die Wirtschaftspolitik einsetzt! Heute habe ich Folgendes gelesen: Der Gewerkschaftsbund hat bei BR24 gesagt, Wirtschaftspolitik müsse auf der Werkbank und nicht am Hochsitz stattfinden. – Das weise ich entschieden zurück. Aber ich kann Ihnen eines sagen: Wirtschaftspolitik findet nicht am Küchentisch von Herrn Habeck statt, sondern in den Maschinenräumen der Unternehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ludwig Hartmann (GRÜNE):  
Wir haben ja heute schon gehört, wer Chef in Bayern ist!)

Deswegen müssen wir jetzt die Weichen richtig stellen. Ich will Ihnen sagen: Die Eckpunkte, die wir – angefangen bei Otto Wiesheu bis hin zu meinem schwäbischen Landsmann Anton Jaumann – damals in der Wirtschaftspolitik gesetzt haben, sind heute genauso wichtig wie früher. Die soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Instrument muss wieder in den Mittelpunkt gerückt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wir brauchen wieder Mittelstandsförderung im besten Sinne eines Anton Jaumann, der 1974 das Mittelstandsförderungsgesetz eingeführt hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen uns nicht nur auf die Tugenden der Menschen besinnen, die bereit sind, dieses Land mit Fleiß und Disziplin wieder nach vorne zu bringen. Wir müssen ihnen auch die richtigen Instrumente an die Hand geben. Mittelstand, Handwerk und famili-

engeführte Unternehmen sind das Rückgrat dieses Landes. Selbst sie überlegen im Moment, ob sie noch dableiben, weil es keine Verlässlichkeit und Planbarkeit mehr gibt. Der Wirtschaftsminister hat es beschrieben.

Wenn man als Unternehmer nicht mehr weiß, ob das, was gestern in Berlin beschlossen wurde, auch morgen noch gilt, dann fragt man sich: Wie soll man sein Unternehmen dann noch ausrichten können? – Das muss sofort aufhören, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen bei Innovation und Forschung weitermachen. Das ist der Treiber für viele Dinge. Ich bin dem Wissenschaftsminister außerordentlich dankbar und auch dem Ministerpräsidenten. Mit der Hightech Agenda haben wir das Fundament für Innovation, für Wissenschaft und den Transfer in die Wirtschaft gelegt. Genau das brauchen wir. Da sind wir vielen voraus. Wir müssen bloß beschleunigen. Wir müssen schauen, dass die Erkenntnisse aus der Wissenschaft schneller in die Wirtschaft kommen. Wir sind zu langsam geworden in diesem Land. Wir sind nicht mehr mutig genug, Entscheidungen zu fällen. Wir müssen dieses Land entfesseln und von den Ketten der Bürokratie befreien. Das ist das zentrale Thema der Zukunft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir tun das mit dem Modernisierungs- und Beschleunigungsgesetz; auch dort tun wir es. Nicht "könnte", "sollte", "hätte", sondern machen, tun und umsetzen sind wichtig. Ich kann nur jedem, der – wenn wir etwas beschließen – am nächsten Tag wieder sagt, genau das wolle er nicht und das sei wieder schlecht, sagen: Leute, lasst uns in der Gesellschaft wieder einmal einen Ruck geben. Nur wenn wir zusammenrücken und für die Gemeinschaft einmal über eigene Bedenken hinweggehen, wird es wieder funktionieren. Dann kommen wir voran und nicht, wenn jeden Tag einer aufsteht und sagt, es ginge und funktioniere nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich sage Ihnen: Wir müssen auch wieder Dinge ausprobieren. Ich hätte gerne einmal wieder Pilot- und Modellregionen; ich will nicht von Sonderwirtschaftszonen oder solchen Dingen sprechen. Aber ich wäre einmal mutig und würde Regionen definieren, in denen wir von vornherein Dinge aussetzen und etwas probieren, lieber Walter Nussel, Regionen, die wir zu Modellregionen machen und Statistiken abschaffen, wo wir Dinge einfach aussetzen und uns die Zeit nehmen, diese dann zu beurteilen. Wahrscheinlich vermisst manches, was wir jetzt haben, keiner, aber es würde vieles erleichtern, wenn wir es mal wieder tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich will Walter Nussel und auch Steffen Vogel danken. Diese Themen sind wirklich entscheidend für die Zukunft unseres Landes. Es gibt kaum etwas anderes als dieses Thema Bürokratie. Deswegen müssen wir alles tun und auf allen Ebenen etwas bewegen: in Europa, im Bund, in der Kommune. Jeder, der Führungsverantwortung hat, muss Führungsverantwortung wahrnehmen, zu den Mitarbeitern stehen. Wenn sie mutig entscheiden, wenn Ermessensentscheidungen für die Unternehmer und für die Bürger getroffen werden, dann muss das in diesem Land belohnt und darf nicht bestraft werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein Schlüsselthema ist die Energiefrage. Ohne günstige, bezahlbare und sichere Energie werden wir nicht mehr weiterkommen. Das werden wir nicht alleine hier bei uns lösen können. Ich werbe aber dafür, dass wir alles tun, um Projekte zu beschleunigen – auch zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium. Wenn wir die Chance haben, Dinge zu beschleunigen, die wir selber tun können, dann müssen wir das tun und dürfen nicht auf die anderen warten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es kann nicht sein, dass Unternehmer investieren wollen und die Aussage bekommen, dass man Ihnen in vielleicht fünf, sechs oder sieben Jahren den Strom zur Verfügung stellt, den sie für eine Zukunftsinvestition jetzt bräuchten. Wenn wir in der Bundesrepublik Deutschland so weit sind, dann gehen die Unternehmer dorthin, wo es gemacht und nicht elendig lange diskutiert wird. Deswegen müssen wir dort handeln, wo wir es können. Das erwarte ich von uns allen, damit wir bei dem Thema Energie im wahrsten Sinne des Wortes wieder Land gewinnen.

Deswegen ist es auch richtig, dass wir trotzdem wieder einmal über Kernenergie diskutieren. Es kann doch nicht falsch sein, über das Thema zu streiten und vielleicht auch unterschiedlicher Meinung zu sein. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir uns zukunftsfähig aufstellen, wenn um uns herum etwas entsteht, zu dem wir nichts sagen können. Die anderen tun es, und wir halten uns heraus, weil es vielleicht ideologisch falsch ist. Das ist in diesen schwierigen Zeiten der falsche Weg. Wir brauchen an dieser Stelle Pragmatismus und keine Ideologie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wir brauchen ein Zupacken und kein Zögern. Ich will das an dieser Stelle noch einmal wirklich deutlich machen. Die Sorge um das, was in diesem Land passiert, ist hochaktuell. Ich war vor Kurzem mit dem Kollegen Stefan Ebner draußen im Bayerischen Wald bei Rodenstock. Es ist schon wert, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen, der draußen zur Disposition steht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Da geht es nicht nur um Statistik, liebe Kolleginnen und Kollegen; da geht es um Schicksale, um Familien und um die Sorgen der Menschen, die wir ernst nehmen müssen. Deswegen gehen wir dorthin und versuchen mitzuhelfen. Ich bin auch Florian Herrmann dankbar, dass er noch einmal versucht hat, dort mitanzuschieben. Wir können doch nicht einfach zuschauen, wie die Deindustrialisierung fortschreitet, wie der

Mittelstand wegbricht und wie wir tatsächlich unseren Sozialstaat nicht mehr erhalten können. Das hängt alles damit zusammen.

Ludwig Erhard hat einmal gesagt: "Wohlstand für alle". Das war das Wohlstandsversprechen nach dem Krieg. So etwas brauchen wir wieder. Ich bin optimistisch, dass wir das auch können: Steuererleichterungen für die Unternehmen, Entfesselung von Bürokratie, günstige Energie und Innovation – das sind die Treiber der Zukunft, der Planbarkeit und der Verlässlichkeit. Die Menschen in Bayern können von uns erwarten, dass wir das umsetzen. Wir müssen das auch im Bund tun, wenn wir hoffentlich die Chance bekommen, dort wieder die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Zum Abschluss: Wir haben einen Bundeswirtschaftsminister, der sagt: Ich bin als Kanzler geeignet. – Diese Hybris muss man erst einmal haben. Er hat in der Wirtschaft ein Schlachtfeld ohnegleichen hinterlassen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Dieser Bundeswirtschaftsminister wird dieses Land nicht mehr nach vorne bringen. Er wird den Unternehmern nicht mehr helfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie uns deswegen die Weichen richtig stellen. Wir im Freistaat tun das. Ich sage es noch einmal: Kredite, Umbau der LfA und Finanzinstrumente. Wir handeln in dieser Regierung gemeinsam an jeder Stelle, wo wir das können, und versuchen, Bayern in einer Republik gut zu platzieren, die sich im Sinkflug befindet. Wir müssen diesen Sinkflug mutig und mit Entscheidungen stoppen. Wir haben keine Zeit mehr. Die Zeit der Diskussionen muss vorbei sein. Wir brauchen Entscheidungen, wir brauchen Mut,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

und wir brauchen kein Geplärre von den GRÜNEN; denn euer Beitrag bis jetzt war de-saströs. Sie haben das Land erst dorthin gebracht, wo es jetzt ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Also: Anpacken, Ärmel hochkrempeln, gute Politik machen und den Menschen Zuversicht und Hoffnung geben. Wir müssen für die Menschen eintreten und Probleme lösen. Das ist unsere gemeinsame DNA in der Bayernkoalition. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür stehen wir, und das werden wir auch in Berlin umsetzen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächste spricht Frau Kollegin Katharina Schulze für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hubert Aiwanger, kaum verkünden Sie, dass Sie für den Bundestag kandidieren wollen, nehmen Sie auf einmal wieder Ihre Aktivitäten als Wirtschaftsminister hier im Bayerischen Landtag auf. Ich kenne einige Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich nichts mehr wünschten, als dass Sie endlich im Bundestag säßen. Aber ich würde sagen, mit dieser Rede haben Sie sich dafür nicht qualifiziert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor allem zeigen die Aussagen Ihrer Wahlkampfrede erneut, wie Sie die Welt sehen, nämlich viel zu einfach. Alles, was gut läuft, heften Sie sich selbst ans Revers, und an dem, was nicht so gut läuft, ist die Ampel schuld. Ganz ehrlich: Das ist für einen Wirtschaftsminister ein bisschen unterkomplex.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen Sie sich doch einfach die Wachstumszahlen an: Sie lagen im ersten Halbjahr 2024 bei minus 0,6 % des Bruttoinlandsproduktes im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt. Davon habe ich bei Ihnen nichts gehört, kein Wort der Selbstreflexion,

kein Wort darüber, wo Sie Fehler gemacht haben, sondern einfach nur Populismus und Schimpfen auf die Ampel. Sorry, so geht keine Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber kommen wir zur Sache: Wir befinden uns in einer herausfordernden Situation. Herr Kollege Holetschek sprach von einer "ernsten Situation". Das stimmt. Wir haben eine konjunkturelle Krise, die auf eine strukturelle Krise trifft, und wir haben noch die große Unsicherheit der USA. Ich sage es einmal so deutlich: Wenn Donald Trump es ernst meint und die höheren Zölle auch auf unsere deutschen Produkte ausweiten wird, dann wird das Gift für unseren Standort sein.

(Martin Wagle (CSU): Der kann aber auch nichts für die Situation, die wir hier haben!)

Das ist dann eine konkrete Gefahr für unseren Wohlstand, für Arbeitsplätze und für unser Wachstum, insgesamt für den Freihandel und die offenen Märkte, also für alles, wofür unser Wirtschaftsmodell steht. Das aktuelle Jahresgutachten des Sachverständigenrates, in dem unter anderem Frau Prof. Dr. Schnitzer aus München und Frau Prof. Dr. Grimm aus Nürnberg sitzen, zeigt die Lage eigentlich ganz deutlich. Wir sehen seit 2018 eine Stagnation. Seit gut sechs Jahren geht am Wirtschaftsstandort Deutschland nicht mehr so viel. Natürlich gibt es dafür auch ein paar Gründe wie die Pandemie oder die Energiekrise, ausgelöst durch Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine. Aber vor allem liegt es an ganz grundsätzlichen Dingen wie der Demografie und der Deglobalisierung, die uns als Exportnation ins Mark trifft. Außerdem haben wir zu wenig in unseren Standort investiert, ganz konkret zu wenig ins Bildungssystem und zu wenig in die öffentliche Infrastruktur.

Wir haben stattdessen viel outgesourct: unsere Sicherheit an die Amerikaner, unser Wachstum an China und das billige Gas an Russland. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses System ist gescheitert, unter anderem, weil nicht rechtzeitig umgesteuert wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, die Ampel-Bundesregierung hat sicher nicht alles richtig gemacht. Aber dass sie alleine an der wirtschaftlichen Situation schuld sein soll, ist nicht nur intellektuell beleidigend, sondern man erkennt damit auch die Realität und verschiebt die Verantwortung. Für diese damaligen Weichenstellungen, beispielsweise dass sich die Bundesregierung an den Rockzipfel von Putin hängt, waren die Union und die SPD verantwortlich. Dafür, dass in Bayern nicht genug entbürokratisiert wurde und die Netze nicht genügend ausgebaut wurden, sind seit langer Zeit Sie verantwortlich; denn Sie stellten die Staatsregierung. 2018 war Hubert Aiwanger schon Wirtschaftsminister, aber die Ampel noch nicht im Amt. Hier müssen wir die Fakten auch einmal klarziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, blicken wir aber nach vorne: Was brauchen wir jetzt in Bayern, was brauchen wir jetzt in Deutschland? – Für uns ist klar, dass wir in Bayern eine Investitionsagenda brauchen, dass wir die Energiewende zum Erfolg führen müssen und dass die Wirtschaft eine verlässliche Bayerische Staatsregierung braucht.

Beginnen wir mit der Investitionsagenda. Wir merken es alle jeden Tag: Es wurde zu wenig in unsere Infrastruktur investiert. Brücken sind marode, das Schienennetz müsste wieder einmal upgedated werden, in Universitäten regnet es rein, das Schulklo müsste einmal saniert werden usw. usf.

Ich bin davon überzeugt, dass wir uns nicht gesundsparen können. Deswegen wäre es wichtig, dass wir unter anderem endlich die Schuldenbremse reformieren. Ich bin sehr froh, dass Herr Merz diesbezüglich schon erste Lockerungsübungen betrieben hat, und hoffe, dass sich Herr Dr. Söder und die CSU diesen nicht verschließen werden. Wir müssen in den Standort Deutschland investieren, und dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Einsparen!)

Auch Bayern braucht eine Investitionsagenda. Ich möchte auf ein Thema eingehen, das Hubert Aiwanger nicht angesprochen hat und von dem ich auch von der CSU sehr selten höre. Beim Thema Arbeitskräfte sprechen wir darüber, wie wir es schaffen können, Menschen, die zu uns kommen, schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir sprechen darüber, wie wir Fachkräfte aus dem Ausland zu uns nach Deutschland oder nach Bayern bringen können. Die Ampel-Bundesregierung hat dafür schon gute Weichenstellungen vorgenommen.

Wir müssen uns aber auch darüber unterhalten, wie wir die Ressourcen in unserem Land heben können. Ich verstehe hier die Staatsregierung nicht, die es zulässt, dass immer noch fast 5 % der Schülerinnen und Schüler in Bayern die Mittelschule ohne Abschluss beenden. 15 % der Menschen zwischen 20 und 34 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Das bedeutet: Investitionen in die soziale Infrastruktur führen zu gut ausgestatteten Berufsschulen. Wir brauchen eine Kampagne für Ausbildungsberufe in allen Schularten und endlich mehr Berufsorientierung.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Da Sie gerade ein bisschen nervös werden, merke ich, dass ich einen wunden Punkt getroffen habe. Mehr Investitionen in unser Bildungssystem sind wichtig für die Arbeits- und Fachkräfte von morgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Aiwanger hat am Schluss seiner Rede über die Themen Leistung und Leistungsbereitschaft gesprochen. Ich bin ein großer Fan von Leistung und Leistungsbereitschaft. Deshalb sage ich Ihnen einmal, wer in diesem Land jeden Tag unglaublich viel Leistung bringt. Das sind die Frauen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die Männer nicht?)

Sie kümmern sich nämlich um die Erwerbsarbeit, und sie kümmern sich um die Care-Arbeit. – Herr Pohl, da Sie mit diesem Zuruf um die Ecke kommen, merke ich, dass Sie das Grundproblem nicht verstanden haben. Eine Studie des IAB kam zu dem Ergebnis: Wenn alle Frauen so viel arbeiten könnten, wie sie wollten, hätten wir unzählige Arbeitskräfte mehr. Das bedeutet, 11 % der Frauen, die im Moment in Teilzeit arbeiten, würden gern zwölf Stunden mehr arbeiten; sie können es aber nicht. Warum nicht? – Weil es an Kinderbetreuung mangelt und ihre Kinder nicht qualitativ hochwertig betreut werden. Wenn wir also die Leistungsbereitschaft, die Kreativität und die Kompetenz von Frauen im Arbeitsmarkt heben wollen, muss mehr investiert werden in die Kitas, das dortige Fachpersonal und das Recht auf Ganztagsbetreuung. Auch das ist Wirtschaftspolitik. Dazu höre ich von Ihnen nie etwas.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie hat das denn früher funktioniert?)

– Jetzt wirft Herr Pohl ein: Wie hat das denn früher funktioniert?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, jetzt bin ich gespannt!)

– Ich will Ihnen mal sagen, wie das früher funktioniert hat. Auch früher, damals schon, hat es so funktioniert, dass sich hauptsächlich Frauen um die Kinder gekümmert haben – mit der Auswirkung, dass vor allem Frauen von Altersarmut betroffen sind.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber die, die gearbeitet haben?)

Auch volkswirtschaftlich ist es absurd, dass wir den Frauen, die Lust haben, mehr zu arbeiten, nicht die Möglichkeit dazu geben, indem wir für gute Kinderbetreuung sorgen, sodass sie ihre Kompetenz einbringen können und am Ende nicht in Altersarmut geraten. Das wäre eine kluge politische Weichenstellung. Aber da erwarte ich mir von den FREIEN WÄHLERN, ehrlich gesagt, gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zu meinem zweiten Punkt, dem Gelingen der Energiewende. Im Jahr 2024 gingen nur 4 Windräder in Bayern ans Netz. Zum Vergleich: In NRW waren es ganze 123. Herr Aiwanger, das ist Ihre Verantwortung. Ich muss schon sagen, ich fand es an Dreistigkeit nicht zu überbieten, als Sie vorhin hier standen und darüber gejammt haben, dass wir so viele Solaranlagen auf den Dächern haben, aber die Energie nicht einspeisen können. Ja, guten Morgen! Wer hat denn den Netzausbau verschlafen? Wer hat denn gegen Stromtrassen agitiert und sie als Monstertrassen betitelt?

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Der BUND Naturschutz!)

Da waren Sie doch ganz vorne mit dran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das jetzt umzudrehen, ist einfach nur eine Farce. Haben Sie wenigstens so viel Größe zuzugeben, dass Sie sich geirrt haben. Der Ausbau der Netzinfrastruktur ist entscheidend. Darauf weisen wir GRÜNE schon seit Jahren hin.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Aber Sie demonstrieren auch!)

– Das ist einfach falsch, Herr Locke. Das ist falsch. – Hier kam mal wieder ein Fake-News-Argument vonseiten der FREIEN WÄHLER, dass wir GRÜNE gegen Stromleitungen demonstrieren würden. Als grüne Partei haben wir schon seit Jahren einen klaren Beschluss, dass wir uns für den Stromleitungsausbau starkmachen und einsetzen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Der kommt vor Ort nicht an! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Fragen Sie mal Ihre Kommunalpolitiker vor Ort!)

Wir haben unzählige Anträge gestellt. Martin Stümpfig, unser Energieexperte, erklärt Ihnen das tagtäglich hier im Hohen Haus. Sie wollen einfach nur nicht hören und schieben es jetzt auf andere. Das ist ein billiges Ablenkungsmanöver.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Was macht die grüne Basis vor Ort?)

Ein paar CSUler haben jetzt leicht gelacht. Keine Sorge, zu Ihnen komme ich auch noch, besser gesagt zum Herrn Ministerpräsidenten. Jetzt ist ja die neueste Idee, dass er das AKW Isar 1, nein, Isar 2 wieder ans Netz nehmen möchte.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Isar 2! – Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Isar 2. Ich habe mich gleich korrigiert.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Ich wollte helfen!)

– Das müssen Sie nicht. Im Gegenteil, ich helfe Ihnen jetzt nämlich. – Vielleicht haben Sie es auch schon mitbekommen: Weder gibt es die Fachkräfte, die dieses Werk weiterbetreiben könnten, noch haben wir das Uran; und am interessantesten fand ich ja, dass der Betreiber PreussenElektra Isar 2 nicht mehr weiterbetreiben möchte. Dass Sie das tote Pferd der Atomkraft reiten, kann ich mir nicht anders erklären, als dass Sie die Energiewende sabotieren wollen. Anders kann ich mir das nicht erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr seid halt Technologiefeinde!)

Ich kann mir das, ehrlich gesagt, psychologisch ein bisschen erklären; denn die Energiewende ist ein Erfolg, aber nicht Ihrer.

(Lachen bei der AfD)

Die Energiewende ist der Erfolg der Menschen in diesem Land und auch der Erfolg von uns GRÜNEN; denn wir haben das Erneuerbare-Energien-Gesetz an den Start gebracht. Robert Habeck hat dafür gesorgt,

(Zurufe: Heizgesetz!)

dass wir uns aus den Fängen Russlands befreien konnten und im Moment so viele erneuerbare Energien und so wenig fossile Energien im Netz haben wie nie zuvor. Daran sieht man, dass die Energiewende funktioniert,

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der AfD)

wenn man nur ordentlich handelt, wenn man planbar ist und wenn man kluge Gesetze schafft. Sie funktioniert nicht, wenn man an alten Technologien festhält, genau wie Sie das immer tun.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn man die Koalition an die Wand fährt!)

Kolleginnen und Kollegen, jetzt gilt es, die Strompreise zu halbieren durch eine Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte und durch einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien. Ich bin sehr froh, dass Robert Habeck dazu einen Vorschlag auf Bundesebene gemacht hat. Im Moment ist die Situation dort nicht so einfach. Aber man kann, wenn die Union es möchte, zeitnah noch Dinge im Bundestag gemeinsam entscheiden. Dafür würde ich sehr appellieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Demnächst schreibt er wieder Kinderbücher!)

Schließlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, braucht die bayerische Wirtschaft Planungssicherheit und Verlässlichkeit von der bayerischen Staatsregierung. Aber alleine, wenn man hierhin oder dorthin hört, merkt man doch, wie durcheinander Sie agieren. Ich nehme einfach einmal das Beispiel Automobilindustrie.

(Kerstin Schreyer (CSU): Und das aus Ihrem Munde!)

Bayern ist ein Automobilstandort. Meine Fraktion und ich, wir möchten, dass auch die Autos der Zukunft in Bayern produziert und gebaut werden, dass sie auch in Zukunft aus Bayern kommen.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Staatsminister Hubert Aiwanger: Auch die GRÜNEN bei der IAA in München!)

– Oh, der Populismus hier ist ganz großartig. Vielleicht beschäftigen Sie sich mal mit unseren Ideen zur Stärkung der Automobilindustrie. Wir haben schon in der letzten Legislaturperiode einen Gipfel zum Auto und zu all diesen Themen veranstaltet. Es ist einfach nur billig, jetzt hier so höhnisch zu lachen.

Ich möchte Ihnen mal sagen, wie Sie die Automobilindustrie beinahe in den Wahnsinn treiben. Auf der einen Seite haben wir den Ministerpräsidenten, der ständig in jede Kamera ruft: Rückkehr zum Verbrenner! – Dann haben wir den Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, der aus dem Off immer funkt: Wasserstoff, Wasserstoff! – Dabei wissen wir und weiß auch die Automobilindustrie, dass die Zukunft des Automobils elektrisch ist.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir also wollen, dass die bayerische Automobilindustrie weiterhin stark ist und sich auch im globalen Wettbewerb durchsetzen kann, müssen wir für gute Rahmenbedingungen sorgen und dürfen nicht ständig in die eine oder in die andere Richtung blinken;

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Planwirtschaft!)

denn das bringt gar nichts und stärkt auch nicht den Wirtschaftsstandort Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Über eine Sache freue ich mich. Durch meine Aussagen habe ich jetzt wieder ein bisschen Einigkeit zwischen FREIEN WÄHLERN und CSU herstellen können. Wenn Sie etwas verbindet, ist es, glaube ich, Ihre Liebe zum Verbrenner, zur Atomkraft und zu alten Technologien, an denen Sie festhalten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir sind ja auch keine Technologiefeinde!)

Aber ich will Ihnen einmal ganz deutlich etwas sagen: Die Technologien des 20. Jahrhunderts können keine Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sein. Das muss man einmal ganz klar und deutlich so sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Abschluss noch eine Sache sagen. Die Zeiten sind nicht einfach, und es mehren sich auch die schlechten Nachrichten, unter anderem vom Stellenabbau vieler Firmen hier in Bayern. Das besorgt mich, und es besorgt uns als grüne Fraktion sehr. Deswegen gilt es jetzt, die Aufgaben anzupacken. Einige habe ich gerade skizziert.

Ich fände es aber wichtig, dass wir dabei nicht in Sack und Asche gehen; denn wir können stolz sein auf das, was wir hier in unserem Land haben. "Made in Germany" ist weiterhin eine Marke, für die es sich zu kämpfen lohnt. Wir haben tolle Unternehmerinnen und Unternehmer in den Start-ups, im Mittelstand, im Handwerk, in den großen Unternehmen. Wir haben kluge Köpfe in der Forschung und in der Wissenschaft. Wir haben Kreativität und Innovationskraft. Wir haben Firmen, die ihr Bestes geben und oft schon weiter sind als die Bayerische Staatsregierung. Wir haben also eigentlich das Wissen zu den Herausforderungen unserer Zeit. Jetzt brauchen wir noch den Mut und die Veränderungsbereitschaft, damit wir den Wohlstand im Land halten, und wir brauchen einen Wirtschaftsminister, der seinen Job hier in Bayern ernst nimmt und nicht den Wirtschaftsstandort schlechtredet,

(Jutta Widmann (FREIE WÄHLER): Frechheit!)

der nicht nur nach Berlin schimpft, sondern endlich handelt.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Die erste ist vom Kollegen Florian Köhler.

**Florian Köhler (AfD):** Frau Schulze, vorab: Ihr Auftritt hier ist wirklich der Inbegriff der grünen Doppelmoral, dieses Bild von Ihnen herrscht in der Bevölkerung vor. Sie haben hier gerade allen Ernstes die Energiewende als Erfolg bezeichnet. Kurzer Realitätscheck mit der kleinen App "Electricity Maps", die ich jedem empfehle: Gerade halten das Netz in Deutschland ungefähr 30 % Kohlekraftwerke und Gaskraftwerke am Laufen. Das ist der erste Punkt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Wir hauen gerade 305 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde in die Atmosphäre. Frankreich mit seinen Kernkraftwerken bläst gerade 53 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde in die Atmosphäre. Sie haben hier soeben gesagt, wir hätten gar keine Fachkräfte für Kernkraftwerke. Sie haben doch die Energiewende beschlossen! Sie haben sie mit Ihrer Politik vertrieben. Und das Nächste ist, Sie haben sich –

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, die eine Minute ist vorbei.

**Florian Köhler (AfD):** Ich komme zur Frage.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Tut mir leid, Sie hätten Ihre Aussage ein bisschen raffen müssen. Danke. Sie können sich beim nächsten Redner ja noch einmal melden.

(Beifall bei der AfD)

Frau Kollegin.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** An Ihrer Aussage sieht man deutlich, dass Sie das System der Energiewende und der Transformation hin zur Klimaneutralität nicht ver-

standen haben oder nicht verstehen möchten. Eine Sache ist doch klar: Wir hatten früher viel mehr Kohle und Gas im System. Dank des Ausbaus der erneuerbaren Energien, dank toller Handwerkerinnen und Handwerker sowie Privatpersonen, die das vorantreiben, ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß gesunken, und wir haben jetzt mehr erneuerbare Energien im System. Genau diesen Weg müssen wir weitergehen; denn damit schützen wir nicht nur unser Klima für uns, unsere Kinder und Enkelkinder, sondern wir sorgen auch für bezahlbarere Energiepreise

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das sieht man ja!)

und damit für eine Entlastung aller Bürgerinnen und Bürger. Deswegen gilt es, den Weg der Energiewende weiterzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Kerstin Schreyer.

**Kerstin Schreyer (CSU):** Frau Kollegin, ich habe zwei konkrete Fragen. Bei der Automobilindustrie hatten Sie ausgeführt, dass Sie sich auf den elektrischen Bereich beziehen wollen. Wir haben einen Einbruch bei den Zulassungen, 29 % weniger, weil die Bundesregierung die Förderung ohne Vorankündigung abgeschafft hat. Wie stehen Sie zu der Frage, da Sie hier auf der einen Seite formulieren, dass Sie eine Förderung befürworten, und auf der anderen Seite die Förderung abschaffen?

Meine zweite Frage lautet: Es gab zwei Autogipfel in Berlin. Einen hat der Kanzler veranstaltet, den anderen der Finanzminister. Der Einzige, der keinen veranstaltet hat, ist der zuständige Wirtschaftsminister. Woher kommt es, dass er sich um die Frage offensichtlich nicht kümmert? Oder interessiert ihn das Thema einfach nicht? Ich kann nicht nachvollziehen, warum der Einzige, der zuständig ist, nichts dafür tut, nichts dazu sagt und offensichtlich auch nicht mit dem Protagonisten spricht. Wer an Bayern denkt, macht einen Automobilgipfel! Im Übrigen ist auch keine Absprache mit den Ländern

erfolgt. Ich bin sehr froh, dass Markus Söder das nachholt, was die Bundesregierung versäumt hat.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön, Frau Kollegin.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Ich bin sehr froh, dass Robert Habeck unser Wirtschaftsminister ist. Er hat schon sehr viel –

(Zurufe von der CSU und der AfD: Oh! Buh!)

– Sie können so viel buhen, wie Sie wollen. Das ist mir ehrlich gesagt egal.

(Kerstin Schreyer (CSU): Das kann man wirklich nicht nachvollziehen!)

– Ich kann manchmal auch nicht nachvollziehen, wie Sie Ihren Ministerpräsidenten loben können, aber so ist das politische Geschäft. Genau.

Zu Ihren zwei konkreten Fragen Ich fand die Abschaffung der Unterstützung der E-Mobilität auch nicht gut. Wir waren aber in einer Ampel-Regierung, in der das Finanzministerium in der Hand der FDP lag, was bekanntermaßen zu Herausforderungen geführt hat.

(Kerstin Schreyer (CSU): Haben Sie dagegengestimmt?)

Das war in meinen Augen nicht optimal, und ich glaube, es ist gut, dass wir jetzt bald einen neuen Bundestag und damit auch eine neue Regierung wählen werden.

Zu der zweiten Frage, die Sie genannt haben, bezüglich der Automobilgipfel: Ich glaube, es gibt einen Unterschied, ob ich Gipfel veranstalte um des Gipfel-Veranstaltens willen, damit ich eine schöne Schlagzeile in der Zeitung habe, oder ob ich kontinuierlich für den Wirtschaftsstandort Deutschland arbeite, –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Um Gottes willen!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin, die Beispiele können wir jetzt nicht mehr aufrufen!

**Katharina Schulze (GRÜNE):** – indem ich mich zum Beispiel für bezahlbare Energie einsetze. Genau das macht Robert Habeck.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bevor ich Herrn Kollegen Florian Streibl das Wort erteile, appelliere ich an alle und in alle Richtungen: Der Geräuschpegel ist relativ hoch. Man muss nicht jedes Argument teilen, aber Zuhören ist gut, damit man wenigstens versteht, was der Redner oder die Rednerin sagt. – Bitte schön.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, Herr Minister Aiwanger, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir führen heute eine hitzige Debatte über die Wirtschaftspolitik in Bayern. Ich möchte am Anfang noch kurz auf Katharina Schulze eingehen und zur Bildungspolitik sagen: Wir haben in Bayern in diesem Haushalt die höchsten Bildungsausgaben überhaupt und die wenigsten Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Das ist ein Erfolg dieser Regierung!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sind nicht für die Technologie des letzten Jahrhunderts. Nein, wir werden die Probleme dieses Planeten und unseres Landes nicht mit weniger Technologie lösen, sondern nur mit mehr Technologie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Somit war deine Rede hier ein wenig von Ampel-Nostalgie geprägt, aber die Ampel-Regierung existiert nicht mehr.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Der Aiwanger hat nur davon geredet!)

Daher werden wir uns darüber jetzt auch nicht mehr auslassen. Meine Damen und Herren, wir danken an dieser Stelle unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger für seinen unermüdlichen Einsatz für die Wirtschaft bei uns in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte hier einmal ein paar Punkte nennen. Er und sein Staatssekretär Tobias Gotthardt – –

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Seien Sie still! Hören Sie zu, oder gehen Sie einmal hinaus und eine kiffen. Dann sind Sie wieder ruhig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Also bitte. Er benimmt sich ja fast wie da drüben. Die sind momentan anständiger. Gut, bitte bleibt so.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Bitte uns nicht vergessen!)

Hubert Aiwanger war dieses Jahr in Tschechien, Frankreich, Spanien, China, Belgien und in den Niederlanden. Sein Staatssekretär war in Polen, Österreich, Frankreich, Vietnam, Thailand, Brasilien, Kenia, Tansania, Tschechien und Bulgarien. So sieht Außenwirtschaftspolitik in Bayern aus, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dabei wird dann auch verhandelt, was wir brauchen: einen Wasserstoffkorridor von Afrika nach Europa.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Stören Sie nicht dauernd! Nichts gelernt und die Hälfte davon auch noch vergessen, wie?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen natürlich auch schauen, wo die Handelspartner der Zukunft sind. Wir dürfen uns nicht auf den vergangenen Zeiten ausruhen, sondern müssen auch den Blick in die Welt wagen, gerade auch nach Afrika, meine Damen und Herren. Aber was sind die Voraussetzungen für das Gelingen eines Gemeinwesens und eines jeden Staates? Das sind grundsätzlich Freiheit, Friede und Sicherheit; Freiheit, in der sich jeder Mensch selbst bestimmen, entfalten und sich immer wieder neu entwickeln kann und jeder nach seiner Fassung glücklich werden kann; Friede, der den Rahmen für Selbstentfaltung, Handel und freien Transport von Waren und Dienstleistungen bietet, Friede, um den wir uns alle immer wieder bemühen müssen und der von äußeren Faktoren, Autokraten und inneren Möchtegern-Autokraten für Deutschland bedroht ist; Sicherheit, die wir brauchen vor innerer und äußerer Bedrohung, vor Aggressoren aus dem Osten und denjenigen, die unsere Art, hier in Deutschland zu leben, ablehnen, aber auch die Sicherheit, die wir für eine zuverlässige und berechenbare Politik brauchen, Planungssicherheit, die jeder Unternehmer braucht, um zu wissen: Worin kann ich investieren? Was ist wichtig für die Zukunft? Wichtig ist in dem Zusammenhang auch die Sicherheit vor überbordender Bürokratie. Hier müssen wir den Paradigmenwechsel hin zu wieder mehr Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger und weniger Kontrolle schaffen. Das, glaube ich, können die Leute von uns erwarten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Hier gehen wir mit den Modernisierungsgesetzen schon in die richtige Richtung. Auch mit anderen Gesetzen werden wir uns immer auf den Weg machen, um diesen Paradigmenwechsel hinzubekommen. Meine Damen und Herren, wir brauchen diese Sicherheit, die Sicherheit eines guten Rechtsstaates. Das sind die grundlegenden Parameter für das Glück des Staates.

Aber was steht da noch davor? – Eine freie, starke, soziale Wirtschaft. Die Wirtschaft ist letztlich der Motor und Garant für das Glück des Staates; denn eine stabile Wirt-

schaft bildet die Grundlage für den Erfolg des Staates, für seinen Wohlstand und damit für den Wohlstand seiner Bürger. Entsprechend geht die Wirtschaft der Politik voraus. Sie ist älter. Viele Grundlagen für politisches Handeln müssen erst erwirtschaftet werden. Ohne diese finanziellen Grundlagen kann kein Staat einen Staat machen, können keine Lehrer und Polizisten bezahlt werden, können weder Straßen noch Schienen gebaut werden. Man kann sich auch nicht verteidigen, um den Frieden zu sichern. Insofern war die Regierungserklärung heute ein historischer Meilenstein, der hier im Haus wichtig und richtig war. Dafür danken wir dir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gerade in Zeiten der politischen und wirtschaftlichen Instabilität setzt die Bayernkoalition hiermit ein klares Zeichen für die Menschen in unserem Land; denn Bayerns Wohlstand und damit das Glück unserer bayerischen Heimat als liebenswerte Heimat für viele steht hier klar im Fokus. Bayern ist nicht nur das größte Bundesland, sondern auch das wirtschaftliche Herzstück der Bundesrepublik Deutschland. Hier werden Innovationen geboren, Arbeitsplätze geschaffen und wird eine Vielfalt von Kultur und Tradition gepflegt, die uns einzigartig macht. Unsere Wirtschaft ist ein Schmelztiegel unterschiedlichster Branchen von Bioökonomie über Biotechnologie und Quantentechnologie, aber auch Automobilindustrie und Maschinenbau, bis hin zu Start-up-Szenen und zahlreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Allen, die hier Unternehmer sind, wirtschaften und Vertrauen in Bayern haben, die hierbleiben und hier Arbeitsplätze schaffen, möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich danken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Aber gerade in Zeiten, die große Herausforderungen mit sich bringen – Digitalisierung, Klimawandel –, müssen wir uns immer wieder fragen: Wie können wir unser Land zukunftssicher machen? Wie können wir resilient werden? – Der Weg führt über Innovation und nachhaltige Standortpolitik sowie sinnvolle, gute Weichenstellungen. Das

heißt, wir müssen auch weiterhin in Bildung und Forschung investieren, um die Talente von morgen auszubilden und unsere Unternehmen mit dem nötigen Wissen auszustatten. Wir FREIE WÄHLER bekennen uns daher ganz klar weiterhin zu unserer dualen Berufsausbildung, die international die Exzellenz unserer Fachkräfte garantiert. An dieser Stelle möchte ich unserer Bildungsministerin danken, dass sie in unserem Bildungssystem die Grundlagen legt für eine erfolgreiche Wirtschaft in Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir müssen aber auch weiterhin dem Fachkräftemangel die Stirn bieten. Dafür erforderlich ist zum einen die unbürokratische Eingliederung ausländischer Fachkräfte in den Arbeitsmarkt, zum anderen auch, dass wir die Schätze heben, die wir hier bei uns im Land haben. Wir müssen schauen, dass wir jeden in Arbeit bringen. Das gilt auch für die Studenten aus Drittstaaten, die bei uns leben und studieren. Die können und sollen ihren ersten Arbeitsplatz hier bei uns in Bayern haben.

Wir müssen viele Prozesse vereinfachen und beschleunigen. Ein wichtiger Faktor hierfür, gerade in der Verwaltung, liegt in der digitalen Transformation und in der KI. Indem wir unsere Infrastruktur weiter ausbauen und modernisieren, stellen wir sicher, dass Bayern auch in Zukunft ein attraktiver Standort für Unternehmen bleibt. Auch weil in der digitalen Transformation an vielen Stellen nach wie vor echte Entbürokratisierungs-Booster schlummern, werden wir hier weiter aktiv arbeiten. Dafür brauchen wir einen Digitalminister, der ein Erwecker dieser Kraft ist, die da schlummert. Da habe ich das vollste Vertrauen in Dr. Fabian Mehring, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Aber der Motor, der letztlich die Wirtschaft antreibt, ist und bleibt die Energie. Wettbewerbsfähige Energie hat Bayern großgemacht und Bayern vom Agrarstaat zum Hightech-Innovationsstandort gemacht. Das war zu den damaligen Zeiten die Kernenergie. Das heißt, man hat auf neue Technologien gesetzt, so wie auch wir heute auf neue

Technologien setzen müssen. Dabei darf es kein Tabu geben. Da werden wir für die Zukunft nicht nur auf erneuerbare Energien schauen, sondern auch darauf, was im Bereich von Kernfusion und anderen Technologien möglich ist, meine Damen und Herren; denn ohne funktionierende, billige und wettbewerbsfähige Energie gäbe es kein Automobilwerk in Dingolfing, aber auch nicht den kleinen Bäcker um die Ecke, meine Damen und Herren.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Da brauchen wir Kernfusion, oder was?)

Daher werden wir diesen Weg ohne Scheuklappen weitergehen. Wir schaffen das als Bayernkoalition. Das, was Berlin verwehrt bleibt, machen wir hier in Bayern. Wir gehen auf diesem Weg voran, und ich sage Ihnen: Wir schaffen das, in Anlehnung an ein Kanzlerinnenwort. Wir schaffen das, weil wir es können, meine Damen und Herren! Deswegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lassen Sie uns also gemeinsam anpacken, um die Weichen für einen starken Wirtschaftsstandort Bayern zu stellen! Das ist nicht nur die Aufgabe der Bayernkoalition, der Bayerischen Staatsregierung oder die Aufgabe von irgendjemandem dort oben – nein, das ist die Aufgabe von uns allen. Jeder kann hier seinen Beitrag leisten und sich durch Fleiß und Bereitschaft einbringen. Wir müssen uns auf unsere alten Werte besinnen, die Deutschland großgemacht haben: Pünktlichkeit, Fleiß.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Hier möchte ich all denen danken, die jeden Morgen um fünf Uhr in der Früh aufstehen, um in die Arbeit zu gehen, meine Damen und Herren! Denn das sind die wahren Leistungsträger,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

nicht diejenigen, die irgendwann um halb neun in der Früh in die Küche schlürfen und erst einmal eine Tasse Sabbatical zu sich nehmen. Das sind nicht die Leistungsträger, meine Damen und Herren.

(Zurufe)

Diejenigen, die anpacken und mithelfen, sichern letztlich die Stabilität unseres Landes. Die sichern unseren Wohlstand. Damit sichern sie für uns Frieden, Freiheit und Sicherheit. Gemeinsam nehmen wir diese Herausforderung an.

Danke, lieber Hubert Aiwanger, dass du diesen Einsatz zeigst und unermüdlich für Bayern, für unsere Heimat, unterwegs bist. Danke schön und, meine Damen und Herren: Gott schütze Bayern!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. – Die erste kommt vom Kollegen Florian von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Verehrter Kollege Streibl, lieber Namensvetter Florian, mir ist nicht ganz klar geworden, was eigentlich die konkreten wirtschaftspolitischen Vorschläge von Hubert Aiwanger gewesen sind.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Wettbewerbsfähigkeit!)

Er hat wie immer über die Ampel geschimpft. Das war der größte Teil seiner Rede. Er hat über Bürokratieabbau geredet. Das tun wir alle. Das ist auch richtig. Aber was waren denn die konkreten Vorschläge, kein Rückblick in die Vergangenheit, sondern die konkreten Vorschläge

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Nicht zugehört hat er!)

zum Beispiel, um die angeschlagene Automobilindustrie und die Zulieferbetriebe zu unterstützen? Vielleicht kannst du mir helfen, weil ich dazu nichts gehört habe.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Dann hast du nicht aufgepasst!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Dann hast du wahrscheinlich zu wenig aufgepasst, wenn du das nicht gehört hast.

(Widerspruch bei der SPD)

Diese Koalition hat ein großes Bündel an Maßnahmen ergriffen.

(Florian von Brunn (SPD): Beispiel!)

– Zum Beispiel eine Hightech Agenda. Das ist ein Beispiel für Zukunftsinvestitionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiteres Beispiel ist, dass wir unsere Rüstungsunternehmen hier in Bayern stärken und eine Technologie aufgelegt haben. Ein Drittel der bundesdeutschen Rüstungsausgaben erfolgt hier. Das ist ein großer Standort, der für die Zukunft wichtig ist.

(Toni Schuberl (GRÜNE): War das der Aiwanger?)

Ich habe hier über fünfzig Seiten mit Maßnahmen, die ich Ihnen mal in einer ruhigen Stunde vorlesen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Staatsminister Hubert Aiwanger: Ihr vergesst ja alles nach zwei Minuten! Das hilft ja nichts!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Jetzt hat noch der Kollege Streibl das Wort. Aber die fünfzig Maßnahmen kann er nicht vorlesen.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Nein, ich bin eigentlich fertig.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Fertig, okay.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann haben wir als Nächstes die Intervention von Prof. Hahn.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Kollege Streibl von den FREIEN WÄHLERN, die Rede, die Sie gehalten haben, enthielt eine Dankesorgie. Sie hätten auch etwas Inhaltliches sagen können. Sie haben zunächst den Menschen gedankt, die morgens noch aufstehen, dann haben Sie den Leuten und den Betrieben gedankt, die nicht abwandern – man höre und staune; so weit sind wir schon; wir danken den Betrieben, wenn sie nicht aus Deutschland oder Bayern abwandern –, dann haben Sie Ihrem Chef Herrn Aiwanger dafür gedankt, dass er AfD-Positionen übernommen hat. Etwas anderes habe ich Ihrer Rede nicht entnommen.

Ich habe eine Frage, nachdem Sie jetzt schon zweimal im Merkel-Stil gesagt haben: "Wir schaffen das!": Was schaffen Sie denn? Das würde mich interessieren. Was schaffen Sie denn? Wann kommen Sie denn von dem Flatterstrom weg, von dem wir gerade gehört haben, dass er die Energie so teuer macht – Windkraft und PV?

Deshalb meine Frage: Wann bekommen wir in Bayern endlich wieder günstige Energie, damit wir die Betriebe nicht bitten müssen hierzubleiben, sondern damit sie von ganz alleine hierbleiben?

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Herr Prof. Hahn, dass Sie es mit der Dankbarkeit nicht unbedingt so groß haben und dass es Sie irritiert, wenn man Menschen dankt, habe ich schon verstanden.

(Zuruf von der AfD: Was soll der Schmarrn jetzt? Frage!)

– Ja, ich weiß, Ihre Frage zur Energie.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das war jetzt keine Antwort!)

– Doch!

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Lassen Sie ihn halt ausreden!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Genau! – Bitte schön, Herr Kollege.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Wir bauen erneuerbare Energien aus. Wir bauen auf Gaskraftwerke, wir bauen auf Wasserstoff, und das braucht seine Zeit. Wir werden die Energiewende aber so schaffen, dass sie bezahlbar ist und wir wettbewerbsfähig bleiben.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wann?)

– Demnächst. Sie werden es erleben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Holger Grießhammer für die SPD-Fraktion das Wort.

**Holger Grießhammer (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Staatsminister, zunächst vielen Dank für Ihre Regierungserklärung, die nach über einem Jahr Ihrer neuen Amtszeit sehr spät, ja fast zu spät gekommen ist.

Wir haben in Bayern zunehmend schwierige wirtschaftliche Bedingungen. Es vergeht kein Tag ohne eine Hiobsbotschaft. Ihre Regierungserklärung fand aber offensichtlich im falschen Haus statt; denn ich habe wieder einmal vor allen Dingen Forderungen in Richtung Berlin und Schelte der Bundesregierung vernommen. Wenn nur immer alles so einfach wäre! Dann bräuchten wir streng genommen keinen Wirtschaftsminister in Bayern, sondern nur einen örtlichen Berlin-Beobachter, der immer dann schreit, wenn es ein Feuer zu erspähen gibt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Tatsächlich, Herr Minister, wollen wir als SPD Ihren Job und damit auch den Föderalismus keineswegs infrage stellen – keine Sorge. Bayern braucht zwingend einen Wirtschaftsminister, aber einen, der sich auch aktiv um die Wirtschaft in Bayern bemüht.

Gerade ist der Holzkonzern Ziegler in die Insolvenz gegangen; 3.000 Beschäftigte sind betroffen. Die Holzindustrie erwirtschaftet in Bayern jährlich 37 Milliarden Euro. Der renommierte Automobilzulieferer Schaeffler baut mehrere Tausend Arbeitsplätze ab, unter anderem in Herzogenaurach, Regensburg und Schweinfurt. Meine Damen und Herren, wo ist der zuständige Staatsminister, um den Brand zu löschen?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Der Bundesminister vielleicht!)

Wir brauchen einen Wirtschaftsminister, der sich um die bayerische Wirtschaft kümmert, der ein Konzept hat, wie wir die Wirtschaft hier wieder in Fahrt bringen. Dazu habe ich wenig gehört. Sie haben heute über Ihre Schwerpunkte in der Wirtschafts- und Energiepolitik gesprochen. Sie haben große Worte gefunden. Doch wir von der SPD-Fraktion sind noch nicht überzeugt, und das allein reicht auch nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Es braucht konkrete Maßnahmen, klare Prioritäten und vor allem den Mut, schwierige Entscheidungen zu treffen.

Ja, Bayern steht vor enormen Herausforderungen. Die klimaneutrale und digitale Transformation verlangt mutige Investitionen und verlässliche Rahmenbedingungen. Ihre Regierungserklärung, Herr Minister, bleibt da leider weit hinter den Erfordernissen zurück.

Was wir brauchen, ist erstens einen deutlich aufgestockten Transformationsfonds für unsere Unternehmen. Dabei müssen auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit im Boot sein; denn ohne deren Engagement wird der Weg in die Zukunft kaum gelingen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir brauchen den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, Speicher und Netze. Wir müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen. Klimafreundliche und bezahlbare Energie ist der Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Drittens. Eine klare Unterstützung für die E-Mobilität. Die Systemscheidung ist längst gefallen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein Festklammern am Verbrennungsmotor wird den Umstellungsprozess nur quälend in die Länge ziehen und diesen noch dramatischer machen.

Viertens. Ein Tariftreuegesetz für faire Löhne. Nur wer mit seinen Leuten fair umgeht, hat eine motivierte Belegschaft, die nicht beim ersten Jobangebot zur Konkurrenz wechselt.

Fünftens. Wir müssen in die Fort- und Weiterbildung investieren. Wir müssen Betreuungsangebote ausweiten, um auch Frauen die Möglichkeit zu geben, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Auch die Wirtschaft würde enorm profitieren, wenn wir mehr Frauen in das Arbeitsleben bekämen.

(Beifall bei der SPD)

Sechstens und nicht zuletzt: Wir brauchen den Mut, die Schuldenbremse in Bund und Land für Zukunftsinvestitionen zu reformieren. Ein antizyklisches Handeln und Investieren des Staates bringt die Wirtschaft wieder auf Touren.

Das zunächst in Stichpunkten – ich werde gleich noch ausführlicher darauf eingehen; denn wir haben sehr klare Vorstellungen darüber, wie wir Bayern fit für die Zukunft machen. Die SPD-Landtagsfraktion ist bereit, konstruktiv daran mitzuarbeiten. Es geht

darum, zusammenzustehen und mutige Entscheidungen zu treffen, um unsere Wirtschaft zukunftsfähig zu gestalten.

Aktuell stehen wir vor enormen wirtschaftlichen Herausforderungen. Die Wirtschaft in Bayern kämpft mit den strukturellen Standortproblemen, mit einer ausufernden Bürokratie, hohen Energiepreisen, dem Arbeits- und Fachkräftemangel und einer schwachen Nachfrage im In- und Ausland. Die bayerische Wirtschaft schrumpft überdurchschnittlich. Auch die Kosten der Transformation hin zur Klimaneutralität und Digitalisierung sind immens.

Als Handwerksmeister, als Unternehmer kann ich Ihnen detailliert aufzählen, wo in Bayern der Wirtschaftsminister gefragt ist. Ich habe jetzt das Glück, dies hier vom Rednerpult aus tun zu können. Die meisten bayerischen Handwerker und Unternehmer haben diese Chance nicht. Ich kann Ihnen aber versichern: Die Wirtschaft würde sich freuen, wenn Sie ihre Probleme anpacken würden. Allein mit Berlin-Bashing werden wir das bayerische Wirtschaftsproblem nicht in den Griff bekommen – das ist schlicht und einfach zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ja, Bayern ist ein wirtschaftlich starkes Bundesland. Das verdanken wir vor allem den echten Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern, den oft hart arbeitenden Menschen in Bayern, die unser aller Wohlstand erwirtschaften. Kollege Streibl hat das genauso betont.

Doch es gibt auch Schattenseiten. Die Inflation der zurückliegenden Zeit belastet Menschen noch immer, und ganze Regionen haben den Anschluss an den wirtschaftlichen Erfolg Bayerns verloren. Bayern ist von gleichwertigen Lebensverhältnissen noch immer sehr weit entfernt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund zieht ein ernüchterndes Fazit Ihrer Struktur- und Regionalpolitik sowie der Landesentwicklungspolitik in Bayern. Der DGB attestiert der Bayernkoalition eine Aufgabendelegation und Verantwortungsübertragung an die Kommunen bei gleichzeitigem Rückzug des Staates.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, wir brauchen in Bayern zielführende Lösungen, die Planungssicherheit und das Gemeinwohl an oberste Stelle setzen. Viele Wirtschaftsinstitute, Unternehmensverbände, Gewerkschaften und Ökonomen warnen vor einer hartnäckigen Rezession. Obwohl wir die Inflation auf 2 % senken konnten, fehlt es derzeit an stetigem Wirtschaftswachstum. In dieser Situation brauchen wir eine klare wirtschaftspolitische Strategie – eine Strategie, die ich in der Regierungserklärung leider vermisst habe.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich klarstellen: Die Ankündigung, beim Nachtragshaushalt im Wirtschaftsetat nicht sparen zu wollen, ist begrüßenswert. Es geht aber nicht, dass wir die Finanzierung durch Kürzungen im Sozialbereich kompensieren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wo kürzen Sie dann?)

Das ist nicht gerecht und auch ökonomisch nicht sinnvoll.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben den Rotstift bei den Schwächsten in der Gesellschaft angesetzt, bei den Kindern, bei zu pflegenden Menschen und bei den Familien. CSU und FREIE WÄHLER sprechen davon, dass der Freistaat ein positives Beispiel für ein funktionierendes, verlässliches Staatswesen sei, das sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiere. Ich frage Sie: An wessen Bedürfnissen orientieren Sie sich, wenn Sie die Abschaffung des Deutschlandtickets ins Spiel bringen? Orientieren Sie sich an den Bedürfnissen der Menschen, indem Sie die Familien- und Landespflegegeldzahlungen halbieren oder das Krippengeld streichen?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist eine Politik, die auf dem Rücken der Menschen ausgetragen wird.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Kein Cent wird gekürzt!)

Ja, natürlich haben Sie auch über den Bürokratieabbau gesprochen. Das hören wir ja immer wieder. Sie tun aber so, als wären Sie in der Opposition. Sie sind doch der Wirtschaftsminister. Bauen Sie doch endlich Bürokratie ab. Sie haben es in der Hand. Es ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Als ein Abgeordneter aus der Praxis und als jemand, der selbst aus dem Handwerk kommt, weiß ich, wie wichtig es ist, dass das Handwerk und die Menschen, die in unserer Gesellschaft täglich hart arbeiten, mehr Anerkennung finden. Da muss auch noch viel passieren. Sorgen Sie doch endlich dafür, sorgen wir dafür, dass Auszubildende unter 18 Jahren mit dem Auto zum Ausbildungsplatz oder zur Arbeit fahren dürfen. Das ist nur eine kleine Aktion mit einer ganz großen Wirkung, die insbesondere im ländlichen Raum helfen könnte.

Was wir brauchen, das ist eine mutige Investitionsoffensive in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes: in unsere Infrastruktur – viele Straßen und Schienen sind in einem katastrophalen Zustand –; in unser Bildungssystem, das nach wie vor die Zukunftschancen unserer Kinder vor allem an das Einkommen der Eltern koppelt; in den Wohnungsbau, damit in den Ballungsräumen nicht länger die Hälfte des Einkommens oder noch mehr für die Miete verwendet werden muss; in die klimaneutrale und digitale Transformation, damit Bayern nicht den Anschluss an die Weltspitze verliert; und das alles bitte nicht auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Es ist unnötig, ökonomische und soziale Stärke gegeneinander auszuspielen. Die Kunst der Politik besteht darin, hier einen fairen Ausgleich zu finden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Ihrer Rede die Transformation angesprochen. Mit dem Transformationsfonds haben Sie für die Unternehmen auch einen wichtigen und richtigen Schritt angekündigt. 350 Millionen Euro sind aber leider nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen

Stein, meine Damen und Herren. Transformation passiert nicht von allein. Wir brauchen massive Investitionen, damit wir den Strukturwandel aktiv gestalten können. Es sind unter anderem Investitionen in eine klimagerechte Industrie und den Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig, um die Energiewende auch voranzutreiben. Die Digitalisierung erfordert Investitionen in allen Landesteilen, um gleiche Chancen auch für den ländlichen Raum zu schaffen.

Forschungsinstitute schätzen den öffentlichen Investitionsbedarf deutschlandweit in den nächsten zehn Jahren auf 600 Milliarden Euro. Der BDI schätzt sogar 1,4 Billionen Euro, davon 400 Milliarden durch den Staat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir benötigen in Bayern leistungsstarke Stromnetze. Herr Minister, Sie haben diese Stromnetze über viele Jahre nicht forciert und vorangetrieben. Ich bin froh und auch dankbar, dass jetzt hier die Erkenntnis da ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir benötigen mehr Sonnenenergie. Wir brauchen die Geothermie. Wir benötigen eine flächendeckende Ladeinfrastruktur für Elektroautos. Ja, wir haben auch da in den Ballungszentren einen sehr guten Ausbauzustand. Aber auch hier fehlt es in der Fläche. Das alles kommt nicht von allein. Durch staatliche Investitionen in strategisch wichtigen Bereichen können Investitionen gefördert, Arbeitsplätze geschaffen und das Wirtschaftswachstum erhöht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb brauchen wir eine Reform der Schuldenbremse, um die drängenden Herausforderungen in Deutschland zu lösen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Mehr Schulden machen?)

Das fordern nicht nur wir als SPD, sondern zahlreiche Ökonomen, der IWF und auch die Bundesbank.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Mehr Schulden zu machen? Wie wäre es mit sparen?)

Auch viele CDU-Ministerpräsidenten und mittlerweile auch der CDU-Parteichef stimmen dem hin und wieder mal zu. Ich bin zuversichtlich, dass sich hier auch die Union bewegen wird.

(Beifall bei der SPD)

In Zeiten schwacher Nachfrage ist eine antizyklische Fiskalpolitik das Gebot der Stunde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist noch essenziell für die Attraktivität des bayerischen Wirtschaftsstandorts? – Richtig: eine zukunftsorientierte Energiepolitik, wie eben schon angedeutet. Bayern war einst Vorreiter bei den erneuerbaren Energien, doch was ist daraus geworden? – Heute sind wir Schlusslicht beim Ausbau der Windkraft, die 10-H-Regel war ein historischer Fehler, den Sie immer noch nicht vollständig korrigieren wollen. Anstatt Pionier bei der Entwicklung klimafreundlicher Technologien zu sein, hat die Regierung die Energiewende verschleppt.

(Beifall bei der SPD)

Die bayerische Energiepolitik war eine Mischung aus Planlosigkeit, Kurzsichtigkeit und einer gehörigen Portion Populismus. Das müssen wir ändern, wenn wir wirklich zukunftsfähig sein wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Netzkapazitäten sind zu gering, und der Ausbau von Batteriespeichern und H<sub>2</sub>-Elektrolyseuren wird zu halbherzig angegangen. Dabei sind es gerade unsere Unternehmen, die bezahlbare und verlässliche Energien brauchen. Noch haben wir die Industriebetriebe, die viel zu unserem Wohlstand beitragen, und das soll auch so bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ja, der Atomausstieg war und bleibt eine richtige Entscheidung. Erneuerbare Energien sind mittlerweile die kostengünstigste Art der Stromerzeugung, im Gegensatz zu neuen Atomkraftwerken, die unbezahlbar sind, ganz zu schweigen von den Sicherheitsrisiken und den ungelösten Fragen der Endlagerung. Die Wirtschaft hat das längst erkannt, und der RWE-Chef Markus Krebber hält ein deutsches Atom-Comeback laut "Handelsblatt" für sehr unrealistisch.

Wir erinnern uns noch gut daran, dass unser heutiger Ministerpräsident sich seinerzeit dafür ausgesprochen hat, das Kernkraftwerk Isar 2 spätestens im Jahr 2022 abzuschalten. Er hat sogar mit Rücktritt gedroht, sollte sich der Freistaat auf einen späteren Zeitpunkt für den Atomausstieg einigen. Ja, lang, lang ist es her. Auch wenn er seine Meinung heute geändert hat, war sein damaliges Handeln wichtig und richtig. Seine Abkehr vom richtigen Weg ist schade, und wir sehen sie mit großem Bedauern.

(Beifall bei der SPD)

Klar, eine Inbetriebnahme wäre technisch sicher möglich. Wir halten diesen Schritt aber nicht für notwendig. Es ist zu teuer, wir finden keine Betreiber, und nach wie vor haben wir keine Lösung für die Endlagerung des Atommülls.

Sehr geehrter Herr Minister, verabschieden Sie sich lieber von diesem ebenso populistischen wie unrealistischen Vorhaben. Dieser Plan klingt sehr stark nach Wahlkampf und ist nicht ausgegoren, zumal wir mit den erneuerbaren Energien auf einem guten Weg sind, auch was die Bezahlbarkeit angeht.

(Lachen bei der CSU)

Wenn wir die Erneuerbaren forciert ausbauen, müssen Sie auch nicht länger Ihr selbstgestecktes Klimaziel infrage stellen. Die Bundesregierung hat da deutlich mehr geleistet, auch wenn immer so gern und ausgiebig auf Berlin geschimpft wird. Sie haben sehr viele Dinge aufgezählt, für die Gelder im Freistaat ausgegeben wurden, die aus Berlin kamen. Trotz Ihrer ganzen Schwarzmalerei hat uns Olaf Scholz gut

durch die Energiekrise gebracht. Niemand musste im Winter frieren oder im Kalten sitzen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD und Olaf Scholz haben gehandelt und unser Land sehr schnell mit Alternativen zu russischem Gas versorgt.

Apropos Vergangenheit: Die Wärmestrategie der Bayerischen Staatsregierung ist schlichtweg unzureichend. Bayern hat ein enormes Potenzial für Tiefengeothermie. Bis zu 40 % unseres Wärmebedarfs könnten wir aus ihr decken. Ihr Plan sieht bis zum Jahr 2050 aber lediglich eine Deckung von 25 % vor. Der Begriff "Wärmepumpe" fällt in dem ganzen Papier nur viermal. Stattdessen setzen Sie weiter auf die Illusion, wir könnten unsere Häuser über das bestehende Gasnetz einfach mit Wasserstoff heizen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir benötigen Wasserstoff. Wir benötigen ihn aber zuallererst und weit dringender in anderen Bereichen, nämlich in der Industrie, im Schwerlastverkehr und in der Luftfahrt. Ähnliches gilt für die Mobilität.

Die Automobilindustrie, das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft, ist viel weiter als die Politik und hat längst erkannt: Der Elektromotor wird sich auf dem Markt durchsetzen. Er ist effizienter, wartungsärmer und wird mit erneuerbarem Strom klimaneutral betrieben. Die bayerischen Autobauer investieren Milliardenbeträge in die Transformation zur Elektromobilität. Wir sehen die Investitionen am BMW-Standort in München, wo das Werk gerade für die sogenannte Neue Klasse umgebaut wird. Unsere Automobilbranche braucht Planungssicherheit durch klare politische Vorgaben und einen schnellen Ausbau der Ladeinfrastruktur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab auch den Tag, als auf Bayerns Schienen die letzte Dampflokomotive unterwegs war. Selbst die Bedeutung der Pferdekutsche ist abseits der Wiesen inzwischen recht überschaubar, obwohl sie doch jahrhundertlang den Verkehr dominiert hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zurück zur Gegenwart. Ein starker Wirtschaftsstandort braucht vor allem eines: gut ausgebildete und fair bezahlte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir fordern weiterhin ein bayerisches Tariftreuegesetz.

(Beifall bei der SPD)

Ein solches stärkt das örtliche Handwerk, die Wirtschaft vor Ort und die Kaufkraft. Es verhindert Lohndumping und sichert der Wirtschaft dringend benötigte Fachkräfte. In 14 von 16 Bundesländern gibt es bereits ein Tariftreuegesetz. Bayern hängt neben Sachsen hinterher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sieht es beim Breitbandausbau und dem Mobilfunkausbau aus? – Es gibt Luft nach oben. Knapp 20 % weiße oder graue Flecken auf dem Land sind nach wie vor zu viel. Wer Unternehmen im ländlichen Raum ansiedeln und halten will – wir als SPD wollen das –, der muss mehr tun. Sehr geehrter Herr Minister, wo ist Ihre internationale Strategie? Wie wollen Sie Investitionen nach Bayern holen? Wie wollen Sie den Export ankurbeln? Kümmern Sie sich bitte darum, dass Invest in Bavaria nicht nur Ansiedlungen in Ballungsräumen zulässt und begleitet, sondern auch verstärkt in ländlichen Regionen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie: Richten Sie Ihren Fokus wieder auf Bayern. Ich weiß, es steht ein Bundestagswahlkampf an. Es geht darum, der Wirtschaft zu helfen, und nicht darum, im Bundestagswahlkampf große Töne anzuschlagen.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

**Holger Grießhammer (SPD):** Die Menschen und die Wirtschaft im Land erwarten Hilfe. Ich könnte jetzt sagen: Reisende soll man nicht aufhalten. Wer weiterreist oder im Amt bleibt, entscheiden jedoch nicht wir, sondern die Wählerinnen und Wähler am 23. Februar 2025. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Ich erteile dem Kollegen Roland Weigert von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

**Roland Weigert (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Grießhammer, Sie haben eben gesagt, dass sich der Minister darum kümmern soll, dass Invest in Bavaria Unternehmen nicht nur in den Ballungsräumen ansiedelt, sondern auch auf dem Land. Dies ist zunächst einmal eine gute programmatische Linie. Aber glauben Sie denn nicht, dass die Investitionsentscheidung und die Standortwahl letztendlich nicht von Invest in Bavaria, sondern von den Unternehmen getroffen wird?

**Holger Grießhammer (SPD):** Das ist klar. Selbstverständlich treffen diese Entscheidung die Unternehmen. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam mit Invest in Bavaria versuchen, die Investitionen in die Fläche zu bringen. Die Politik kann Rahmenbedingungen schaffen. Ich will nicht bestreiten, dass dies passiert ist, keineswegs. Aber ich würde die Steuerung verstärken. Lieber Kollege, ich weiß, dass besonders du dahin gehend aktiv warst und Investitionen nach Oberfranken gelenkt hast. Dafür meinen herzlichen Dank. Meine Aufforderung richte ich darauf, nicht nur Ballungsräume zu fördern, sondern das Land insgesamt in der Fläche zu fördern. Ich wollte das eine nicht ausschließen. Jetzt habe ich diese Klarstellung aber auch mit einem Lob an deine gute Zeit als Staatssekretär verbunden.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Der nächste Redner ist der Kollege Thomas Pirner für die CSU-Fraktion. – Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Thomas Pirner (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Herr Staatsminister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu einem starken Wirtschaftsstandort gehört nicht

nur die Industrie, sondern auch das Handwerk. Das Handwerk ist eine wichtige Säule in unserem System.

Meine Damen und Herren, mit über 200.000 Betrieben, fast einer Million Beschäftigten, 63.000 Auszubildenden und einem jährlichen Umsatz von 150 Milliarden Euro ist das Handwerk in Bayern die Wirtschaftsmacht von nebenan. Das Handwerk ist nicht nur eine Wirtschaftsmacht, es bedeutet vielen Familien Sicherheit und Stabilität ihrer Existenz. Es bietet jungen Menschen unglaubliche Chancen und Perspektiven. Es sorgt für Wachstum und Wohlstand in jedem Winkel Bayerns. Dennoch ziehen am Himmel dunkle Wolken auf. Die wirtschaftliche Lage ist angespannt, und es gibt meines Erachtens großen Anlass zur Sorge. Der drohende Stellenabbau der Großindustrie sorgt für Unsicherheiten. Das Handwerk ist unmittelbar davon betroffen. Insbesondere Klein- und Kleinstunternehmen stehen auf der Kippe. Anders als manche großen Firmen sind Handwerksbetriebe regional verwurzelt und können ihren Standort nicht ins Ausland verlagern. Oftmals ist die einzige Lösung die Aufgabe des Betriebes.

Meine Damen und Herren, das Handwerk stirbt leise. Mir ist die Förderung des Handwerks nicht nur als Abgeordneter, sondern besonders als Präsident der Handwerkskammer für Mittelfranken eine Herzensangelegenheit. Ich sehe täglich, wie viel Leidenschaft, wie viel Motivation und Engagement Handwerkerinnen und Handwerker an den Tag legen und dafür sorgen, dass Projekte, die wir anstoßen, realisiert werden. Neben der wirtschaftlichen Bedeutung zeigt das Handwerk vor allem unseren Jugendlichen eine Perspektive. 30 % aller Auszubildenden in Bayern beginnen ihre Karriere im Handwerk. Egal, ob man aus der Mittelschule, der Realschule oder dem Gymnasium, gar mit Abitur, kommt, im Handwerk findet jeder einen Platz. Man kann im Handwerk mit Lehre Karriere machen.

Das Handwerk ist aber nicht nur Tradition oder gar, wie manche meinen, verstaubt – nein, es ist absolut am Puls der Zeit und somit auch gerüstet für die Zukunft. Denken wir an die großen Herausforderungen unserer Zeit, wie zum Beispiel die Energiewende. Die Energiewende wäre ohne Handwerksbetriebe nicht möglich. Das Motto lautet:

Ohne Hände keine Wende. Wer saniert und dämmt Gebäude? Wer installiert Photovoltaikanlagen? Wer baut moderne Heizungssysteme ein? Wer repariert oder saniert? Nicht zuletzt: Wir, das Handwerk, können auch die notwendigen Wohnungen herstellen, die die Bundesregierung versprochen, aber nicht realisiert hat. Robert Habecks Heizungsgesetz hat uns vor große Herausforderungen gestellt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist mir bis heute unerklärlich, dass solche Gesetze geplant und verabschiedet werden, ohne mit uns, dem Handwerk, auch nur ein Gespräch darüber zu führen, ob das Ziel überhaupt realisierbar ist. Ein Großteil der Bevölkerung ist durch das Heizungsgesetz verunsichert worden. Wir wurden vor große Herausforderungen gestellt. Dennoch wurden wir im Kern alleingelassen. Meine Damen und Herren, so funktioniert die Energiewende sicherlich nicht.

(Beifall bei der CSU)

Eine Vielzahl solcher Entscheidungen hat nicht nur dazu geführt, dass die Industrie in eine Schieflage geraten ist, sondern sie hat auch dazu geführt, dass das Handwerk in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Konjunkturumfragen sprechen eine deutliche Sprache.

Ich habe das Gefühl, hier wird Management by Potatoes gemacht: rein in die Kartoffeln – raus aus den Kartoffeln. Ich glaube aber, es bringt nichts, weiter über die Fehlkonstruktion der Ampel-Regierung zu sprechen. Wir müssen vielmehr nach vorne schauen, in die Zukunft blicken und die Weichen neu stellen.

Meine Damen und Herren, diesen falschen Kurs gilt es schnellstmöglich abzuändern und der Wirtschaft und den Unternehmern sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder zukunftsfähige Impulse zu liefern. Wir müssen schnellstmöglich Rahmenbedingungen schaffen. Wir müssen Planungssicherheit wiederherstellen, damit wir für die Zukunft gesichert sind. Wir müssen Vertrauen schaffen, statt ständig Misstrauen zu säen.

Weiter müssen wir bürokratische Bremsklötze lösen und den Unternehmen dann auch wieder diese nötige Beinfreiheit bieten. Was brauchen wir für die Zukunft, damit der wirtschaftliche Motor wieder anspringt und wir wieder das dringend benötigte Wirtschaftswachstum bekommen? – Ich sage es einmal handwerklich: Wir müssen da im Bund sozusagen in den Maschinenraum und, ich glaube, da auch etliche Teile schnellstmöglich auswechseln und verbessern. Dort muss wieder eine Realpolitik, eine bürgernahe Politik betrieben werden und nicht eine Politik von Ideologiegetriebenheit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was tun wir in Bayern für die Wirtschaft, insbesondere für das Handwerk? – Wir investieren in Gründungen, in Betriebsübergaben, in Forschung, Entwicklung, berufliche Bildung, KI und Robotik. Ja, Digitalisierung, KI und Robotik sind auch im Handwerk angekommen und kommen zum täglichen Einsatz. Die Frage der Digitalisierung ist das Zukunftsthema schlechthin und spielt quer über Fördermaßnahmen eine zentrale Rolle. Da sage ich Ihnen: Wir werden das weiterhin unterstützen und auch weiterhin fördern. Das sind die Ziele der CSU. Als lobende Beispiele seien hier nur einseitig der Digitalbonus wie auch der Meisterbonus genannt, den wir in Bayern auf 3.000 Euro deutlich erhöht haben. Meine Damen und Herren, einzigartig in Deutschland übernimmt dadurch der Freistaat Bayern diesen Herbst faktisch vollständig die Kosten für die Meisterausbildung. Das zeigt: Wer sich weiterbilden will, im Handwerk vielleicht auch Verantwortung übernehmen möchte, der wird belohnt. Ich betone das besonders: Heute wie auch in der Zukunft kann sich das Handwerk der vollen Unterstützung der CSU sicher sein. Wir stehen an der Seite des Handwerks, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir tun noch mehr. Im Jahr 2023 haben wir rund 33 Millionen Euro aus regulären Landesmitteln und 12 Millionen Euro aus EU-Mitteln in die Förderung des Handwerks in-

vestiert, vor allem in die Ausbildung und in die Modernisierung der Werkstätten. Diese Förderung wollen wir auch weiterhin beibehalten und gegebenenfalls erhöhen; denn, meine Damen und Herren, Investitionen in Bildung ist die Sicherung für die Fachkräfte von morgen. Mit der Kampagne "Ausbildung macht Elternstolz" auf Initiative der CSU werben wir bei Eltern für eine Ausbildung ihrer Kinder im Handwerk. Wir zeigen damit die Wertschätzung für Ausbildung wie auch Leistungsbereitschaft junger Menschen. All diese Maßnahmen und Investitionen zahlen sich für die Betriebe, für die Wirtschaft und für die Gesellschaft aus. Im Gegensatz zur gescheiterten Ampel-Regierung investieren wir in Bayern in unsere Handwerker, weil wir wissen, was wir an ihnen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir stehen für unternehmerische Freiheit, für Ent- und nicht mehr Belastung. In der aktuellen schwierigen Lage muss jede zusätzliche Belastung der Wirtschaft vermieden werden. Die neue Bundesregierung muss den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder wettbewerbsfähig machen. Unser Land braucht eine weitreichende Reformagenda für wirtschaftliches Wachstum. Statt des Herumdokterns an Details ist eine grundsätzliche Neuausrichtung erforderlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Handwerk ist eben nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, es ist Teil unserer Identität, unserer Kultur wie auch unserer Tradition. Bayern steht zu seinem Handwerk und zu seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es gilt nun: bayerischer Mut statt German Angst.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke, Herr Kollege. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich dem Kollegen Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort, bitte.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Kollege Pirner, ich möchte Ihnen gerne eine Frage zum Thema Stromimporte stellen, weil das heute von Wirtschaftsminister Aiwanger genannt wurde.

**Thomas Pirner (CSU):** Ich habe es nicht verstanden.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Ich habe eine Frage zum Thema Stromimporte, weil das von Wirtschaftsminister Aiwanger genannt wurde. Wir hatten letztes Jahr in Bayern Stromimporte in Höhe von 20 Terawattstunden. Ganz Deutschland hatte Stromimporte in Höhe von 9 Terawattstunden.

(Zuruf von der AfD: Dann kommt Bayern nicht mehr zu Wohlstand, oder wie kommt das?)

Das bedeutet: Man kann sagen, die gesamten Stromimporte und noch einmal ebenso viel obendrauf aus anderen Bundesländern gingen nach Bayern. Da möchte ich Sie als Mann aus der Praxis gerne fragen: Sehen Sie das als eine gute Bilanz an?

(Zuruf – Lachen des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

– Ja, genau.

Dann möchte ich noch zu Herrn Spahn nachfragen, von dem wir jetzt im "Münchner Merkur" lesen, dass wir angeblich Atomstrom aus Frankreich bezogen hätten. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Florian Köhler (AfD): Was?)

– Das war nicht in dem Zeitraum genannt. Wir haben in dem Zeitraum keinen Atomstrom aus Frankreich bezogen. Minister Habeck ging es mit seinem Brief vielmehr darum, Frankreich zu unterstützen; aber ich frage Sie, inwieweit Sie die Stromimporte nach Bayern für gut oder schlecht halten.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung, bitte.

**Thomas Pirner (CSU):** Ich sage zu den Stromimporten: Wichtig ist für unsere Unternehmer – und das ist eigentlich das, was zählt –, dass wir eine sichere Energiepolitik betreiben. Sicherlich gehören die Stromimporte dazu. Ich denke, zu den Atomkraftwerken haben Sie vielleicht eine andere Information als ich; aber man sieht: Um uns herum entstehen diese Atomkraftwerke, die den Strom produzieren. Ich glaube, da müssen wir wieder hin, dass wir eine gesicherte Energiepolitik für unsere Unternehmer haben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Das muss bezahlbar sein. Wir müssen Planungssicherheit haben. Man sieht doch die Tendenz, dass Industriebetriebe abwandern; nur wir im Handwerk können das nicht. Wir müssen uns mit diesen Themen dann auch wirklich vor Ort auseinandersetzen. Dazu möchten wir einen gesunden Energiemix.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Dazu zählt natürlich zumindest die Diskussion darüber, ob wir Atomkraftwerke dann auch wieder ans Netz bringen. Das ist auf jeden Fall eine Diskussion wert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Johannes Meier für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Johannes Meier (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister – schön, dass Sie noch da sind –, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Auch wenn Herr Holetschek gerade leider den Saal verlassen hat und vorhin meinte, er gehe nicht auf die Rede des Kollegen ein, muss ich darauf sehr wohl noch eingehen, weil ich das teilweise verstehen kann: Wir haben in den Räumlichkeiten oft kein schnelles Internet. Da kann man sich manchmal nicht so gut informieren; aber hier wurde über die AfD wieder gelogen, dass wir Menschen mit Migrationshintergrund, die sich integriert haben und arbeiten, abschieben wollten.

(Anna Rasehorn (SPD): Das hat der AfD-Parteitag letztes Wochenende beschlossen! – Zuruf von der SPD: Als Staatsziel!)

– Das ist wirklich eine Schande,

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

dass Sie diese Lüge hier immer wieder aufrechterhalten.

(Beifall bei der AfD)

Sie sollten sich die Resolution doch einfach einmal durchlesen. Da steht nichts von Menschen, die sich integriert haben. Da steht nichts davon, dass wir alle abschieben wollen. Das ist diese Lüge, die Sie in der Gesellschaft immer streuen wollen, weil Sie spalten, hetzen und Angst schüren wollen. Diese Richtigstellung sei an dieser Stelle noch einmal angebracht.

(Beifall bei der AfD)

Wir alle wissen auch, warum wir heute hier sind. Wir sind nicht hier, weil die bayerische Wirtschaft plötzlich über Nacht ein neues Zeitalter des Aufschwungs erlebt hat, sondern wir sind hier, weil Herr Aiwanger natürlich in den Bundestag möchte, weil

Wahlkampf für die FREIEN WÄHLER gemacht werden soll. Sie sind bundespolitisch einfach noch unbedeutend, und deswegen soll jetzt hier vorgelegt werden.

Ich durfte bereits zur letzten Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsident Söder sprechen, der heute einmal wieder kurzfristig hier verweilt hat. Sie trug den Titel: "Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm Bayern 2030". Eine große Gemeinsamkeit erkenne ich bereits jetzt: Die Worte des Herrn Ministerpräsidenten Söder haben wie die Worte seines Stellvertreters absolut keinerlei Schnittmenge mit den eigenen Taten, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

So versprach Herr Söder am 13. Juni dieses Jahres vollmundig, über 50 Neuerungen und 100 Maßnahmen zur Entbürokratisierung auf den Weg bringen zu wollen. Die kurz darauf eingebrachte Anfrage des Kollegen Lipp, der später auch noch spricht, ergab eine spannende Antwort der Staatskanzlei, nämlich schlichtweg, dass es gar keine Angaben dazu gebe, welche Maßnahmen hier überhaupt gemeint seien. Das ist eben ein klassischer Söder: viel gesprochen, nichts davon gehalten. Herr Minister Aiwanger, die heutige Show von Ihnen ist auch nichts anderes als die Bewerbung um das genannte Direktmandat. Rhetorisch waren Sie heute wieder in Bestform. Das muss man zugeben. Sie machen das immer ganz charmant, wortgewandt und auch populistisch, und Populismus ist auch nicht schlecht,

(Johannes Becher (GRÜNE): Nein, das findet ihr gut! Populismus findet ihr gut!  
Endlich sagt ihr das einmal, dass ihr Populismus gut findet!)

wenn es tatsächlich nah am Volk ist; aber

(Johannes Becher (GRÜNE): Mei, o mei, o mei!)

– schön, dass es manchmal ein bisschen Leben in die Bude bringt, bei manchen Worten fühlen Sie sich dann doch sehr getriggert – in der Bibel steht schon: "An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen." Herr Aiwanger, die Früchte Ihrer Politik sind wirklich

mehr als ernüchternd. Sie kritisieren immer die Deindustrialisierungspolitik der Ex-Ampel-Regierung; zwar vollkommen zu Recht, aber wie sieht es denn bei Ihnen selbst aus? – Bei Ihnen selbst auf bayerischer Ebene sind Sie und Ihre FREIEN WÄHLER doch schon längst zu Steigbügelhaltern genau dieser wohlstandsvernichtenden Politik geworden.

(Beifall bei der AfD)

Während Sie im Bierzelt die CO<sub>2</sub>-Steuer anprangern, setzen Sie in Bayern ein Klimaschutzgesetz durch, das in puncto Radikalität wirklich selbst den Bund übertrifft: Sie fordern Klimaneutralität bis 2040, fünf Jahre früher als Berlin – der grüne Traum oder, wie wir in Bayern sagen würden: der bayerische Albtraum. So wettern Sie auch gegen den Zwangsaustausch von Öl- und Gasheizungen; doch auf Landesebene setzen Sie auch das munter fort. Wir haben die Versprechungen zur Kernenergie heute mehrfach gehört. Sie hätten doch selbst den Rückbau der Atomkraftwerke Gundremmingen C und Isar 2 auch rechtlich verhindern können. Sie taten aber nichts. Jetzt stehen wir vor explodierenden Energiekosten und einem kollabierenden Netz. Dass die Strompreise bereits vor dem Krieg in der Ukraine gestiegen sind, sollte allen bekannt sein. Man kann aber natürlich noch einen draufsetzen und heute wieder vollmundig vom Einsatz gegen das Verbrennerverbot sprechen, da hier wirklich 180.000 Arbeitsplätze in Bayern direkt betroffen sind. Was machen Sie denn immer, Herr Aiwanger? Was macht die Fraktion der FREIEN WÄHLER?

Ich möchte ein paar Anträge der AfD aufzählen: "Technologiestandort Deutschland bewahren – Dieseltechnologie erhalten" – abgelehnt von der CSU und den FREIEN WÄHLERN. "Ja zum Verbrennungsmotor – Ja zu bayerischen Arbeitsplätzen in Schlüsselindustrien" – auch abgelehnt von der CSU und den FREIEN WÄHLERN. Der Antrag der AfD, ein Verbot des Verbrennungsmotors durch die EU zu verhindern – auch abgelehnt von eben den FREIEN WÄHLERN und der CSU. Jetzt erst im September erneut ein Antrag der AfD: "Ja zur bayerischen Automobilindustrie! Ja zum

deutschen Verbrennungsmotor" – auch der natürlich abgelehnt von den FREI-EN WÄHLERN und der CSU.

Ein kleiner Hinweis: Mit einem Nein bewegt man sich auf der Stelle, da kommt man nicht vorwärts. Ein Ja mit einem kleinen Ruck – zugegeben nach rechts – wäre vielleicht einmal ganz schön. Die Menschen da draußen würden es Ihnen danken, wenn Sie die Anträge der AfD nicht immer nur kopieren würden, sondern einfach einmal zustimmten.

(Beifall bei der AfD)

In puncto Dankbarkeit: Das fällt Ihnen sehr schwer. Das haben wir an Ihrer Politik gesehen, an den Rückforderungen der Corona-Hilfen. Sie fordern nämlich fast 1 Milliarde Euro von der bayerischen Wirtschaft zurück. Sie behaupten ja immer, Sie seien so nah am Bürger. Das sind wir auch. Das bin ich auch. Ich hatte diese Woche einen kommunalen Termin bei einer kleinen Konditorei. Das Innenstadtsterben sollte jedem Mandatsträger hier auch bekannt sein.

Es wird immer schwieriger für kleine Betriebe, gerade im Handwerk, sich zu halten und auch noch kostendeckend zu arbeiten. Es ging darum, welche Lösungsansätze man finden kann, eben um die Innenstädte zu beleben. Es ging aber dann auch ganz schnell um das Thema der Corona-Hilfen. Für die Inhaberin dieser Konditorei sind noch 30.000 Euro Rückzahlung offen. Die Dame steht 16 Stunden am Tag in der Konditorei und hat nur noch eine Mitarbeiterin. Da frage ich mich schon: Wo ist denn an dieser Stelle Ihr Respekt? Wo ist denn hier Ihre Anerkennung gegenüber diesen Menschen, wovon Sie immer sprechen?

(Beifall bei der AfD)

Da hilft es auch nichts, wenn man im Koalitionsvertrag auf sage und schreibe zwei Seiten, ich glaube, 12- oder 13-mal das Wort Handwerk erwähnt. Das ist gerade

so, als ob man mit der häufigen Nennung des Handwerks dieses auch ausreichend unterstützen würde.

Herr Aiwanger, eines muss ich Ihnen natürlich zugutehalten: Einen gewissen Unterhaltungswert hat Ihr Auftritt immer mal wieder. Ihre Rhetorik und auch Ihr Stil sind mittlerweile sehr bekannt. Man sieht sich auch öfter einmal auf diversen Veranstaltungen; aber alles, was Sie sagen, das sind nun einmal eins zu eins AfD-Forderungen: bei der Kernkraft, dem Schutz der Autoindustrie, der Abschaffung der Erbschaftsteuer oder dem Erhalt des Bargelds. All das sind AfD-Forderungen, die Sie schlichtweg ignorieren und dann am Ende auch wieder übernehmen.

(Beifall bei der AfD)

Was war denn mit der Kernkraft? – Noch 2011 sagten Sie selber, Kernkraft sei unverantwortbar. 2024 fordern Sie den Wiedereinstieg. Die AfD hat seit ihrem Einzug in den Landtag über 50 Initiativen zu diesem Thema eingebracht. Alle wurden jedes Mal von Ihnen abgelehnt; aber immer wieder sprechen Sie davon, Sie würden sich für das Zurück zur Kernkraft einsetzen – eventuell –, oder der Ausstieg war verfrüht oder er war falsch. Das ist einfach nicht mehr glaubhaft.

Ein schönes Beispiel ist die Halbleiterindustrie. Herr Aiwanger, 2021 sagten Sie noch, die Initiative der AfD sei abwegig. Ein Jahr später taufen Sie selbst die Bavarian Chips Alliance mit diesem Namen, und die Idee kam auch hier von der AfD. Herr Aiwanger, so charmant und so rhetorisch gut Ihre Reden manchmal sein mögen, seien wir doch mal ehrlich, Hand aufs Herz: Im Prinzip sind Sie eigentlich jetzt schon ein verkappter AfDler.

(Heiterkeit bei der AfD – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann Ihnen nur raten, vielleicht Ihre Ein-Mann-Partei aufzulösen und sich zu überlegen, zur einzig verbliebenen bürgernahen, freiheitlichen und wirtschaftsfreundlichen

Partei zu kommen, nämlich zur AfD. Wir würden ihr finales Coming-out wirklich sehr begrüßen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Stellen Sie sich noch die Frage, bevor Sie nach Berlin gehen: Für was möchten Sie in Erinnerung bleiben? – Als jemand, der für die Interessen der einfachen Frau, des einfachen Mannes gegen die globalistischen Eliten und die grüne Verarmungsagenda eingestanden ist, oder als derjenige, der zwar so tut, in Wahrheit aber nichts anderes ist als der Good Cop zum Bad Cop Söder und am Ende ein Wählertäuscher, ein Kollaborateur links-grüner Deindustrialisierung. Herr Aiwanger, Sie müssen sich entscheiden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich dem Kollegen Roland Weigert für die FREIEN WÄHLER das Wort.

**Roland Weigert (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Meier, zunächst kann ich Ihnen versichern: Hubert Aiwanger mag vieles sein, aber er ist mit Sicherheit kein AfDler, nicht ansatzweise und nicht im Jota.

Sie haben die Bibel zitiert. Sie sind offensichtlich sehr bibelfest. Ich kenne die Offenbarung. Dort heißt es: "Wer Ohren hat, der höre [...]." Jetzt frage ich Sie, und ich höre all Ihren Ausführungen genau zu. Schnittmengen von Worten und Taten: In Ihrem Grundsatzzprogramm haben Sie für die Agrarpolitik stehen: keine Agrarsubventionen. Während der Bauernproteste im Frühjahr haben Sie plötzlich umfangreiche Subventionen gefordert. So viel zur Frage Schnittmengen von Worten und Taten. Wie erklären Sie sich das? Sind Sie dafür? Sind Sie dagegen? Sind Sie für alles?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Johannes Meier (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege, ich finde die Fragestellung sehr interessant. Sie sind in der Staatsregierung, und Sie versuchen immer, mit solchen Fragen die Verantwortung wegzuschieben.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sprechen bei dieser Regierungserklärung heute immer von den Themen, die Sie alle beackern möchten. Sie kritisieren immer die Ampel in Berlin. Das ist alles schön und gut. Sie haben hier diverse Anträge von uns abgelehnt, zu vielen Punkten. Darauf gehen Sie auch mit keiner Silbe ein, wenn man Sie danach fragt.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Markus Saller. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Markus Saller (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bibelzitate: Warum bekomme ich bei Ihnen immer das Bild von den vier apokalyptischen Reitern in den Kopf? – Ich weiß es auch nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, was macht denn einen starken Wirtschaftsstandort aus? – Es sind verschiedene Faktoren: Lebensqualität zum Beispiel. Lebensqualität haben wir in Bayern. Rechtssicherheit und Stabilität haben wir dank einer bürgerlichen Regierung, die wir bilden, auch. Technologische Entwicklung: Wir haben einen umtriebi- gen Digitalminister; wir haben einen Forschungsminister; wir sind Hightech-Standort; wir haben eine Hightech Agenda. Da sind wir auch nicht schlecht aufgestellt. Bildung und Fachkräfte sind ein weiteres Standortthema für einen starken Wirtschaftsfaktor.

Unsere Bildungsministerin sagte, ich glaube, ich habe es vorher gehört: Wir tun sehr, sehr viel für die Bildung. Wir tun auch sehr, sehr viel für die Ausbildung, auch im Hand-

werk. Dann gibt es noch andere Punkte wie die Steuer- und Wirtschaftspolitik, die wir nur im Ansatz beeinflussen können, weil es eben Bundesthemen sind, und es gibt die Infrastruktur, die ebenfalls ein Bundesthema ist.

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern ist nach wie vor ein starker Wirtschaftsstandort. Lassen wir uns das nicht schlechtreden. Mit einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 1998 bis 2023 um 54 % – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – liegt der Freistaat Bayern ganz klar auf Platz eins im Ranking mit allen anderen Bundesländern. Selbst in den zuletzt schwachen Jahren seit 2018 ist das bayerische Bruttoinlandsprodukt um 4 % stärker gewachsen als das bundesdeutsche.

Wir müssen uns hier nicht hinstellen und so tun, als ob wir das Armenhaus in Deutschland wären. Dennoch stehen in ganz Deutschland die Zeichen im Moment auf Abschwung und Rezession, und preisbereinigt schrumpfte die bayerische Wirtschaft im ersten Halbjahr 2024 um 0,6 %, die Wirtschaft in Baden-Württemberg sogar um 1,3 %. Jetzt kommt doch die entscheidende Frage: Haben wir es hier mit einer konjunkturellen Delle zu tun, wie sie immer mal wieder vorkommt, die man auch wieder ausgleichen könnte? – So habe ich ein bisschen die Ausführungen von Herrn Gießhammer verstanden: Ja, das sieht jetzt mal nicht so gut aus. Jetzt reformieren wir ein bisschen die Schuldenbremse, dann geht das schon wieder, und dann haben wir frisches Geld; aber ja nicht am Sozialen rumstreichen.

Oder ist es eben keine konjunkturelle Delle, sondern eine echte strukturelle Krise, in die wir uns hineinbewegen? – Letzteres ist der Fall. Der Glaube an eine Delle ist nämlich schon deswegen nicht richtig, weil die Weltwirtschaft insgesamt wächst und andere europäische Staaten bessere Zahlen schreiben als wir. Wir haben offensichtlich ein spezifisches Problem in der Bundesrepublik Deutschland.

Jetzt überlegen wir einmal, wo das letztendlich herkommt: Natürlich hängt es mit der Energiewende und der Energiepolitik zusammen. Wir haben zu hohe Energiepreise,

und das drückt im Moment die bayerische Industrie ganz, ganz gewaltig. Diese Preise waren auch schon vor dem Krieg in der Ukraine zu hoch. Die Versorgungssicherheit, die Bezahlbarkeit, die Klimaneutralität, dass das alles unter einen Hut kommt, das ist völlig aus den Fugen geraten. Im Moment fehlen jede Struktur und jedes Maß und Ziel, wie man kurz-, mittel- und langfristig diese Energiewende weiterbetreiben will.

Ich höre dazu auch nichts. Man hat sich dort festgeklemmt, es geht nicht mehr weiter. Spricht man heute mit Industrievertretern und Verbänden, ist vor allem die überbordende Bürokratie aus Berlin und Brüssel eines der stärksten Argumente gegen den Standort Deutschland. Das geht letztendlich sogar so weit, dass sich Unternehmen das nicht mehr antun und sich deshalb auch nicht hier ansiedeln wollen. Deutschland hat es sogar geschafft, viele Vorschriften übererfüllt umzusetzen – Stichwort Gold Plating. Meine Damen und Herren, diese deutsche Gründlichkeit fällt uns im Moment ganz gewaltig auf die Füße.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Außerdem haben wir sehr hohe Steuern auf Unternehmensgewinne und Löhne. Wir haben sehr hohe Lohnnebenkosten sowie hohe Sozialversicherungskosten. Das ist sowohl ein Problem für die Unternehmen als auch für Fachkräfte, die wir suchen und die zu uns zuwandern wollen. Für viele ist es nicht interessant, in Deutschland zu arbeiten und zu leben, weil einem die Hälfte des Geldes, das man verdient, wieder abgenommen wird. Meine Damen und Herren, so lockt man keine Fachkräfte an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben die fetten Jahre nicht dazu genutzt, den Staat für die vielen hochgesteckten Ziele, die wir auch im Bereich der Transformation und des Klimaschutzes haben, umzubauen und fit für die Zukunft zu machen. Stattdessen haben wir sehr viel Geld im Sozialstaat umverteilt. Das muss man in der Deutlichkeit sagen. Wir haben sehr viel Interventionspolitik betrieben. Das gilt insbesondere für den Energiebereich. Wir haben den Staat immer stärker gemacht. Zwar war das in Zeiten der Corona-Politik er-

forderlich, aber jetzt müssen die Folgen wieder zurückgeschraubt werden. Das heißt: Wir haben die Staatsquote seit Corona um fast 6 % erhöht. Wir liegen jetzt bei fast 50 %. Das müssen wir wieder zurückschrauben. Das kostet uns wahnsinnig viel Geld.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Seien wir doch einmal ehrlich: Wo kommt diese strukturelle Krise her? – Meine Damen und Herren, Sie haben es im Bund nicht geschafft, einen vernünftigen Haushalt aufzustellen. Dort klafft ein Loch in Höhe von 65 Milliarden Euro. Im Prinzip fällt uns allen dieses Loch auf die Füße. Es hemmt uns, Dinge voranzutreiben, die wir dringend benötigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern tut viel. Hubert Aiwanger hat vorhin sehr viele Beispiele genannt, die zeigen, was wir in der Automobilindustrie tun. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass sich die E-Mobilität am Markt noch nicht durchgesetzt hat. Sie ist nämlich dirigistisch von Staatsseite vorgegeben worden. Wir wollen Technologieoffenheit. Wir wollen, dass das Verbrenner-Aus zurückgenommen wird, und wollen alternative Antriebe entwickeln und untersuchen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir wollen auch in der Elektro- und Digitalindustrie weiter vorankommen. Wir tun unheimlich viel für die Neuansiedlung von Start-up-Unternehmen. Unser Digitalminister Fabian Mehring macht einen fantastischen Job und bringt Bayern ganz weit nach vorne und letztendlich auch in die Welt. Neulich haben wir ein neues Emoticon von Bayern bis nach San Francisco geschickt. Vielleicht können wir in Zukunft auch Emojis mit dem Bayern-Symbol verschicken.

(Johannes Becher (GRÜNE): Dann geht's aufwärts!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Bürokratieabbau. Mit dem Ersten und dem Zweiten Modernisierungsgesetz sind wir auf dem Weg. Wir tun etwas in Bayern. Wir haben ein Ladenschlussgesetz auf den Weg gebracht. Mit der Enquete-Kommission sind wir dabei, richtig viele Vorschläge zu erarbeiten, wie wir Bayern moderner, schneller, schlanker und einfacher machen können. Deswegen bleibt es dabei, dass nicht der Freistaat Bayern, sondern in erster Linie der Bund einen Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik voranbringen muss. Das haben letztendlich die Protagonisten der Ampel erkannt. Deswegen haben sie ihr Regierungsbündnis aufgekündigt. Am Ende ist die Ampel an den Stellschrauben der Finanz- und Wirtschaftspolitik gescheitert. Das muss man ganz deutlich so sagen. Für den Kurswechsel ist es jetzt entscheidend, unternehmensfreundlich zu denken und Wirtschaftsentwicklung, Innovationskraft und Transformation nicht gegeneinander auszuspielen. Stattdessen müssen wir sie in Einklang miteinander bringen. Das brauchen wir, um den Wohlstand im Land zu erhalten.

Wir müssen gesellschaftlich akzeptierte Lösungen finden. Diese ergeben sich gerade nicht durch staatlichen Dirigismus und staatliche Vorgaben. Wir müssen den Marktkräften wieder mehr vertrauen und ihnen mehr Verantwortung übergeben, um die Technologien weiterzuentwickeln, mit denen wir in Zukunft leben werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, die Politik muss auch die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Leistung und Fleiß müssen wieder mehr ins Zentrum gerückt werden. Das sind die Tugenden, die unser Land groß und wirtschaftlich erfolgreich gemacht haben. Leistung muss sich wieder lohnen. Wer sich anstrengt, muss deutlich mehr in der Tasche haben als derjenige, der staatliche Transferleistungen bezieht. Die Beschwerden der Unternehmen müssen von der Politik ernst genommen werden. Wir müssen den Bürokratieabbau weiter massiv vorantreiben. Wir müssen darauf setzen, dass der Staat in der Sozial- und Ordnungspolitik wieder mehr tätig ist; er sollte sich nicht in jeden Wirtschaftsbereich einmischen und in jedes Unternehmen bis ins Detail hineinregieren. Das kann nicht Sinn und Zweck einer Wirtschaftspolitik sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir brauchen mehr Flexibilität bei den Beschäftigungsverhältnissen. Wir müssen das Arbeitszeitgesetz anpassen, es passt nicht mehr in diese Welt. Auch an dieser Stelle haben wir Gold Plating betrieben. Lasst es uns wenigstens so weit zurückschrauben, dass es in die EU-Verordnung passt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir müssen uns künftig auch über einen Politikstil einigen. Hickhack und Streit, wie ihn die Ampel-Regierung seit mehr als drei Jahren begleitet hat, schürt nur Unverständnis und Unmut bei den Wählerinnen und Wählern und stärkt die Parteien an den Rändern. Demokratische Parteien müssen in der Lage sein, miteinander kultiviert umzugehen und um die besten Ideen zu ringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das Land braucht jetzt Einigkeit. Umso mehr verwundert es mich, dass sich die Hauptprotagonisten des Ampel-Streits, nämlich Bundeskanzler Olaf Scholz, Wirtschaftsminister Habeck und Ex-Finanzminister Lindner, jetzt im Wahlkampf erneut um Spitzenämter bewerben. Das scheint mir nicht der richtige Weg zu sein, da dieses Land doch im Moment nach Veränderung ruft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, machen wir uns auf, bringen wir das Land wieder auf Kurs – anpacken für Bayern, anpacken für Deutschland!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Die nächste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Stephanie Schuhknecht. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Stephanie Schuhknecht (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es immer wieder beeindruckend, wie die Staatsregierung jedes Mal den Spagat schafft, die bayerische Wirtschaft einerseits über den grünen Klee zu loben und andererseits den Eindruck zu erwecken, dass wir vor einem völlig kaputten Land stehen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Deutschland ist kaputt, Bayern nicht!)

– Das haben Sie nicht gesagt.

Meine Kollegin Katharina Schulze hat schon klargemacht, dass nicht alles schrecklich ist und wir die Situation nicht schlechterreden dürfen, als sie ist. Die mangelnde Bereitschaft, die richtigen Schritte in Bayern zu gehen, ist jedoch ein massives Problem. An dieser Stelle unterstütze ich meine Vorrednerin. Unser Problem in Bayern lautet: Wankelmütigkeit sowie wechselnde und unklare Zielvorgaben. Bayern will die Klimaneutralität bereits fünf Jahre vor dem Bund erreichen, hat jedoch keine klaren Ziele und Maßnahmenpakete ins Klimagesetz geschrieben. Ich frage Sie: Wie soll das funktionieren?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für die Atomenergie. Als Sie selbst in der Regierung waren, wollten Sie die Atomkraftwerke abschalten. Sie haben sogar mit dem Rücktritt gedroht, falls dies nicht passiert. Schließlich gab es ein ewiges Hin und Her. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wurde ausgebremst. Der Netzausbau wurde ebenfalls ausgebremst, blockiert und torpediert. Obwohl wirklich alle sagen, der Wiedereinstieg in die Atomkraft wäre schon aus wirtschaftlicher Perspektive Unsinn, wird dieses Ding wieder aus der Mottenkiste gezogen. Es ist wirklich unglaublich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Als drittes Beispiel nenne ich das Gebäudeenergiegesetz; das wurde heute schon mehrfach genannt. Dieses ist im Jahr 2019 in Regierungsverantwortung von der Union

mitbeschlossen worden. Die Fortschreibung hat man aus der Opposition heraus als "Heizungshammer" diffamiert. Man hat das ganze Land kirre gemacht. Trotz des Dauerbeschusses haben wir es mit gemeinsamer Anstrengung geschafft, auf eine neue und wirklich gute Förderkulisse zu kommen. Eine Förderung von über 70 % ist möglich. Es ist wirklich ein Lob wert, dass wir das hinbekommen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir waren mit dem Wirtschaftsausschuss auf Informationsreise in Berlin. Dort haben wir uns die aktuellen Zahlen geben lassen. Es liegen jetzt schon über 20.000 Anträge aus Bayern für den Heizungstausch und die Umstellung auf klimafreundliche Heizungsformen mit über 300 Millionen Euro Fördervolumen bei der KfW. Ich bin mir absolut sicher, dass noch viel mehr Anträge kommen werden.

Bei meinem Besuch letzte Woche bei der Innung Spengler, Sanitär- und Heizungstechnik München wurde mir ganz klar ein Wunsch mitgegeben – wir haben vorhin schon über das Handwerk gesprochen –, mir wurde ganz klar gesagt: Bitte keine Änderungen mehr an diesem Gesetz. Es muss jetzt Ruhe in den Markt. Unsere Handwerkerinnen und Handwerker kommen jetzt gut mit den neuen Regelungen zurecht. Was ist Ihre Antwort darauf? – Sie wollen das Gesetz ersatzlos streichen. Das verursacht wirklich Verunsicherung und ist Gift für unser Bayern an dieser Stelle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch dazu ist es absolut durchschaubar, dass Sie hier vor allem billigen Wahlkampf machen. Ich möchte ganz kurz auf die Rede des Wirtschaftsministers eingehen. Er hat noch einmal die Lüge zum Brief an die Energieministerin in Frankreich verbreitet. In dem Brief ging es nämlich nicht darum, sich abzusichern, wie viel wir aus Frankreich importieren können, sondern genau das Gegenteil war der Fall. Das war in der Phase, als 32 von 56 AKW in Frankreich nicht am Netz waren.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Die Formulierung ist anders!)

Es ging darum zu erfahren, wie viel Strom Frankreich von uns brauchen würde über den Winter 2022/2023, damit es dort nicht kalt wird.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Können Sie das bestätigen?)

– Es ist wirklich falsch, was Sie gesagt haben. Sie müssen dazu stehen, dass Sie ganz klar gelogen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen alle, dass Sie, Herr Aiwanger, nach Berlin wollen und Herr Söder das eigentlich auch gewollt hätte, wenn es für die Kanzlerkandidatur gereicht hätte. Aber als Wirtschaftsminister sind Sie für Bayern zuständig. Da hilft auch nicht der ständige Fingerzeig nach Berlin oder der tägliche Brief an Robert Habeck – wie wir heute gehört haben.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Doch, der hilft!)

Machen Sie stattdessen hier Ihre Arbeit, auch wenn Wahlkampf für die Bundestagswahl ist. Bayern verdient das!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zentral dafür ist Innovation. Wir haben heute schon viel darüber gesprochen. Sie wissen, Innovation ist mir ein besonderes Anliegen, und ich bin immer im Austausch mit innovativen Unternehmen und Gründer:innen. Das begeistert mich immer wieder, Es ist beeindruckend, welche Ideen Menschen bei uns in Bayern umsetzen, um uns voranzubringen. Diese Tendenz müssen wir stärken durch eine einfache und digitale Förderlandschaft, mit einem Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung und mit Strukturen, um ganz Bayern mit den neuen Unternehmen gut voranzubringen.

Der Bund hat hier auch etwas Gutes gemacht: Ich möchte das Stichwort Start-up-Strategie des Bundes nennen. Das könnte man auch einmal erwähnen, da Bayern wirklich überdurchschnittlich davon profitiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine Politik, die den Fachkräftemangel ernst nimmt und alles dafür tut, dass Unternehmen schnell und unkompliziert Mitarbeiter:innen aus dem In- und Ausland gewinnen können. Der Bund hat auch hier vorgelegt. Jetzt sind Sie dafür zuständig, dass das auch in Bayern gut umgesetzt wird.

Wir brauchen eine Politik, die für verlässliche, nachhaltige und günstige Energie sorgt. Sie hätten jetzt im Bund die Gelegenheit, sofort zu einer Senkung der Stromkosten beizutragen, eben über geringe Netzentgelte. Wenn Sie zustimmen, geben wir den Weg frei für schnelle Hilfen für unsere Industrie. Ich möchte Sie auffordern: Geben Sie sich einen Ruck, und stimmen Sie zu!

Wir brauchen Mut zur Erneuerung, aber auch Verlässlichkeit. Ich möchte ebenfalls Ludwig Erhard zitieren, er wurde heute schon einmal genannt: Wirtschaft ist zu 50 % Psychologie. – Lassen Sie uns die vielen Erfolgsgeschichten, die es sowohl in Bayern als auch in Deutschland gibt, wirklich sichtbar machen. Hören Sie auf, die Deindustrialisierung Deutschlands ständig herbeizureden. Herr Aiwanger, machen Sie Ihren Job auch jenseits von Terminen bei der Jägerschaft. Lassen Sie uns gemeinsam für Bayern anpacken!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Kollegin, es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. – Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Dr. Winfried Bausback für die CSU das Wort.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Frau Kollegin, mich würde interessieren, wer die Situation schlechtergeredet hat, als sie ist, und wo die Situation schlechtergeredet wurde, als sie ist. Meinen Sie die hohen Energiepreise, die übertrieben dargestellt werden? Meinen Sie den Abbau von Arbeitsplätzen bei Traditionsunternehmen wie Bosch oder den Verlust von industriellen Strukturen? Es geht nicht um Psychologie,

sondern das sind harte und reelle Fakten, die wir im Moment Tag für Tag erleben. Deutschland ist das einzige der großen Industrieländer, das sich seit zwei Jahren in der Rezession befindet. Diese Tatsachen einfach als Propaganda abzutun, wird dem Ganzen nicht gerecht. Damit werden wir nicht aus dieser Krise kommen.

**Stephanie Schuhknecht (GRÜNE):** Ich habe auch nicht gesagt, dass Wirtschaft zu 100 % Psychologie ist, sondern zu 50 %. Natürlich gibt es Dinge, die nicht gut laufen. Ich habe nicht gesagt, dass wir die Dinge schlechterreden sollten, als sie sind. Ich habe nicht gesagt, schlechtreden.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wer redet denn schlecht?)

– Nein. Unsere Aufgabe ist zu zeigen, dass wir wissen, wie wir das angehen müssen, und dass wir die Lösungen haben. Wir sollen nicht immer nur sagen, wer es falsch gemacht hat, sondern wir müssen sagen, was wir konkret machen werden.

Die Themen wären zum Beispiel, die erneuerbaren Energien wie die Windkraft – dazu wird Martin Stümpfig noch einiges sagen – wirklich zu entfesseln, der Netzausbau oder die Entlastung der Industrie durch die genannten Netzentgelte. Das könnte man jetzt sofort im Bund entscheiden, und es würde sofort einen Effekt haben. Die Unternehmen, mit denen ich darüber gesprochen habe, fänden es wirklich gut, wenn wir das gemeinsam hinbekämen. Insofern liegt der Ball auch bei Ihnen und nicht nur bei uns. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Für die nächste Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Roland Weigert für die FREIEN WÄHLER das Wort.

**Roland Weigert (FREIE WÄHLER):** Frau Kollegin, dass Sie Ludwig Erhard in diesem Haus zitieren, ehrt Sie. Folgen Sie aber auch seiner weisen Linie. Sie hatten die Energiepolitik und die Kernspaltung angesprochen. Für mein Verständnis haben Sie aber eine Perspektive offengelassen. Hierzu kommt meine Frage: Warum sind Sie im Kon-

text langfristiger Energiepolitik gegen die Fusionsenergie? Mit hat das Herz geblutet, als im Februar dieses Jahres die GRÜNEN im Bundestag einen Antrag der Union zur Stärkung der Fusionsforschung abgelehnt haben. Zu einer nachhaltigen, industriepolitisch orientierten Wirtschafts- und Industriepolitik gehört auch diese Form der Energiepolitik. Bayern hat einen Masterplan Kernfusionsenergie; den gibt es. Warum lehnen die GRÜNEN die Fusionsenergie ab?

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

**Stephanie Schuhknecht (GRÜNE):** Grundsätzlich kann ich sagen, dass wir erst kürzlich im Ausschuss ein Fachgespräch zu diesem Thema gehabt haben. Die Fusionsenergie befindet sich noch im Bereich der Grundlagenforschung. Wenn wir irgendwann an den Punkt kommen, an dem sie umsetzbar wird, dann kann sie einen Beitrag leisten. Aber nach Aussage der angehörten Expertinnen und Experten gehen alle abgefragten Zeitschienen weit über das Jahr 2050 hinaus. Deswegen wird das für unsere große Herausforderung, in Bayern 2040 und im Bund 2045 klimaneutral zu sein, keinen Beitrag leisten. Es wird auch für die Unternehmen, die bis dahin ebenfalls eine Lösung brauchen, keine Lösung liefern. Es handelt sich um Grundlagenforschung. Wenn wir es irgendwann schaffen, mit dieser Forschung unser Ziel zu erreichen, dann machen wir das auch. Wir blockieren die Forschung nicht. Im Bund gibt es relativ viel Geld für das Thema. Aber es handelt sich um Grundlagenforschung; das muss man einfach immer beachten. Es gibt schon längst die Technologien, die uns bis 2050 klimaneutral machen werden. Aber es handelt sich nicht um die Fusionsenergie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Walter Nussel für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Walter Nussel (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kollegin Schuhknecht! Hätte Ihr Wirtschaftsminister die Grundlagenforschung gemacht, bevor er das Heizungsgesetz eingebracht hat, dann wäre uns viel erspart geblieben.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): So ein Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch. Ich möchte das gleich zu Anfang auch aus Gesichtspunkten des Bürokratieabbaus begründen. Ich habe auch der Stephanie bereits gesagt, dass ich Kontakt mit der Abteilungsleiterin des Wirtschaftsministeriums gehabt habe, weil sie mich gefragt hatte, wie wir den Praxischeck in Bayern machen. Ich habe ihr klar gesagt, wenn man einen Praxischeck durchführt, dann geht das nur ministeriumsübergreifend; denn sonst wird das ein Rohrkrepierer. Genau das ist in Berlin passiert. Leider hat man auf Bayern nicht gehört. Ich hoffe für die Zukunft, dass Sie daraus gelernt haben und dass die Ursachenforschung auch in die richtige Richtung geht.

Ich möchte allen Vorrednern und dem Hohen Haus mit auf den Weg geben, was die Wirtschaft jetzt braucht: In den bisherigen Redebeiträgen wurde vieles angerissen, aber nicht ausgeführt. Unsere Wirtschaft, unsere Leistungsträger, egal, ob Gewerbe, Mittelstand, Handwerk oder Industrie, brauchen wieder mehr Beinfreiheit. Sie brauchen mehr Eigenverantwortung und mehr Vertrauen von uns. Wie bekommen wir das hin? Ich komme jetzt zu den einzelnen Punkten und fordere euch alle auf mitzuhelfen.

Wir müssen weg von der Kriminalisierungs-Denke. Wir müssen weg davon zu glauben, dass jeder Leistungsträger kriminelle Gedanken hat und bis zum Exzess kontrolliert werden muss. Das muss aufhören.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen weg von dem Wahnsinn der Zertifizierungs-Gedanken, der Verordnungen und Richtlinien. Wir dürfen nicht meinen, weil 1 % irgendwo im Grauen, im kriminellen Bereich unterwegs ist, dass 99 % darunter leiden sollten. Wir blähen immer mehr auf. Ich meine nicht nur den Staat, sondern auch die nichtstaatlichen Organisationen. Das ist unabhängig davon, ob es sich um eine deutsche Industrienorm, eine deutsche Industriebautechnik, um VDE oder den TÜV oder nicht zuletzt die Berufsgenossenschaften handelt; das hat der Minister auch erwähnt.

Wir müssen uns politisch jetzt einmal damit beschäftigen, dass dieser Wahnsinn an zusätzlichen Auflagen unsere genannten Leistungsträger in ihrem Dasein und ihrer Arbeit hemmt. Das ist kein Wirtschaftsschub, wenn wir das so weiterlaufen lassen. Das geht gemeinschaftlich. Wenn die Forderung kommt, dass wir unbedingt eine Wochenarbeitszeit für unsere Wirtschaft, unseren Handel und unsere Hotel- und Gaststättenverbände brauchen, dann müssen wir hier auch einmal den Mut haben, diese Wochenarbeitszeit auch einzuführen; denn die Arbeitnehmer wollen die Wochenarbeitszeit. Sie wollen die Arbeitszeiten nicht wieder vorgeschrieben haben. Das gehört zur Ehrlichkeit einmal dazu. Das ist Wirtschaftsförderung, die nicht einmal etwas kosten würde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zurück zum Heizungsgesetz: Was ist passiert? – Ich will gar nicht bloß auf der Ampel herumhauen, sie hat auch einmal etwas Gutes gemacht; das sage ich noch. – Man hat die Klima- und Energiewende mit Geschwindigkeit eingeführt und dabei die Leistungsträger – die Industrie und die Wirtschaft – auf dem Weg zurückgelassen. Ich sage es noch einmal: Deswegen ist das ein Rohrkrepierer geworden. In Zukunft und auch für die neue Bundesregierung hoffe ich, dass vorher – ich sage das in Führungszeichen – "Praxischecks" durchgeführt werden, wenn man so etwas aufsetzt, und dass man fragt, was das in der Konsequenz und in der Umsetzung bedeutet. Dann wäre uns viel erspart geblieben. Die Wirtschaft hätte, gerade hier in Bayern, weiterhin viel mehr Raum. Auch dort müssen wir die ganzen Verordnungen – wie vorhin gesagt – ein Stück weit herunterfahren; denn diesen Freiraum brauchen wir im Freistaat Bayern für unsere Wirtschaft.

Bürokratieabbau und Normenkontrollrat wurden angesprochen. Was wurde in Bayern bisher auf den Weg gebracht? Ich habe den Fitnesscheck "8-Punkte-Plan" bayerischer Behörden eingeführt. Bitte nehmen Sie diesen, gehen Sie in die Rathäuser, in die Landratsämter und Kreisbehörden und fordern Sie das ein. Auch hier muss wieder

mehr Dienstleistungsgedanke in die Behörden, damit die Leistungsträger draußen Freiraum zum Arbeiten haben, damit es schneller geht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Den Praxischeck habe ich angesprochen. Ich nenne heute auch für die neue Bundesregierung eine Forderung: einen Notfallplan für die Energiestabilisierung. Ich muss sagen: Das hat die Ampel, aber auch die EU gut gemacht. Das müssen wir jetzt in Bayern noch massiver anschieben, damit es schneller Genehmigungen für unseren Stromleitungsbau und alles, was damit zusammenhängt, gibt. Aber einen solchen Notfallplan stelle ich mir auch in anderen Bereichen für die Grundversorgung unserer Bevölkerung vor, damit es mit einer neuen Bundesregierung Notfallpläne gibt, die wir in den Ländern auch umsetzen können, damit hier Dinge ausgesetzt werden und damit unser Bauminister zum Beispiel Wohnungen bauen kann und nicht jahrelang auf Baugenehmigungen warten muss, um das umzusetzen. Da ist die Ideologie schon fraglich; wir müssen sie – das wieder in Anführungszeichen – "zurückdrängen". Wir können nicht jede Zauneidechse über die Straße tragen und damit verhindern, dass Wohnungen gebaut werden. Es muss genau umgekehrt sein, Leute.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein weiterer Punkt – das sage ich auch ganz offen: Wir müssen den Datenschutz reformieren. In Brüssel wird er diskutiert, aber auch wir hier in Deutschland und in Bayern müssen uns noch einmal intensiver mit den Datenschutzvorgaben auseinandersetzen. Wenn man vor lauter Datenschutz andere Dinge so verhindert, dass die Wirtschaft nicht läuft, im sozialen Bereich und im Gesundheitsbereich Dinge nicht gemacht werden können, weil uns der Datenschutz permanent im Weg steht, dann kann das nicht der Datenschutzgedanke sein. Es ist an der Zeit, das gemeinschaftlich anzugehen.

Vorhin wurde kritisiert, dass wir das Modernisierungsgesetz usw. nicht richtig auf den Weg bringen. Ich war in dem federführenden Ausschuss, in dem das Erste und Zweite

Modernisierungsgesetz diskutiert wurden; gerade die Opposition hat dann wieder alles infrage gestellt, was wir auf den Weg bringen. Wenn ihr einerseits darüber spricht, dass wir etwas nicht auf den Weg bringen, dann bitte bekämpft es nicht auf der anderen Seite. Wir haben es auf den Weg gebracht, und wir werden es auch umsetzen. Anfang des nächsten Jahres werden das Erste und Zweite Modernisierungsgesetz in Kraft treten. – Herr Minister, wir müssen jetzt darauf schauen, dass wir das in allen Ministerien bis runter in die Behörden umsetzen. Das wird unsere Aufgabe sein; da müssen wir ran. Ich hoffe, dass uns das dann auch hier massiv gelingt.

Ein weiterer Punkt; unser Ministerpräsident hat es schon des Öfteren angesprochen: Wir müssen uns auch einmal mit dem Verbandsklagerecht auseinandersetzen; denn das hemmt uns auch bei Genehmigungsverfahren. Wir können über Bürokratieabbau sprechen, wie wir wollen. Wenn dann durch das Verbandsklagerecht wieder Klagen der anderen Seite auf den Weg gebracht werden, die mit Sachlichkeit, der Praxis vor Ort und Regionalität nichts zu tun haben, dann sage ich: Das muss das aufhören. Wir müssen das Verbandsklagerecht korrigieren. Das muss ein Stück weit zurückgedrängt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lassen Sie mich auch noch etwas zur EU sagen; ich meine das jetzt sehr ernst. Als die EU bzw. die Europäische Gemeinschaft gegründet wurde, habe ich als junger Mensch gedacht, es ginge in erster Linie um zwei Hauptthemen: dass wir mit unseren derzeit 27 Nationen gegenüber der anderen Welt einerseits einen Wirtschaftsraum und andererseits einen Friedens- oder Sicherheitsraum haben. Aber ich habe nicht gedacht, dass die EU immer weiter und kleinstverästelt Vorschriften erlässt und 13.000 Gesetze in einer Wahlperiode bearbeitet.

Wir in Bayern haben Stand heute 242 Gesetze, die EU hat 13.000 Gesetze in einer Wahlperiode bearbeitet. Das ist aus meiner Sicht nicht der europäische Gedanke. Das muss einmal parteiübergreifend diskutiert werden. Wir können viel über Bürokratie

sprechen; dort könnten wir sie ziemlich schnell abbauen, wenn wir ihnen sagen: Ja, die EU ist wichtig – ich bin Europäer –, aber nur bis zu einem gewissen Grad. Die EU kann nicht meinen, alles für ganz Europa regeln zu können. Das ist der falsche Weg, und das muss hier einmal massiv diskutiert werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zum Schluss darf ich darauf hinweisen, dass wir bei allen Punkten der Grundversorgung zuvorderst die Verlässlichkeit und Planungssicherheit in den Vordergrund stellen müssen. Alles, was ich jetzt zur Grundversorgung und damit dann zur Verlässlichkeit und zur Planungssicherheit für unsere Betriebe gesagt habe, wird die zentrale Ausrichtung sein. Können sich die Betriebe auf eine gesicherte Energieversorgung und auf gesicherte Vorgaben verlassen? Uns dürfen dann nicht wieder alle möglichen Forderungen einholen, und es dürfen nicht laufend Anträge kommen, was wir hier korrigieren sollen.

Ich hoffe, dass ich Sie jetzt mit meinen Gedanken etwas animiert und angeregt habe. Bürokratieabbau ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Wenn Sie das ernst nehmen, dann unterstützen Sie das Modernisierungsgesetz, und lassen Sie uns das bis zur neuen Bundesregierung im Vollzug auch richtig, zeitnah und schnell leben. Das muss umgesetzt werden. Dann wird Bayern auch ziemlich schnell wieder wirtschaftlichen Erfolg haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Oskar Lipp für die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Oskar Lipp (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Die Lage in unserer Heimat ist nicht auf-

grund äußeren Zwangs, sondern aufgrund von Fehlentscheidungen dramatisch, unter anderem auch denen der Staatsregierung. Sie haben Bayern – einst das wirtschaftliche Kraftzentrum Europas und Deutschlands – durch opportunistische, ideologische und kurzsichtige Politik in die Knie gezwungen. Sie haben unsere Wirtschaft in eine Sackgasse manövriert, unserer Industrie in den Rücken getreten und Familien in Unsicherheiten gestürzt. Heute, hier und jetzt werden wir als AfD-Fraktion die geballte Verantwortungslosigkeit dieser Staatsregierung – Entscheidung für Entscheidung – beim Namen nennen.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wie lange soll das gehen?)

Denn an ihren Früchten werdet ihr falsche Propheten erkennen – Matthäus 7, Vers 20 –, wie es mein Vorredner schon gesagt hat. Das war tatsächlich nicht abgesprochen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wart ihr beim Parteitag in der Kirche?)

Wir erleben die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg: Seit 2017 gibt es kein Wachstum in Deutschland, die zweite Rezession in Folge, eine historisch beispiellose Deindustrialisierung, Stellenabbau, Werksschließungen und Produktionsverlagerungen. Über 31.000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, knapp 15.000 Stellen in der Automobilindustrie sind weg oder massiv bedroht. Wir sind auf dem Abmarsch vom führenden Industriezentrum Europas zum Industriemuseum. In links-grünen Kreisen nennt man dies auch verharmlosend Degrowth. Jedes vierte Industrieunternehmen plant eine Standortverlagerung ins Ausland. Das ist somit jeder zweite deutsche Großkonzern. Traditionsreiche Unternehmen in der Automobilindustrie, dem Maschinenbau und der Chemie wollen nicht in die Ferne ziehen, sondern sie werden von Ihrer Regierung in Berlin und Bayern ökonomisch vertrieben. Die monatlichen Insolvenzen haben sich seit 2019 verdoppelt. Die Verarmung setzt sich fort. Die Reallöhne liegen um 4 % unter dem Vor-Corona-Niveau. Die Erzeugerpreise sind von 2019 bis jetzt um über 33 % angestiegen.

Die Krise hat sowohl Ursachen als auch Urheber. Diesmal sind es keine Schlafwandler, sondern Ideologen und Opportunisten. Ihnen sind die mündigen Bürger nichts wert. Sie vertrauen lieber auf Einschüchterungen durch Hausdurchsuchungen und Gehirnwäsche im Staatsfunk.

(Beifall bei der AfD)

Glauben Sie wirklich ernsthaft, ein selbstbestimmtes bayerisches Volk würde tatenlos zusehen, wie Sie Kühltürme sprengen und wie Sie hier Politik der verbrannten Erde betreiben?

Nun zur wirtschaftsfeindlichen Politik der CSU: Bereits die Bilanz der CDU/CSU-geführten Regierungen unter Angela Merkel war eine Abfolge wirtschaftsfeindlicher Maßnahmen, die tiefe Spuren hinterlassen haben. Sie dienten vor allem als Steilvorlage für die Ampel, die noch im Amt ist. Bei grüner Unionspolitik handelt es sich in Wirklichkeit um rot-grüne Planwirtschaft, bei der der übliche links-grüne Terror betrieben wird.

Ihre gemeinsame Politik hat im fließenden Übergang die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ruiniert, Sie als Blockparteien dechiffriert und immense Kosten für Bürger und Wirtschaft aufsummiert. Beispiele? – Mehr, als der CSU recht sein können.

Erstens. Die Einführung Ihrer CO<sub>2</sub>-Abgabe im Jahr 2019. Mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz, kurz BEHG, wurde im Jahr 2019 eine Abgabe auf fossile Brennstoffe eingeführt, die von 25 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> im Jahre 2021 mittlerweile auf mehr als 60 Euro pro Tonne abzielt und die nächsten Jahre noch dramatisch steigen wird. Meine Damen und Herren, ist das ein Kollateralschaden, oder ist es Absicht?

Wir werden in den nächsten Jahren eine allgemeine Inflationssteigerung von 2,8 % haben, außerdem noch eine jährliche Belastung von circa 20 Milliarden Euro. Durchschnittlich zahlt also jeder Bürger circa 250 Euro zusätzlich pro Jahr. Für eine vierköpfige Familie sind das 1.000 Euro pro Jahr.

Zweitens. Die Beschädigung der Wirtschaft durch Ihre Corona-Politik. Die unmenschlichen Restriktionen während der Corona-Pandemie, Geschäftsschließungen, Maskenpflicht und Impfnötigung fast schon bis zum Impfzwang verursachten einen wirtschaftlichen Schaden von bundesweit circa 300 Milliarden Euro. Das entspricht pro Jahr etwa 4,5 % des BIP der Bundesrepublik Deutschland. Bayern allein trug einen Schaden von 300 Milliarden Euro davon. Diese Politik hat tatsächlich Existenzen zerstört. Über 85.000 Unternehmen sind betroffen. Viele kämpfen noch heute um ihr Überleben.

Damit nicht genug: Die Regierung forderte später Rückzahlungen der Corona-Soforthilfen –, ein direkter Bruch ihrer eigenen Versprechen. Diese Maßnahmen haben das Vertrauen in die Politik und in die Regierungen massiv beschädigt. Hier hilft tatsächlich nur schonungslose Aufklärung und eine Entschuldigung. Meine Damen und Herren, genau deshalb brauchen wir den Corona-Untersuchungsausschuss, auch im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der AfD)

Drittens. Das Lieferkettengesetz. Die CSU hat im Jahr 2021 mit der Unterstützung des Lieferkettengesetzes eine Wirtschaftspolitik betrieben, die kleine und auch mittelständische Unternehmen massiv unter Druck setzt. Dieses Gesetz, das angeblich ethische Standards fördern soll, nötigt die Unternehmen dazu, ihre gesamte Wertschöpfungskette zu überwachen, von der Rohstoffbeschaffung in Afrika bis zum Endprodukt in Deutschland. Das klingt nach der Geburtsurkunde eines Bürokratiemonsters. Wir von der AfD werden diesem Bürokratiemonster die Sterbeurkunde ausstellen.

(Beifall bei der AfD)

Viertens. Der Atomausstieg im Jahr 2011. Die Kernkraft war einst ein Garant für stabile, bezahlbare und verlässliche Energie in Bayern, sowohl für die Industrie als auch für die Privatverbraucher. Doch die CSU und die FREIEN WÄHLER haben den Atomausstieg mitgetragen und aktiv vorangetrieben. Sie haben damals nicht die Sprengung der Kühltürme verhindert. Söder drohte damals mit seinem Rücktritt als Umweltminis-

ter. – Leider ist der Ministerpräsident jetzt nicht mehr anwesend. – Das Ergebnis? – Bayern importiert jetzt jährlich mehr als acht Terawattstunden Strom mit gravierenden Folgen. Wir haben explodierende Strompreise. Die Haushalte zahlen circa 45 % mehr für ihren Strom als noch vor wenigen Jahren. Die Unternehmen kämpfen mit verdoppelten Stromkosten. Deutschland ist vom Ausland abhängig. Bayern importiert Strom sowohl aus dem Ausland als auch aus Deutschland. Dadurch ist unsere Versorgungssicherheit gefährdet. Die AfD hat über 50 Anträge zur Rettung der Kernkraft in den Bayerischen Landtag eingebracht. Diese Anträge wurden allesamt von der CSU und den FREIEN WÄHLERN abgelehnt.

Während die Haushalte im Jahr 2011 noch 25 Cent je Kilowattstunde bezahlten, liegt der Preis heute bei circa 42 Cent. Für die Industrie stiegen die Preise im gleichen Zeitraum ebenfalls. Die Mehrkosten belaufen sich hier auf circa 23 Milliarden Euro pro Jahr. Die Summe all dieser Belastungen ergibt bis November 2024 einen Schaden von circa 1,2 Billionen Euro, das sind etwa 1.200 Milliarden Euro. Meine Damen und Herren, dies entspricht etwa 50.000 Euro für eine vierköpfige Familie. Die CSU hat also nachdrücklich bewiesen, dass sie keine marktwirtschaftliche Alternative darstellt und kein Herz für die finanziellen Nöte der Bevölkerung hat.

Doch wer die FREIEN WÄHLER nur für die Wasserträger der CSU hält, der unterschätzt ihre toxische Wirkung. So hat Bayern unter Mitwirkung von Herrn Staatsminister Aiwanger und den FREIEN WÄHLERN ein noch schärferes Klimaschutzgesetz als der Bund verabschiedet.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Das habe ich schon geändert!)

Bayern soll bis zum Jahr 2040 klimaneutral werden. Deutschland soll dieses Ziel bis zum Jahr 2045 erreichen. Wie soll das funktionieren? Wir sprechen hier über den Rückbau von Gasnetzen und über Belastungen für die Kommunen, obwohl kein Geld mehr da ist.

Lassen Sie mich zu guter Letzt, bevor meine Redezeit vorbei ist, eine kurze Bilanz zum politisch-moralischen Versagen ziehen und noch eine kurze Anmerkung zum Herrn Ministerpräsidenten machen. Zur Legitimität einer Regierung gehört auch ein gewisses Maß an moralischer Integrität der Staatsdiener, erst recht, wenn man für eine bestimmte Entscheidung die alleinige Befugnis hat. Liebe Christsozialen, man kann seine moralische Ehre dadurch beschädigen, indem man einem unschuldig in Haft sitzenden Soldaten die Begnadigung verweigert. Offen unmoralisch aber ist es, die Begnadigung zu verweigern, nur weil die AfD sie fordert. Wir werden unseren moralischen Kompass nicht verlieren.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Jetzt erzählen Sie mir etwas von Moral!)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion das Wort.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Herr Lipp, Sie haben Ihren kruden Mix aus verschiedensten Themen und moralischen Erwägungen mit Bibelzitaten eingeleitet. Ich möchte Ihnen ein Zitat auf den Weg geben, nämlich Matthäus 12:36. Dort heißt es:

"Ich sage euch: Am Tag des Gerichts werden die Menschen Rechenschaft ablegen müssen über jedes unnütze Wort, das sie geredet haben."

Sie werden da ganz schön was zu erklären haben, insbesondere zu dieser Rede, die Sie hier im Parlament gehalten haben.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

**Oskar Lipp (AfD):** Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Bausback, ich habe eigentlich gedacht, dass wir uns hier auf einer sachlichen Ebene bewegen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wer ist hier unsachlich?)

Ich dachte, dass wir hier über Ihr Fehlverhalten der letzten Jahre sprechen, über das, was Sie falsch gemacht haben, zum Beispiel über den Atomausstieg. Jetzt reden wir aber über Bibelzitate.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Wirtschaftsminister Aiwanger, in einer Regierungserklärung erklärt die Regierung, was sie tun will. Wir haben Ihnen heute mehr als eine Dreiviertelstunde lang zugehört, aber nichts erfahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte es pragmatisch erklären. Der Umbau unserer Energie, also die Energiewende, ähnelt dem Bau eines Hauses. Das Fundament sind die starken Arbeitspferde. Das sind die Sonnenenergie, die Windkraft und die Geothermie. Hinzu kommen die Versorgungsleitungen, die Wärme- und die Stromleitungen. Sie sind der Zement und der Mörtel. Dann ist das A und O beim Hausbau, dass man einen guten Plan hat und weiß, wohin man will. Beim Hausbau kann man es überhaupt nicht brauchen, dass der Planer oder der Bauunternehmer ständig die Pläne wechselt. Wenn man jetzt einmal die Rollen verteilt an den Ministerpräsidenten als Bauunternehmer und an Sie, den Wirtschaftsminister, als Polier auf der Baustelle, kann man sich vorstellen, dass auf dieser Baustelle wirklich nur Chaos herrscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu braucht man nur einmal drei Beispiele anschauen. Sie waren erst ewig gegen die Leitungen; "Monstertrassen" haben Sie durchs ganze Land gerufen. Jetzt sind Sie dafür. Heute haben wir aber wieder gehört, dass Sie gegen die Umspannwerke sind. Dann waren Sie beide gegen die Windkraft; der eine war erst eine Zeit lang dafür, dann war er dagegen, und jetzt ist er wieder dafür – also ein Hin und Her. Beide waren gegen die Atomkraft, jetzt sind beide dafür.

Wenn sowohl beim Bauunternehmer als auch beim Bauleiter eine solche Planlosigkeit herrscht, kann man klar sagen: Das Ziel wird komplett verfehlt. Beide flitzen bei uns in Bayern leider wie freie Radikale durch den Raum und verlieren das Ziel komplett aus den Augen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch Ihre Rede, Herr Wirtschaftsminister, hat es gezeigt: Ihr tägliches Handeln ist so planlos wie Ihre Rede heute. Sie springen von einem Punkt zum anderen.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Bei der Infrastruktur und den Netzen sprechen wir von Zeiträumen von über zehn Jahren, bei der Windkraft von Zeiträumen zwischen drei bis fünf Jahren. Deswegen stehen wir heute wirklich vor einem Scherbenhaufen. Dann reden Sie immer vom Wasserstoff. Der Wasserstoff ist – um im Bild zu bleiben – vielleicht für die Innenausstattung notwendig. Die Atomkraft kommt irgendwann einmal in Jahrzehnten. Sie wollen doch nicht dreißig, vierzig oder fünfzig Jahre lang zum Beispiel ohne Dach sein. Insofern ist Ihre Politik wirklich ein Scherbenhaufen. Wir brauchen endlich einen Bauplan für die Energiewende in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist schon symptomatisch: Sie haben jetzt fünf Bausteine aus dem Energieplan 2040 fertiggestellt. Sie haben diesen Energieplan 2040, der eigentlich der Bauplan für unser Haus wäre, heute mit keinem einzigen Wort erwähnt. Ich wundere mich

nicht; denn schaut man sich diese fünf Bausteine an, merkt man, dass nichts drinsteht. Es sind nur Worthülsen. Über keinen einzigen Bereich könnte man sagen: Mensch, das ist jetzt ein Gamechanger; da wird jetzt angepackt, zum Beispiel bei der Wärmestrategie. – Herr Aiwanger, in den fünf Papieren ist wirklich nichts enthalten.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Schauen wir die Windkraft an. Die Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze hat es schon erwähnt: vier Windräder im ganzen Jahr, vier Windräder! Wir könnten hier in Bayern so viel tun. Wir könnten zum Beispiel den 18 Regionalen Planungsverbänden sagen: Bis Ende 2025 müsst ihr das Fundament für die Windkraft legen. – Das Fundament sind die Flächenausweisungen. Mein Regionaler Planungsverband hat es im November schon geschafft. Warum sagen Sie nicht den 17 anderen, dass sie mal ein bisschen Dampf machen sollen? – Das ist Ihre Arbeit. Davon haben wir heute eine Dreiviertelstunde lang überhaupt nichts gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass Sie jetzt die Versäumnisse beim Netzausbau der Bundesregierung zuschieben, treibt das Ganze dann schon auf die Spitze. Da muss ich wirklich sagen, das ist mehr als eine Lachnummer.

Wie man es machen kann, haben wir Ihnen zum Beispiel gestern gezeigt. Der Kollege Zierer kann vielleicht davon berichten. Gemeinsam mit dem Kollegen Becher sind wir nach Langenbach im Landkreis Freising gefahren. Da gab es ein Netzproblem beim Metzgermeister Keller. Wir haben die Verteilnetzbetreiber mit dem Elektriker an einen Tisch gebracht, alle miteinander. Wir haben nach Lösungen gesucht, und ich glaube, wir haben auch Lösungen gefunden. Das wäre Ihr Job und nicht unserer. Jetzt packen Sie endlich mal an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um von dem Ganzen abzulenken, wird jetzt dieses Atomkraftding ins Spiel gebracht. Da denkt man sich: Haben Sie jetzt in der Vorweihnachtszeit schon so viel Glühwein getrunken, dass Sie wirklich Isar 2, das seit einem Jahr im Rückbau ist, wieder reaktivieren wollen? – Dann hat es nicht so funktioniert. Sie krabbeln aus der Atomgrube heraus und kommen diese Woche im Kabinett mit den Small Modular Reactors. Vier Stück wollen Sie jetzt bauen. Wollen Sie die in Ihrem Wahlkreis bauen? Wohin sollen die kommen? Soll das jetzt schneller gehen als die Windräder? – Es ist wirklich komplett konzeptlos, was Sie hier darbieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Wir brauchen einen Wirtschaftsminister und einen Energieminister mit einem Plan, der weiß, wo es langgeht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Deswegen muss Habeck weg!)

Wir brauchen keinen Wasserstoff- und keinen Jagdminister.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Packen Sie endlich hier an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Dr. Stefan Ebner. Für Dialoge ist nicht der Sitzungssaal, sondern sind die Räumlichkeiten davor das Richtige. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Dr. Stefan Ebner (CSU):** Lieber Herr Präsident, Herr Staatsminister, Hohes Haus, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Es ist schon bemerkenswert, was man heute Vormittag so hört, insbesondere jetzt hier vonseiten der GRÜNEN. Sie stellen sich hin und

wollen mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage nichts zu tun haben. Da muss man sich schon Fragen stellen. Wenn man sich die Zahlen von OECD und G20 anschaut, sieht man, dass Deutschland, was die Prognose für 2025 angeht, an letzter Stelle ist. Da stellen Sie sich hin und wollen nichts damit zu tun haben. Robert Habeck ist das Gesicht dieser Rezession. Robert Habeck ist das Gesicht des Niedergangs Deutschlands. Er hat das Feuer gelegt, und jetzt bewirbt er sich als erster Kommandant. Diese Geschichte lassen wir Ihnen nicht durchgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wenn wir heute über den Wirtschaftsstandort Bayern reden, dann möchte ich eines vorneweg sagen. Bayern wäre nicht da, wo wir heute sind, wenn nicht die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land über Generationen das geschaffen hätten, was wir haben. Sie haben mit dem Drang nach Exzellenz und der Verbundenheit zu unserer bayerischen Heimat einen einzigartigen Platz auf diesem Kontinent geschaffen. Dafür gebührt den fleißigen Menschen in diesem Land der allerhöchste Respekt und größter Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das ist Bayern: Tradition und Tech, Brauchtum und Blockchain, Heimat und Hightech. Das ist das Lebensgefühl, das uns groß und stark gemacht hat. Bayern ist in den Städten stark. Bayern ist auf dem Land stark. Bayern ist zu einem starken europäischen Tech-Standort geworden.

Etwas ganz Besonderes – darauf möchte ich ein bisschen eingehen – sind unsere Start-ups, sind die Gründerinnen und Gründer in diesem Land, die mit ihrem Mut, etwas Neues zu wagen, mit ihrem Mut, Risiken einzugehen, und mit ihrem Mut, Bestehendes infrage zu stellen, viel zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Bayern ist Start-up-Standort Nummer eins in Deutschland. In den letzten zehn Jahren haben wir hier in Bayern 5.000 neue Start-ups dazubekommen und Zehntausende von Arbeits-

plätzen. Bei den Finanzierungen sind wir an der Spitze mit Berlin. Das Unternehmertum hier in München ist europaweit das Gründerzentrum Nummer eins.

(Johannes Becher (GRÜNE): Hört sich gar nicht so nach Niedergang an!)

Bayern geht es gut. Den Start-ups in Bayern geht es gut. Aber das ist kein Zufall. Es geht ihnen besser als in Deutschland. Warum? – Weil wir in Bayern ein exzellentes Ökosystem haben. Wir haben hier, was Start-ups brauchen. Wir haben die Talente, und wir haben die Investoren, die das Kapital zur Verfügung stellen. Wir haben eine gute Industrie als Partner im Mittelstand. Wir haben sechs DAX-Konzerne hier in Bayern, die als Partner für die Start-ups fungieren. Wir haben Wissenschaftseinrichtungen in ganz Bayern, nicht nur in den Metropolen, sondern im ganzen Land.

Aber damit nicht genug. Es geht den Start-ups in Bayern besser als andernorts, weil wir seit Jahren und Jahrzehnten vieles gemacht haben, um hier eine exzellente Struktur auch für Start-ups aufzubauen. Es gibt zahlreiche Einrichtungen, die den Startups bei der Finanzierung helfen. Ich nenne die LfA, ich nenne Bayern Kapital beim Thema Netzwerk, bei den Start-ups mit ganz speziellen Förderungen und Förderprogrammen. Ich nenne natürlich die 19 Gründerzentren an 30 verschiedenen Standorten in ganz Bayern, mindestens zwei davon in jedem Regierungsbezirk. Das zeigt, dass Start-ups nicht nur in den Metropolen stattfinden, sondern im ganzen Land.

Meine Damen und Herren, damit aber nicht genug. Der Minister ist darauf eingegangen, was wir planen: einen Super-Risikofonds. Wir ermöglichen der Bayern Kapital zukünftig, Direktinvestments von bis zu 50 Millionen Euro zu tätigen. Damit können auch größere Investments gemacht werden.

Meine Damen und Herren, wir brauchen aber auch bessere Rahmenbedingungen für ganz Deutschland. Wenn ein Start-up heute etwas größer bzw. bereits fortgeschritten ist und eine größere Finanzierungsrunde braucht, um wachsen, die Internationalisierung vorantreiben und im Markt bestehen zu können, sind große Finanzierungssummen, teilweise im höheren zweistelligen Millionenbereich, nötig. Ist ein Start-up in die-

ser Situation, findet es in Deutschland quasi keinen Investor. Vor wenigen Tagen war ich bei einem sehr erfolgreichen Start-up, das eine größere Finanzierungsrunde in dieser Höhe organisiert und über 100 Investoren angeschrieben hat. Davon waren aus Deutschland 0 geeignet. 10 kamen aus Europa und 100 aus den USA oder Asien. Daran sieht man, was das Problem in Deutschland ist: Wir haben zu wenig Kapital für Wachstumsunternehmen, die dann gezwungen sind, sich andernorts anzusiedeln. Wir hinken, vor allem am Beispiel USA gemessen, gewaltig hinterher. Uns fehlen jährlich 30 Milliarden Euro für Start-ups in Deutschland. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt investieren die USA drei Mal mehr, als Deutschland dies tut.

Dabei wäre es eigentlich so einfach. Was ist zu tun? – Wir dürfen jetzt nicht nach dem Staat schreien und sagen, der Staat muss mehr hineinpumpen, sondern es gibt eine einfache Lösung: Wir müssen es schaffen, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass mehr privates Kapital von Versicherungen, Banken, Versorgungswerken, Pensionsfonds und Stiftungen in die Start-ups fließt. Hier genügt schon ein sehr kleiner Teil, 1, 2 oder 3 % des Vermögens. Dadurch könnte man hohe Summen mobilisieren, die dafür sorgen würden, dass Start-ups hier bei uns in Deutschland bleiben könnten und sich nicht in Richtung USA oder Asien orientieren müssten, um dort Investoren zu finden.

Dies zu verbessern, wäre auch die Aufgabe der Ampel-Regierung in den letzten drei Jahren gewesen. Es ist schade, dass sie zu wenig für deutsche Start-ups und die Start-up-Szene getan hat. Sie hatte nicht einmal etwas für Lilium übrig, aber im Siechtum ihrer Regierungszeit die WIN-Initiative zur Mobilisierung von 12 Milliarden Euro gestartet. Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Diese Initiative liegt jetzt aber genauso auf dem Trümmerhaufen wie die gesamte Regierung, die das Problem verursacht hat. Es ist schade, dass sie dies so hinterlassen.

Deshalb gilt für Bayern und unser Land: Wir sind das Start-up-Land Nummer eins, und wir wollen und müssen das Start-up-Land Nummer eins hier in Deutschland bleiben;

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

denn nur so hat Deutschland die Chance, international zu bestehen. Deshalb gilt: The only way is up mit Start-ups, und das ist nur mit uns in Bayern möglich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Herrn Kollegen Johannes Becher für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Dr. Stefan Ebner (CSU):** Mit Vergnügen.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Herr Dr. Ebner, ich hätte ein konkretes Wirtschaftsthema, über das ich in der Presse gelesen habe und bei dem Sie involviert sind. Hier frage ich nach dem aktuellen Sachstand. Es geht um den Rodenstock-Standort in Regen, um die Arbeitsplätze, die dort gefährdet sind und gerettet werden sollen. Ich habe von Ihrem Einsatz und dem Einsatz der Bayerischen Staatskanzlei gelesen, mit der Eigentümergruppe in Kontakt zu treten und eine Lösung zu suchen. Zunächst einmal finde ich es gut, dass man sich kümmert.

Meine Frage lautet: Wie ist denn hier der Sachstand? Könnten Sie dazu noch etwas sagen? Die zweite Frage lautet – zwar finde ich es sehr gut, dass örtliche Abgeordnete das tun, aber gleichzeitig denke ich mir, es wäre eigentlich eine Kernaufgabe des Wirtschaftsministeriums gewesen –: Wie sind das Wirtschaftsministerium und der Wirtschaftsminister in diesen Prozess eingebunden? Ich denke, Standort- und Arbeitsplatzsicherung ist ja eigentlich die Kernaufgabe dieses Ressorts.

**Dr. Stefan Ebner (CSU):** Herr Kollege, ich antworte sehr gerne. Rodenstock ist in einer schwierigen Situation. Rodenstock gehört einem Private-Equity-Fonds mit Sitz in London. Dieser Fonds plant, die Hälfte der Beschäftigung abzubauen, und wir möchten uns jetzt seitens der Politik einbringen. Was ist die Möglichkeit der Politik? – Das ist eine unternehmerische Entscheidung, aber die Politik kann hier vermitteln, und das

ist, glaube ich, die Aufgabe, die wir als Abgeordnete haben. Deswegen war ich vor Ort. Ich stehe hier in engem Austausch. Es gibt Interessenten für Rodenstock. Ich bin der Staatskanzlei und den beteiligten Ministern sehr, sehr dankbar, die sich hier einschalten, um Gespräche zu vermitteln. Diese Gespräche laufen jetzt, und alles Weitere wird man dann sehen. Ich danke noch einmal allen Beteiligten, die sich hier einbringen. Wie gesagt, wir legen den Schwerpunkt jetzt auf das Vermitteln, und dann wird man sehen, was dabei herauskommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Johannes Becher (GRÜNE): Welche Rolle spielt das Wirtschaftsministerium?  
Das ist es, was die Leute interessiert!)

– Herr Kollege Becher, wir reden hier von einer Zwischenbemerkung und nicht von einem Zwischentratsch. – Bitte, Herr Kollege Pohl.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stümpfig, der designierte amerikanische Präsident Donald Trump fordert Europa wirtschaftspolitisch heraus, und Sie zählen Windräder. Das ist die Dimension Ihrer wirtschaftspolitischen Kompetenz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke, im Rahmen einer Regierungserklärung geht es nicht darum, kleinteilig Maßnahmen aufzuzählen, sondern große Linien darzustellen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Hier hat der Wirtschaftsminister zu Recht auf eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik, der Politik der Bayerischen Staatsregierung und der Regierungsfractionen in Bayern hingewiesen. Die Wirtschaft braucht Verlässlichkeit und Wertschätzung.

(Lachen des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Verlässlichkeit – genau, hier lachen Sie, Kollege Adjei, völlig zu Recht, weil Ihr Wirtschaftsminister Habeck von heute auf morgen die Förderung für E-Autos radikal zusammengestrichen hat,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

was selbst beim Koalitionspartner SPD für Entsetzen gesorgt hat. Die Pressemitteilungen von damals sind mir noch gut in Erinnerung. Es ist auch kein Zeichen von Verlässlichkeit, wenn man verfassungswidrige Haushalte aufstellt. Das ist der Kernbereich einer vernünftigen Politik. Auch das haben Sie nicht hinbekommen. Selbstverständlich wird es sich die Automobilindustrie sehr wohl überlegen, in Deutschland zu investieren, wenn Parteien und insbesondere die GRÜNEN mit am Ruder sind, die jahrelang ein Automobil-Bashing betrieben haben und die in der praktischen Politik vor Ort alles tun, um den Individualverkehr auszubremsen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: So ein Unsinn!)

Jetzt zeige ich Ihnen einmal, was hier in Bayern passiert: Ich kann mich an Diskussionen erinnern, als die GRÜNEN alle Investitionen in den Staatsstraßenbau streichen wollten und Herr Kollege Harald Güller dann völlig zu Recht fragte: Na ja, soll der Bus vielleicht umherschweben, oder braucht er auch Straßen? Ihr wart und seid diejenigen, die eine autofeindliche Politik betreiben, und dann stellt ihr euch allen Ernstes hin und beklagt euch, dass in Bayern die Zahlen rückläufig sind, wo ihr doch ganz genau wisst oder es zumindest wissen solltet, dass die Automobilindustrie ein Grundpfeiler der bayerischen Wirtschaft ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Wissen Sie, Kolleginnen und Kollegen, mit dem Anbau von Cannabis können Sie keine Wertschöpfung betreiben.

Automobilindustrie – Rüstungsindustrie. Kommen wir doch einmal zur Rüstungsindustrie. Was sind denn die großen Hinderungsgründe dafür, dass die bayerische Rüstungsindustrie nicht noch besser performt? – Es ist die Taxonomie in Brüssel. Dafür seid ihr nur bedingt verantwortlich, wobei ihr diesen unseligen Green Deal mitverhandelt habt, aber ich nenne auch die Exportgenehmigungen. Airbus Industries könnten 40 Eurofighter verkaufen. Tatsächlich können sie aufgrund eurer Politik in Berlin aber nur 16 verkaufen. Rechnen Sie einmal runter, wie viele Steuereinnahmen und Arbeitsplätze das sind. Dann werden Sie sehr schnell erkennen, dass Sie eine Doppelmoral betreiben, wenn Sie sich hierhinstellen und die Wirtschaftspolitik des Freistaats Bayern kritisieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Verlässlichkeit und Wertschätzung. Das Zweite ist das Thema Wertschätzung.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sie reden nur von Gleichstellung. Sie haben ein sozialistisches Gen in sich.

(Lachen bei den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): Jetzt wird es Zeit für die Mittagspause!)

Sie reden von Leistung und vom Leistungsprinzip. Leistung betrifft aber nicht nur ein paar Berufssparten, sondern alle Menschen in diesem Land, die anpacken,

(Zuruf von den GRÜNEN: Auch die Frauen!)

nicht nur die, die Ihnen politisch-ideologisch gewogen sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Die Situation ist verdammt ernst. Wenn Sie so lachen, Kollegin Demirel, dann zeigt das, dass Sie die Situation überhaupt nicht verstanden haben und der Meinung sind, dass wir unseren Staat mit immer mehr sozialen Wohltaten und mit einer völlig fehlgeleiteten grünen Umwelt- und Landwirtschafts- und Sonst-was-Politik umkrepeln können. – Nein, wir müssen die Ärmel hochkrepeln und bürokratische Hindernisse abbauen.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Wir müssen alle wieder besser werden.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Dann können wir in Bayern und auch in ganz Deutschland wieder nach oben schauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Dieser Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Dann gebe ich noch eine Ausschussumbesetzung der AfD-Fraktion bekannt. Der Abgeordnete Stefan Löw scheidet zum 1. Dezember 2024 aus dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport aus. Ihm folgt der Abgeordnete Florian Köhler als neues Mitglied nach.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Mittagspause gehen, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass wir nachher, Tagesordnungspunkt 5, 6 und 7, wieder drei Wahlen mit Namenskarte und Stimmzettel haben. Ich bitte Sie, die Mittagspause auch dazu zu nutzen, Ihre Stimmkartentasche, soweit noch nicht geschehen, aus den Postfächern vor dem Plenarsaal abzuholen.

Das Stichwort Mittagspause ist schon gefallen. Wir gehen damit in die Mittagspause.  
Fortsetzung der Sitzung: um 13:15 Uhr.

(Unterbrechung von 12:51 bis 13:18 Uhr)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen nach der Mittagspause die Sitzung wieder auf.